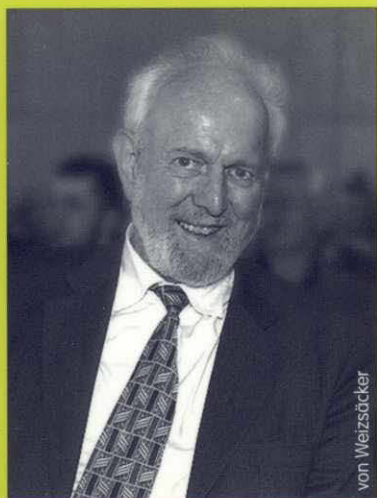


Hans-Peter Blossfeld  
Hermann Lübbe  
Ernst Ulrich von Weizsäcker



# Wie sicher ist die Zukunft?

BAMBERGER  
HEGELWOCHE

2005

UNIVERSITÄTS-VERLAG BAMBERG

Hans-Peter Blossfeld  
Hermann Lübbe  
Ernst Ulrich von Weizsäcker

## WIE SICHER IST DIE ZUKUNFT?

Mit Einführungen von Christian Schröer  
und Roland Simon-Schaefer  
sowie der Podiumsdiskussion  
unter der Leitung von Ulrike Leutheusser



UNIVERSITÄTS-VERLAG BAMBERG

© 2006 Universitäts-Verlag Bamberg  
Alle Rechte vorbehalten

Umschlag-Porträts: Matthias Hoch, Ronald Rinklef  
Redaktion: Rita Plüsch, Roland Simon-Schaefer  
Produktion: Eva Harker, Maren Ullrich  
Gestaltung: Erich Weiß  
Druck: dd ag, Birkach

Printed in Germany  
ISBN-10: 3-933463-21-1  
ISBN-13: 978-3-933463-21-0

## INHALTSVERZEICHNIS

*Roland Simon-Schaefer*

EINFÜHRUNG ZUR XVI. BAMBERGER HEGELWOCHE 7

*Hermann Lübbe*

DIE WELTGESELLSCHAFT – GLOBALISIERUNG  
KULTURELL, TECHNISCH UND POLITISCH 16

*Christian Schröer*

VERANTWORTUNG IN EINER VERÄNDERTEN WELT 38

*Ernst Ulrich von Weizsäcker*

ERLAUBT DIE GLOBALISIERUNG NOCH LANGFRISTIGES  
HANDELN? 46

*Hans-Peter Blossfeld*

GLOBALISIERUNG, WACHSENDE UNSICHERHEIT UND DIE  
VERÄNDERUNG DER LEBENSVERLÄUFE IN MODERNEN  
GESELLSCHAFTEN – AUSGEWÄHLTE ERGEBNISSE DES  
GLOBALIFE-PROJEKTES 60

Podiumsdiskussion 86

Roland Simon-Schaefer

EINFÜHRUNG ZUR XVI.  
BAMBERGER HEGELWOCHE

In diesem Jahr findet die 16. Hegelwoche statt, zu einem – durch die sich überschlagenden Ereignisse der letzten Zeit – hochaktuellen Thema. Es ist allerdings nicht das erste Mal, dass wir uns im Rahmen der Hegelwoche mit den Zukunftschancen derjenigen Gesellschaftsform beschäftigen, die seit der Französischen Revolution auf der philosophischen und politischen Tagesordnung steht und die wir mit der Formel »Gesellschaft als Vereinigung freier Menschen« bezeichnen. Bereits die Hegelwoche 1999 befasste sich mit dem Thema »Die Zukunft der Wirtschaftsgesellschaft«, im Jahre 2000 hatten wir das Thema »Globale Gerechtigkeit«. Wir greifen also eine Thematik wieder auf, die uns schon seit geraumer Zeit beschäftigt.

Als im Jahre 1990 die erste Hegelwoche stattfand, konnte der Begründer unserer Veranstaltung, Walther Zimmerli, in überschwänglichen Tönen von einer neu herausziehenden, friedlichen Epoche der Menschheitsgeschichte schwärmen, ganz in Übereinstimmung mit der schon längst vergessenen Theorie des amerikanischen Philosophen Fukujama vom *happy end* der Geschichte. Keine 20 Jahre später sind wir verstrickt in Problemlagen, die wir mit unseren bisherigen Lösungsstrategien nicht bewältigen können. Ziel der diesjährigen Veranstaltung ist es, das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass unsere Gesellschaft dramatische Verluste erleiden wird, wenn wir in den gewohnten Denkschemata des politischen und ökonomischen Handelns fortfahren.

Das Thema meines Einleitungs-Statements gliedert sich in zwei Unterkategorien: Ich muss Ihnen

1. etwas über Ethik bzw. Moral erzählen und
2. etwas über die Zukunft.

Ich beginne mit der Moral. In der Gegenwart sehen wir uns einer überbordenden Ethikdiskussion gegenüber. Es gibt bereits fast so viele so genannte Bereichsethiken, wie es einmal Teil-

chen in der Atomphysik gab, bis zu dem Zeitpunkt, als die Physiker beschlossen, dem Teilchenzirkus ein Ende zu machen und die Quarks erfanden. Man könnte dieses Ausufern der Ethik für eine Erfolgsgeschichte halten. In Wirklichkeit zeigt die Diskussion, dass die Moral in die Krise geraten ist. Das exzessive Reden über Ethik – also die formale Begründung der Moral – ist die Kompensation für die Abschaffung der Moral. Dies also meine erste These.

Was aber ist denn Moral? Voltaire hat in seinem *Dictionnaire philosophique* unter dem Stichwort »Philosophie« gesagt: »Jahrhunderte waren erforderlich, bis man einen Teil der Naturgesetze kannte. Ein Tag genügt dem Weisen zu erkennen, was Menschenpflicht ist.« Natürlich konnte Voltaire nicht ahnen, dass Kant in Ausführung dieses Gedankens ein Buch schreiben würde, das man nicht an einem Tag lesen kann. Aber der Grundgedanke der Moralität, wie er in der »Kritik der praktischen Vernunft« entwickelt wird, ist in der Tat für jedes vernunftbegabte Wesen verständlich.

Zum Menschsein gehört, sich der Pflichten bewusst zu sein, die jeder von uns dem Mitmenschen gegenüber hat. Die Forderung ist, den Mitmenschen als jemanden zu erkennen, der nicht nur Mittel des eigenen Handelns ist, sondern ebenso Zweck – so, wie wir uns selbst empfinden. Was wir mit dem Begriff »Humanität« bezeichnen, ist also Mitmenschlichkeit in all ihren Facetten. Über diese Menschlichkeit hinaus kann offensichtlich nichts Höheres gedacht werden, und daher hat Goethe vollkommen Recht, wenn er Mephisto formulieren lässt:

»Von Zeit zu Zeit seh' ich den Alten gern,

Und hüte mich, mit ihm zu brechen.

Es ist gar hübsch von einem großen Herrn,

So menschlich mit dem Teufel selbst zu sprechen.«

Aus den Worten des Teufels klingt es vielleicht ein bisschen blasphemisch, aber in der Tat zeichnet den Gott der Christen vor anderen Göttern aus, dass er den Menschen, sein eigenes Geschöpf, mit Hochachtung, Wärme und Verständnis behandelt. So gesehen ist das, was wir als das Menschliche bezeichnen, die in die Endlichkeit unseres irdischen Lebens übertragene Maxi-

me unseres Gottes. Und folgerichtig hat Berthold Brecht in der *Dreigroschenoper* als Zeitkritik formuliert: »Nur davon lebt der Mensch, dass er so gründlich vergessen kann, dass er ein Mensch doch ist.«

Wir erleben in der Gegenwart einen dramatischen Abbau der Wohlfahrtsgesellschaft, rhetorisch verbrämt mit dem wohlklingenden Wort vom »Umbau und der Erneuerung des Sozialstaates«. Hegel hat bekanntlich das Diktum geprägt: »Die Eule der Minerva fliegt erst in der Dämmerung«, und wollte damit zum Ausdruck bringen, dass die Philosophen zum Handeln immer zu spät kommen, weil sie erst dann etwas auf den Begriff bringen können, wenn es bereits geschehen ist. Im Falle des Abbaus der Moral sind die Philosophen aber endlich einmal der Wirklichkeit voran geschritten. Unter dem Titel »Life Boat Ethics« haben sie schon vor geraumer Zeit die soziale Situation simuliert, in der wir uns gegenwärtig befinden.

Das Paradoxe daran ist, dass unsere Gesellschaft, die aufgrund von technologischem und wissenschaftlichem Fortschritt immer mächtiger und reicher wird, sich gedanklich in eine Situation hineinmanövriert, in der allen Menschen das Wasser bis zum Halse steht und sie alle in den Strudel eines *struggle for life* gerissen werden. Doch davon später.

Das Grundkonzept von »Life Boat Ethics« ist, dass die Gesellschaft sich als Insassen eines überladenen Rettungsbootes begreift. Es kommt darauf an, mit klugen Argumenten jene Individuen zu bestimmen, die das Boot verlassen müssen. Das ist beste Tradition utilitaristischer Ethik. Die Menschen werden in ihrer Nützlichkeit für die Gesellschaft bestimmt und unter dem Titel »Menschenmaterial« in militärischen Zusammenhängen bzw. »Humankapital« in ökonomischen Zusammenhängen erfasst. Wenn man jemanden im wirtschaftlichen Zusammenhang überhaupt nicht mehr verwenden kann, dann erklärt man ihn zur »Ich-AG« und wünscht ihm das »Glück des Tüchtigen«.

Erlauben Sie mir, beim Bild der Seefahrt zu bleiben: Wenn ein Schiff in Seenot gerät, dann gelten zunächst die Regeln der Mitmenschlichkeit weiterhin. Es heißt bekanntlich »Alle Mann in die Rettungsboote, Frauen und Kinder zuerst«, d.h. die

Schwächsten werden besonders geschützt. In Zeiten der Emanzipation der Geschlechter wird diese Formel im Hinblick auf Frauen und Kinder ergänzt durch den Zusatz »bei gleicher Qualifikation«, was bereits die Aufhebung des Prinzips bedeutet. Der Grundgedanke ist aber, die Ordnung der menschlichen Gesellschaft so lange wie möglich aufrecht zu erhalten und erst als allerletzten Schritt die solidarische Gesellschaft mit der Parole »rette sich, wer kann!« aufzuheben. Wenden wir das auf die Wohlstandsgesellschaft an, die sich mit einem großen Passagierschiff, etwa der Titanic, vergleichen lässt.

Was heute kaum jemand weiß, ist Folgendes: Die Kosten der 1. Klasse wurden auf den Schiffen jener Epoche zum größten Teil von den Zwischendeckspassagieren getragen. Beim Untergang des Schiffes im Jahre 1912 ertranken ihrem sozialen Status entsprechend prozentual die meisten Passagiere der 3. Klasse, relativ ausgeglichen war die Bilanz bei den Passagieren der 2. Klasse und von den Passagieren der 1. Klasse ertranken am wenigsten.

Unsere zu Ende gehende Wohlfahrtsgesellschaft gleicht einem Schiff in Seenot. Finanziert wurde die Wohlfahrtsgesellschaft in Zeiten der Vollbeschäftigung von den einfachen Leuten, die bekanntlich die Masse des Steueraufkommens erwirtschafteten. In den letzten 25 Jahren ist aus konjunktureller Arbeitslosigkeit eine solide Sockelarbeitslosigkeit gewachsen, die mit den traditionellen keynesianischen konjunkturpolitischen Anreizen nicht behoben werden kann, wie Kanzler Schröder schmerzlich hat erfahren müssen. Der Ausfall von mehr als 10 % der Bevölkerung kann auf Dauer nicht durch staatliche Ausgaben kompensiert werden. Irgendwann ist das politische System auf kommunaler, Länder- und Bundesebene zahlungsunfähig – das ist in der Gegenwart bei uns in Deutschland der Fall – und muss soziale Leistungen abbauen. Das kann aber diejenigen Menschen, die noch nicht arbeitslos sind, nicht konsumfreudig stimmen. Die Zurückhaltung der Konsumenten wiederum kann die Unternehmer auch nicht dazu veranlassen, zu investieren. Wir sind in einer verhängnisvollen Spirale des Sparens begriffen. Für den Einzelnen ist Sparen angesichts der Unsicherheit der Zukunft die

richtige Verhaltensweise, insgesamt aber spart unsere Volkswirtschaft sich arm.

Kehren wir zum Schiffsuntergang zurück. Die einfachen Menschen werden in ihrer Gesamtheit die stärksten Einbußen erfahren, die Mittelschichten werden in Maßen geschröpft werden und am glimpflichsten werden die Reichen davonkommen, vor allem dann, wenn sie als *Global Players* gar nicht mehr in dem überlasteten Rettungsboot sitzen.

Ich möchte Sie nicht weiter mit ökonomischen Fachkenntnissen langweilen, sondern auf die moralische Problematik zurückkommen.

Unsere freiheitliche und soziale Marktgesellschaft hat sich darauf verständigt, im sozialen Rollenspiel partielle Rollen zu definieren, die sehr nützlich sind, wenn sie durch andere Rollen kompensiert werden können, die aber insgesamt nicht verallgemeinerungsfähig sind. Die Rolle, von der ich spreche, ist die Rolle des Unternehmers, und die zugehörige Wissenschaft ist die Betriebswirtschaftslehre. Der Unternehmer ist ausdrücklich von der Gesellschaft dazu bestimmt, zu Gunsten eines einzigen Zieles, des Zieles des ökonomischen Erfolgs, d.h. der Gewinnmaximierung, alle anderen Ziele vernachlässigen zu dürfen.

Der große Moralphilosoph Adam Smith hat in seinem Werk *Wealth of Nations*, mit dem er das erste bedeutende Paradigma der bürgerlichen Ökonomie geschaffen hat, ausdrücklich formuliert, dass der Produzent einer Ware ganz egoistisch an sein eigenes Glück denkt und nicht aus Sympathie ein gutes Produkt herstellt, sondern weil er weiß, dass sein Profit von der Zufriedenheit seiner Kunden abhängt. Aber, so die für Adam Smith selbst verblüffende Erkenntnis, wenn auf einem freien Markt lauter gleich kluge und ökonomisch gleich starke Egoisten aufeinander treffen, dann wird sich – quasi von selbst – eine vollbeschäftigte und zufriedene Gesellschaft von Besitzbürgern ergeben. Adam Smith hat damit ein Märchen in die Welt gesetzt, an das wir allerdings zu gerne glauben, vor allem jene, die sich den meisten Profit erhoffen.

Die historische Erfahrung hat das Modell von Adam Smith immer wieder aufs Neue widerlegt. Umso erstaunlicher ist die

gegenwärtige Konjunktur dieser Ideologie. Widerlegungen der Theorie von Adam Smith sind übrigens nicht akademische Veranstaltungen gewesen, sondern es war die reale Geschichte, die diese Idee desavouiert hat. Es war die Armutskatastrophe des 19. Jahrhunderts, es waren die Weltkriegskatastrophen des 20. Jahrhunderts, die als Konsequenz im Bereich der Theoriebildung im besten Hegel'schen Sinne eine Synthese hervorgebracht haben; eine Idee, die wir unter der Bezeichnung »Soziale Marktwirtschaft« kennen. Hinter diesem Begriff verbirgt sich die Erkenntnis, dass eine übergeordnete Rolle geschaffen werden muss, die alle Disparitäten, die der reale Markt ständig erzeugt, durch aktives Handeln kompensiert und damit letztlich die Marktgesellschaft stabilisiert.

Konkret gesprochen heißt das Folgendes: Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre gehören untrennbar zusammen, wenn man eine sozial stabile Gesellschaft erzeugen will, die die Forderungen der französischen Revolution *Liberté, Egalité, Fraternité* ausgewogen verwirklichen will. Wenn unter dem Diktat der Ich-AG-Mentalität die übergreifende Instanz abgeschafft wird, wenn die Primitiv-Anthropologie des *homo oeconomicus* zum einzigen Bezugspunkt für Gesellschaft wird, dann wird unsere Gesellschaft in moralischer und intellektueller Minderwertigkeit versinken. Das ist an sich noch nicht weiter tragisch. Zwar wollte John Stuart Mill lieber ein unglücklicher Sokrates sein als ein glückliches Schwein, aber vielleicht hat doch Gottfried Benn eher Recht mit seinem bösen Diktum: »Dumm sein und Arbeit haben, das ist das Glück.« Das Problem ist aber: In Wirklichkeit wird es auch diese Gesellschaft der glücklichen Schweine nicht geben können, weil eine Gesellschaft von Egoisten soziale Probleme evoziert, die irgendwann katastrophale Gewaltlösungen hervorrufen.

Ich fasse zusammen: Als Kultur- und Sozialphilosoph beobachte ich in der Gegenwart ein Primitiv-Werden der Gesellschaft hin zu einer banalen und letztlich geschichtslosen Spaßgesellschaft. Die Gebildeten werden das als schmerzlichen Vorgang empfinden, aber sie können sich in den kleinen Zirkel der *Happy Few* zurückziehen. Sie können sich weiterhin mit der hohen

Kultur beschäftigen und daraus vielleicht sogar anwachsenden Lustgewinn ziehen. Ich bin nicht so vermessen wie die Theoretiker der 68er, die die einfachen Menschen aus der »Entfremdung im Konsum« herausreißen und zu Revolutionären umerziehen wollten; ich gehe vielmehr davon aus, dass die Spaßgesellschaft des Massenkonsums ihr Versprechen eben nicht halten können wird und dass die neue *soziale Frage* – wenn sie nicht friedlich bewältigt wird – die Gesellschaft sprengen kann. Damit komme ich zum zweiten Teil meiner Einleitung, der Frage nach der Zukunft.

Immer schon war den Menschen die Zukunft unbekannt. Und immer schon haben sie aus einem existenziellen Bedürfnis nach Sicherheit versucht, etwas über die Zukunft zu erfahren. Sei es durch Orakelbefragung, sei es durch den Glauben an eine untrügliche Instanz, die ihnen wohlgesonnen ist: Gott. In der Neuzeit hat sich, verursacht durch die Zunahme unseres theoretischen Wissens über die Welt und bedingt durch die Erkenntnis eines möglichen Fortschrittes an Humanisierung, den wir als die Epoche der Aufklärung bezeichnen, die Vorstellung entwickelt, man könne Zukunft einigermaßen sicher vorhersagen. Die ersten Prognosen stammen bekanntlich von Condorcet, der als Erster eine Theorie über den Fortschritt der Menschheitsgeschichte verfasst hat, von Comte mit seinem 3-Stadien-Gesetz und von Hegel, der in der Weltgeschichte den Gang Gottes zu erblicken versuchte. Als vierter Klassiker muss natürlich Karl Marx genannt werden, der, gestützt auf die Hegel'sche Dialektik und bezogen auf die von ihm beobachtete Zwiespältigkeit des ökonomischen Fortschrittes, ein Katastrophenmodell der Geschichte entwickelt hat.

Nach der letzten großen historischen Katastrophe in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war es O. K. Flechtheim, der eine eigene Wissenschaft, die Futurologie, begründete, sozusagen das wissenschaftliche Pendant zu dem, was die Dichter unter dem Titel »Science Fiction« schon höchst erfolgreich praktizierten. Das Schicksal dieser Wissenschaft ist schnell erzählt: Eines der frühen Werke von Flechtheim trug den Titel *Angriff auf die Zukunft*. Eines seiner letzten hieß *Ist die Zukunft noch zu retten?*.

Die Futurologie gibt es nicht mehr. Wir haben erkannt, dass Prognosen immer nur auf dem Boden von momentanen Trends geleistet werden können, die wir in die Zukunft hinein verlängern. Aber wir haben inzwischen feststellen müssen, dass Trends sich ändern können. Und wir haben lernen müssen, dass wir unser zukünftiges Wissen nicht kennen können. Wenn aber unser Leben zunehmend durch Wissen bestimmt ist, dann wird es uns unmöglich sein, die Zukunft zu kennen. Der Historiker Reinhard Koselleck hat vor mehr als 20 Jahren den Essay verfasst *Historia Magistra Vitae*, in welchem er die These aufstellte, dieser Topos sei angesichts der sich beschleunigenden wissenschaftlich-technologischen Entwicklung unserer Zivilisation unbrauchbar geworden. Man könne aus der Geschichte nichts mehr lernen. Das ist in meinen Augen entschieden zu weit gegriffen. Natürlich lernen wir immer aus unseren Handlungen; sowohl als Individuen als auch als Völker. Kluge Menschen machen bekanntlich einen Fehler nur einmal. Und kluge Völker auch. Wir haben auch die korrekte Bezeichnung für dieses Verfahren: Versuch und Irrtum, *trial and error*. Was für wissenschaftliche Zusammenhänge gilt, gilt auch für andere Handlungszusammenhänge. Wenn wir auf den Verlauf unserer Geschichte blicken, so zeigt sich, dass wir uns immer bemüht haben, aus Geschehenem für unser zukünftiges Handeln zu lernen. Das können wir aus der Entwicklung unserer politischen Ideen ablesen, das können wir aus der Entwicklung Europas ablesen, auch wenn im Moment wieder eine kritische Situation eingetreten ist. Indem wir uns zu Europa bekennen, versuchen wir, aus der Katastrophe des Nationalismus und des ihn noch überbietenden Rassismus zu lernen, und wir versuchen das, was wir in unserer Kultur im Altertum bereits hatten und ebenso im Mittelalter praktiziert haben, einen funktionierenden Vielvölkerstaat nämlich, für unsere europäische Staatenwelt ins Werk zu setzen. Aber kehren wir zum Kernthema zurück.

Wir erleben im Augenblick ökonomisch eine Entwicklung, die bereits Karl Marx beschrieben hat: Der Fortschritt der Technologie ersetzt permanent menschliche Arbeit durch Maschinenarbeit. Wohin aber mit den überflüssigen Arbeitern, die wir

als Konsumenten weiterhin benötigen? Wir lösen das Problem des Rückgangs des Anteils von menschlicher Arbeit an der Güterproduktion nicht richtig. Daher erleben wir gegenwärtig das Anwachsen einer industriellen Reservearmee. Deren Existenz drückt einerseits auf die Löhne und sorgt andererseits für die Ausdehnung der Arbeitszeit derjenigen, die noch Beschäftigung haben. Diese Abwärtsspirale dreht sich munter weiter, weil verunsicherte Konsumenten nicht genügend konsumieren, und ist nicht aufzuhalten. So ist denn für die Deutschen vorauszusehen, dass die Wiedervereinigung ökonomisch dann erreicht ist, wenn Lohnhöhe und Arbeitslosenrate in ganz Deutschland Ostniveau erreicht haben.

Wenn wir nicht in der Lage sind, die neoliberale Wirtschafts-ideologie zu revidieren, wenn wir nicht in der Lage sind, das Aushebeln der Volkswirtschaften durch die *global players* zu unterbinden, dann werden sich die vergangenen sozialgeschichtlichen Katastrophen wiederholen.

Max Weber hat drei Typen von Herrschaftsformen identifiziert: traditionale, charismatische und legale. Wir haben diese Typen als Demokratie, Bolschewismus und Faschismus in unserer jüngeren Geschichte kennen gelernt. Im Jahre 1999, als wir über die Zukunft der Wirtschaftsgesellschaft diskutierten, habe ich formuliert: »Ich fürchte, die Diktatoren des 21. Jahrhunderts sind bereits geboren.« Heute füge ich hinzu: Wir müssen durch kluges Handeln verhindern, dass sie auf den Plan gerufen werden!

DIE WELTGESELLSCHAFT – GLOBALISIERUNG  
KULTURELL, TECHNISCH UND POLITISCH\*

Das Stichwort »Globalisierung« hat inzwischen Schlagwortcharakter gewonnen. Das bedeutet: Es ist medienwirksam geworden und damit der methodischen Disziplin, der der Gebrauch von Begriffsnamen in Wissenschaftlerkommunitäten unterworfen sein sollte, längst entronnen.

Der Erfolg von Schlagwörtern ist kein Zufall. Ihr Mangel, der Wissenschaftler sie ungern gebrauchen lässt, ist zumeist nicht ein Mangel an Realitätshaltigkeit. Es ist, ganz im Gegenteil, der Mangel ungebändigter Überfülle von Assoziationen, den sie evozieren.

Das ist es, was bei Erörterungen des Themas »Globalisierung«, für das disziplinär in erster Linie Sozialwissenschaftler zuständig sind, auch die Mitwirkung eines Philosophen nützlich sein lässt. Es gehört ja zu den traditionellen Leistungen der Philosophie, Konzepte, die gemeingebräuchlich und dabei vage geworden sind, an zweckmäßige Regeln ihres Gebrauchs zurückzubinden, Subkategorien für die detailliertere Beschreibung der realen Bestände zur Verfügung zu stellen, auf die man sich schlagwortmäßig bezieht, und die Nötigkeitsbedingungen jener Orientierungsversuche durchsichtig zu machen, die sich im Erfolg eines Schlagworts spiegeln und in den Theoriebildungsbe mühungen zuständiger Wissenschaften desgleichen.

Zunächst möchte ich einige historische Voraussetzungen der wachsenden Aufdringlichkeit von Globalisierungsvorgängen skizzieren. Ich beschränke mich dabei auf drei kulturhistori-

---

\* Eine ausführlichere Analyse von Voraussetzungen und Folgen aktueller Globalisierungsvorgänge mit besonderer Berücksichtigung ihrer wissenschaftlich-technischen, ökonomischen und organisatorischen sowie ihrer religionspolitischen Aspekte habe ich in meinem Buch *Die Zivilisationsökumene* vorgelegt (München 2005, Wilhelm Fink Verlag).

sche Episoden. Ich wähle sie aus nach ihrer Signifikanz für einen Vorgang, den man in der Tat, in Übereinstimmung mit unserem heutigen Wortgebrauch, einen Vorgang der Globalisierung nennen sollte und genauer einen Vorgang der räumlichen Schließung der Erde. Nachweise frühen Auftretens des Begriffs »Globalisierung« in deutscher oder anderssprachiger Version, wie man sie begriffshistoriographisch erwarten dürfte, sind dabei nicht beabsichtigt.

Erstens also lässt sich die Globalisierung oder die räumliche Schließung der Erde in der vom Historiker Reinhart Koselleck so genannten Verzeitlichung der Utopie spiegeln. Was ist damit gemeint? Man erinnere sich: Seit Thomas Morus trägt ja die traditionsreiche Literaturgattung der Utopie auch den Namen »Utopie«. Inhaltlich handelt es sich dabei um literarisch-fiktive Schilderungen einer besseren, ja vollkommenen Ordnung des menschlichen Zusammenlebens – gemessen am Maßstab großer Tugenden und wichtiger Güter von der Gerechtigkeit bis zum Frieden. Ihren fiktiven, eben utopischen Ort hatten diese Schilderungen idealer Zuständlichkeiten mit ihrer wichtigsten Funktion, zu fälliger Kritik des Bestehenden anzuleiten, im fernen, unbekanntem und damit als unzugänglich unterstellten Raum. Dafür boten sich unentdeckte Inseln an – nach Entdeckung der Kugelgestalt des Globus bei den Antipoden, eingeblendet in die riesigen weißen Flecken, die als kognitive Leerstellen zum frühen Kartenbild der Erde gehörten. Die ideale soziale Ordnung jenseits der Grenzen der befahrenen Welt – das ist das Atlantis-Motiv. Dazu gehört die Vorstellung des dauerhaft gewährleisteten Friedens durch Sicherheit vor potentiellen Feinden, die man, statt militärischen Verteidigungsanlagen, der Unentdecktheit verdankt. Das utopische Gemeinwesen kennt nichts außerhalb seiner eigenen Grenzen. Es repräsentiert eine geschlossene, autarke Welt. Äußere Feinde gibt es nicht. Waffen sind entsprechend entbehrlich, und die Kräfte, die man anderswo für Zwecke kriegerischer Selbstbehauptung aufzuwenden hat, werden für die Arbeit und damit für Zwecke der Wohlfahrtssteigerung frei.

Diese utopische Projektion idealer Zuständlichkeiten in den fernen Raum verliert mit dem Fortschritt der Entdeckung dieses

Raums, nämlich in den Konsequenzen der erdumkreisenden Erkundungsfahrten, allmählich ihre reale Basis. Entsprechend erfolgt seit dem 18. Jahrhundert die utopische Projektion statt in den Raum in die Zeit. Dieser Austausch der utopischen Dimension vom Raum in die Zeit wird dabei zusätzlich durch die Entdeckung der evolutionären Gerichtetheit der Geschichte nahe gelegt, die gleichfalls im 18. Jahrhundert erfolgt. Herkunftsraum und Zukunftsraum treten auseinander. Die durch Erfahrungen nicht mehr gedeckte Erwartung expliziert sich als Zukunftstopie.

In der Quintessenz besagt dieser Vorgang der Verzeitlichung der Utopie: Die den Globus umrundenden Entdeckungsfahrten tilgen die Unbekanntheit ferner Räume, in die man zuvor Idealwelten projizieren konnte. Zur Projektionsfläche der Utopie wird damit die Zeit mit ihren noch unbekanntem Zukunftshorizonten.

Als zweite kulturgeschichtliche Episode, in der die Erde als geschlossener Globus präsent wurde, skizziere ich die Nutzung der Geschlossenheit des Globus als politisches Argument. Der Vorgang, der sich so benennen ließe, gehört der späten Aufklärung an, und er ließe sich als Wirkungsgeschichte eines zentralen Rousseau'schen Arguments skizzieren. In seinem berühmten Discours von 1755 über den Ursprung und die Gründe der Ungleichheit unter den Menschen hatte Rousseau argumentiert, die politische Herrschaft von Menschen über Menschen sei mit dem Übergang vom Sammler- und Hirtendasein zum Ackerbau, also mit der Besitzergreifung von Grund und Boden zu bäuerlichen Produktionszwecken entstanden. Wer in Relation zur ursprünglichen Besitzergreifung sozusagen zu spät kam, bedurfte nun der Genehmigung der bereits Besitzenden für die Mitarbeit an der Bewirtschaftung des Ackers, der alle ernährt, das heißt er wurde abhängig.

Als biblisch-mythische Darstellung dieses Vorgangs wurde im 18. Jahrhundert die Ermordung Abels durch seinen Bruder Kain gelesen: Der Übergang zur intensiven Nutzung des Bodens im sesshaft machenden Ackerbau ist mit der vorhergehenden extensiven Wirtschaftsweise nomadischen Weidens unverträglich und verdrängt sie. Die politischen Konsequenzen die-

ses Vorgangs vermag dann, im Endeffekt, selbst die große Erde in ihrer globalen Weite nicht mehr zu kompensieren. Kant erwog deshalb, ob nicht, weil die Menschen wegen der Endlichkeit der Erdkugeloberfläche sich auf dieser nicht ins beliebig Weite zerstreuen können, alle Menschen eigentlich in ursprünglicher Gemeinschaft des Bodens stünden. Kants Schüler Fichte zog daraus sogar die Konsequenz, der bislang noch geltende Begriff des Eigentums, als ein das Eigentum an Grund und Boden einschließender Begriff, müsse aufgelöst und in den Anspruch aller Menschen auf eine sie ernährende und ihrem Leistungsvermögen adäquate Tätigkeit verwandelt werden. Das sind Voraussetzungen der im engeren Sinne sozialistischen, politisch-ökonomischen Theorie von der Genesis politischer Herrschaft aus der individuellen, privaten Verfügungsgewalt über Produktionsinstrumente, die, wie Grund und Boden, als in letzter Instanz nicht vermehrbar gelten müssen.

Diese Nutzung der geometrisch vermessenen Endlichkeit der Erdkugeloberfläche als politisches Argument wirkt aus heutiger Perspektive gewiss sehr weit hergeholt – sozusagen philosophisch-prinzipiell gedacht ohne jede pragmatische Kalkulation jener Möglichkeiten der Ausbreitung unserer Spezies im Raum, die in der Geschichte der europäischen Auswanderungen im 19. Jahrhundert und damit in der Erschließung des amerikanischen Westens real wurden. Man kann natürlich auch umgekehrt sagen, dass just diese Raumeroberungsgeschichte die Triftigkeit des zitierten prinzipienorientierten aufgeklärten Arguments beweist – nämlich durch die Liquidation der Indianerkultur, ja darüber hinaus der Mehrzahl der Träger dieser Kultur, die sich ja zugleich mit der siedlungsgeschichtlichen Schließung des amerikanischen Kontinents vollzog. So oder so: Heute lebt die zitierte aufgeklärte Argumentation in der uns aus aktuellen Zusammenhängen vertrauten Redeweise vom »gemeinsamen Erbe der Menschheit« fort. Regelmäßig ist damit ein »Erbe« gemeint, das knapp, ja erschöpfbar, zugleich universell lebensnotwendig ist, entsprechend geschont und unter Ausschließung niemandes genutzt sein will. Der Katalog der entsprechend global als knapp erfahrbar gewordenen gemeinschaftlichen Lebensvorausset-

zungen reicht von den Weltenergieserven über die Vielfalt der Arten, bei deren fortschreitendem Rückgang schließlich Nahrungsketten zerreißen müssten, bis hin zu den Meeresschätzen einschließlich der Rohstoffe der Tiefsee.

Wahr ist, dass die zitierte argumentative Nutzung des Globus als geschlossener Erdrum in der Aufklärungsphilosophie wohl in der Ideologieggeschichte, hingegen in der politischen Realität zunächst gar nicht effizient geworden ist. Der Kolonialisierungsprozess bemächtigt sich im 19. Jahrhundert der letzten vormodernen Kulturräume. Die Raumangst der dabei Zu-spät-Gekommenen wird als kriegsauslösender Faktor wirksam. Die Kriege selbst werden, in der Konsequenz der räumlichen Schließung der Erde, zu so genannten Weltkriegen. Die Erfahrung globaler Abhängigkeit aller von allen intensiviert sich dabei. Das setzt sich produktiv dann in die Gründung global zuständiger politischer Institutionen um – des Völkerbundes am Ende des Ersten Weltkriegs und der Vereinten Nationen am Ende des Zweiten.

In der Quintessenz besagt die skizzierte Episode der politischen Argumentation mit der im Globus als geschlossenem Raum erfahrenen Erde: Die Erfahrung wechselseitiger Abhängigkeit von globalen und zugleich unausweichlichen Lebensvoraussetzungen intensiviert sich, und diese Erfahrung erzwingt schließlich die Stiftung von Institutionen mit globalen Zuständigkeiten – von den globalen Verbindlichkeiten der völkerrechtlichen Institutionen zur Garantie der Freiheit der Meere, die bereits im 17. Jahrhundert postuliert wurden, bis zu den Resolutionen der Weltbevölkerungskonferenzen, die die demographische Entwicklung als ein global bedeutsames politisches Faktum ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit gerückt haben.

Als dritte kulturgeschichtliche Episode, die den Vorgang der Globalisierung als räumliche Schließung der Erde anschaulich macht, möchte ich schließlich noch eine unverändert aktuelle Episode aus der jüngsten Wissenschaftsgeschichte erwähnen. Ich stelle sie unter die Überschrift »Geotrope Astronautik«. Dieser Ausdruck wird zunächst kaum verständlich sein. Das mit ihm Gemeinte lässt sich aber eindrucksvoll anschaulich und damit der neologistische Ausdruck »Geotrope Astronautik« ver-

ständig und künftig verwendbar machen. Worum handelt es sich also? Im britischen Fernsehen wurde vor einigen Jahren eine eindrucksvolle Aufbereitung jener Bilder unserer Planeten jenseits der Erdbahn gezeigt, die eine amerikanische Raumsonde zur Erde zurückgefunkt hatte. Der Kommentator der fraglichen Bilder irrte sich freilich über ihre kulturgeschichtliche, ja menscheitsgeschichtliche Relevanz. Er hielt es nämlich für angemessen, die Raumfahrt nach Analogie der bereits erwähnten frühneuzeitlichen Entdeckungsfahrten zu kommentieren, die einst, wie geschildert, die Verzeitlichung der Utopie erzwingen. Also schwärmte der Kommentator zum Beispiel von der Lieblichkeit der Wolkenbänder des Jupiter und war bemüht, Empfindungen zu verbreiten, wie wir sie, freilich aus moderner Touristenperspektive, dem Seefahrer Cook beim Betreten der von ihm entdeckten insularen Strände im Pazifik zuzuschreiben geneigt sein mögen. Anders gesagt: Die Kosmonautik wurde vom besagten Kommentator nach Analogie der Erschließung globaler Räume in den frühen Entdeckungsfahrten gedeutet. Was sich in der Astronautik – von ihren technischen Aspekten einmal abgesehen – in Wirklichkeit ereignet, ist in kultureller Perspektive etwas vollständig anderes. Man sieht es, wenn man sich eines der am meisten verbreiteten Bilder der jüngeren Wissenschaftsgeschichte vergegenwärtigt, nämlich das Bild unserer Erde aus der Weltraumperspektive gesehen – als blau vor dem Dunkel des Kosmos schimmernden Planeten. Dieses Bild hängt ja in zahllosen Naturandenzimmern, und Nachrichtensendungen verwenden es zur Symbolisierung der erdumspannenden Reichweite ihrer Dienste. Verhält sich etwa der Mond zur Erde, die aus Mondfahrerperspektive erstmalig als im Raum schwebender Globus sichtbar geworden ist, wie Neuseeland zum heimischen Großbritannien? Symbolisiert das besagte Photo der Erde globustranzendierende Raumherrschaft? Das wäre eine Beschreibung des Vorgangs mit unangemessenen Kategorien, wie sie einzig auf Reisen passen, die einst den Globus als solchen erschlossen haben. Was das besagte Weltraumphoto der Erde in Wahrheit zeigt, ist etwas ganz anderes: ringsum endlos gähnende Weiten, eisige, staubige, giftige Wüsten und nur ein einziger Ort, der, im Rückblick sichtbar,

Aufenthalt und Dauer gestattet, nämlich unsere Erde. Eben diesen Effekt der Intensivierung unserer unauflösbaren Rückgebundenheit an den Ausgangspunkt unserer jüngsten, nämlich kosmonautischen Exkursionen in den Raum hat Hans Blumenberg »Geotrope Astronautik« genannt. Es handelt sich dabei um einen Vorgang, der in wohlbestimmter Hinsicht die in der frühen Neuzeit aufgegebene Vorstellung von der Mittelpunktstellung unserer Erde wiederherstellt. Diese Wiederherstellung der Zentralposition unserer Erde geschieht natürlich nicht in kosmologischer Hinsicht. Insofern ist ja eher das Gegenteil der Fall: Nichts bestätigt eindrucksvoller die Triftigkeit der kopernikanischen Wende als der Anblick der Erde aus kosmischer Außenperspektive. Indessen: In lebensweltlicher Hinsicht ist es just diese Perspektive, die die Erde als unentrinnbaren Zentralpunkt aller humanen Lebensmöglichkeiten im kosmischen Raum anschaulich macht.

In der Quintessenz heißt das: Indem die Erde aus kosmischer Perspektive sichtbar geworden ist, schließt sich der globale Lebensraum definitiv.

Soweit die Veranschaulichung des Vorgangs »Globalisierung oder räumliche Schließung der Erde« über drei knapp skizzierte kulturgeschichtliche Episoden. Nach dieser kulturgeschichtlichen Veranschaulichung von Globalisierungsvorgängen wende ich mich jetzt der Analyse aktuell beobachtbarer zivilisatorischer Prozesse zu, die globalisierend, das heißt die räumliche Schließung der Erde fördernd wirken. Die zivilisatorische Evolution lässt sich als ein Vorgang fortschreitender räumlicher und sozialer Expansion ökonomischer, politischer und kultureller Interaktionen charakterisieren. Zugleich nimmt mit dieser Expansion der Interaktionen im globalen Raum auch ihre Intensität zu. Personen, Güter, Informationen zirkulieren in expandierenden Räumen, und die Intensität dieser Zirkulationen ließe sich durch die Menge der Handlungen zur Bewegung von Personen, Gütern und Informationen (»Transport«) messen. Die technische Voraussetzung dieser in der zivilisatorischen Evolution expandierenden und zugleich sich intensivierenden Beziehungs- und Austauschverhältnisse sind Netze. Das klingt trivial. Aber Netze haben Eigenschaften, die in ihren Folgewirkungen alles andere als trivial

sind, und es lohnt sich entsprechend, die sich globalisierend auswirkenden Vorgänge zivilisationsevolutionärer Netzexpansion und Netzverdichtung zu thematisieren. Es lohnt sich auch deswegen, weil ja, komplementär zum Schlagwort »Globalisierung«, »vernetztes Denken« zu den aktuellen Schlagwörtern unserer medial verbreiteten, zivilisationskritisch motivierten Selbstverständigungssprache gehört, und sich mit realer Netzevolution zu befassen – das dürfte entsprechend eine disziplinierende Form der Einübung in »vernetztes Denken« sein.

Unter Verwendung des Netz-Begriffs lassen sich, naheliegenderweise, Globalisierungsvorgänge als Vorgänge der Herstellung erdumspannender Netze charakterisieren. Historisch mag man dabei an die schon erwähnten frühneuzeitlichen Entdeckungsfahrten und Erdumseglungen denken, die, wie geschildert, den Austausch der Dimension, in die die Utopie ihre idealen Zuständlichkeiten hineinprojizierte, erzwangen, nämlich den Austausch der Raumdimension durch die Zeitdimension. Banalerweise blieben, vormodern, die Netze der erdballumspannenden Schifffahrtslinien über große Zeiträume hinweg extrem dünn, und man mag sich von den Historikern und näherhin von den Historikern unter den Verkehrsgeographen sagen lassen, welche Intensitätsgrade, nämlich in der Bewegung von Personen und Gütern und Informationen, die bereits in der vormodernen Zivilisation hergestellten globalen Netze erreichten. Wie gering diese Intensität auch immer gewesen sein mag: Sie erzwang die Herstellung eines globalen Netzes, das nicht reale Bewegungslinien auf dem Globus repräsentiert, vielmehr ein virtuelles Netz von Längen- und Breitenkreisen, der jeden Punkt, der bei Bewegungen über den Globus erreicht wird, nach Länge und Breite definierbar macht. Ihn bei realen Bewegungen im globalen Raum konkret zu identifizieren – das setzte dann überdies die Vermessung von Gestirns- und Sonnenständen voraus, und das in Abhängigkeit von der Zeit, und zwar einer globalen Einheitszeit, auf die sich unterschiedliche Lokalzeiten zurückbeziehen und so ineinander überführen lassen.

Kurz: Globale Netze, wie sie real zuerst mit der von der Küstenschifffahrt sich lösenden Überquerung der Ozeane hergestellt

wurden, erzwangen und bewirkten die geometrische und temporale Schließung des Globus längst vor den politisch und ökonomisch weltumspannenden Prozessen von Kolonialisierung und Dekolonialisierung, der Entstehung von Weltkriegen, des Welt Handels und politischer Institutionen mit globaler Zuständigkeit.

Die institutionelle, durch internationale Verträge weltweit verbindlich gemachte Erhebung des Globus zu einem temporal geschlossenen System erfolgte übrigens erst relativ spät, nämlich im 19. Jahrhundert. Auch in diesem Falle verbergen sich die pragmatischen Erfordernisse der Verkehrsnetzentwicklung dahinter, des Eisenbahnsystems näherhin, das sich bekanntlich ohne eine national, ja kontinental institutionell verbindlich gemachte Einheitszeit in Ablösung früherer sonnenstandsabhängiger Lokalzeiten nicht betreiben lässt. Der Eisenbahnbau, als ein technischer und wirtschaftlicher Zentralvorgang der Frühindustrialisierung, begann in Großbritannien, und dazu passt, dass der Null-Meridian, auf den alle Zeitzonen des Globus zurückbezogen sind, durch eine Sternwarte in einem Londoner Vorort läuft. Anzumerken bleibt noch, dass erst die Expansion und Verdichtung der Verkehrsnetze die Omnipräsenz der Uhr bewirkt hat und mit ihr spezifisch moderne Zeitumgangstugenden – vor allem die Pünktlichkeit, ohne die, auf Minuten bezogen, weder Betrieb noch Nutzung schon der frühen Eisenbahnverkehrswege möglich gewesen wäre. Inzwischen liegt die Uhrenproduktion bei 250 Millionen Stück jährlich. Darin spiegelt sich die Pragmatik, dass mit der zivilisationsevolutionären Expansion unserer Interaktionen und Kooperationen die Fälligkeit expliziter temporaler Handlungskoordination zunimmt. Nur in einem geometrisch wie temporal geschlossenen globalen System ist das machbar.

Ich hebe den temporalen Aspekt der zivilisatorischen Evolution hervor, weil auch die Entwicklung der Netze, die die moderne Zivilisation zusammenbinden und durch die diese Zivilisation erst Einheit gewinnt, in mindestens dreifacher Hinsicht sich als eine Entwicklung unserer Zeitumgangspraxis charakterisieren lässt. Erstens expandieren und verdichten sich die Netze, die die moderne Zivilisation zusammenbinden, als Verkehrsnetze zu-

gleich mit der Steigerung der Produktivität der industriellen Produktion, das heißt mit der Steigerung der Produktion pro Zeiteinheit. »Der entfesselte Prometheus« ist die mythische Fassung des Vorgangs, die David S. Landes zum Titel seines berühmten einschlägigen Buches über die technologische und industrielle Entwicklung in Europa von 1750 bis zur Gegenwart gemacht hat. Die Expansion und Verdichtung der Netze ist dabei sowohl als Voraussetzung wie als Folge industrieller Produktivitätssteigerung aufzufassen. Zweitens folgt die Entwicklung der Netze und näherhin die Entwicklung ihrer Nutzungstechnik der Pragmatik der Tilgung des Raums durch Geschwindigkeit, das heißt durch Verkürzung der für seine Überwindung benötigten Zeit. Die berühmten Blauen Bänder waren nichts anderes als symbolische Prämien für erfolgreiche Zeitaufwandsminimierung im transozeanischen Verkehr in der Steamship-Epoche. Heute gelten die Milliardeninvestitionen in Eisenbahntrassen von kontinentaler Weite für Hochgeschwindigkeitszüge analogen Zwecken, und der globale Personenverkehr wird ohnehin fast vollständig als Flugverkehr abgewickelt. Drittens nimmt die Netzverdichtung, jedenfalls phasenweise, einen exponentiellen Verlauf, das heißt die Zahl der an die jeweiligen Netze angeschlossenen Örtler im Raum vervielfacht sich in analogen Zeiträumen. Schon zur Zeit des Eisenbahnbaus im 19. Jahrhundert galt das für die Zahl der Lokalbahnhöfe, die sich erst jetzt wieder rückläufig entwickelt. Für die Zeit des später so genannten Wirtschaftswunders alsbald nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs galt das für die LKW-geeignete Straßenanbindung selbst der entlegensten Ortschaften in allen hochindustrialisierten Regionen der Welt, und derzeit gilt es für das rasch sich verdichtende Netz des Regionalflugverkehrs, der seinerseits den Interkontinentalflugverkehr noch einmal expandieren lässt. Die Pragmatik, die sich hinter dieser »Entfesselung des Prometheus« – um noch einmal Landes zu zitieren – verbirgt, ist ersichtlich die folgende: Mit der Dichte der Netze wächst sprunghaft der Nachteil, den es bedeutet, noch nicht an sie angeschlossen zu sein.

Die Globalität unserer Zivilisation ist real, soweit die Netze, die unsere Zivilisation zusammenbinden, ihrerseits Netze von

globaler Reichweite sind. Ungleich größer als der Grad globaler Verkehrsnetzintegration unserer Zivilisation ist nun freilich der Grad ihrer globalen Einbezogenheit ins erdumspannende Informationsnetz. Bis gegen das Ende des 19. Jahrhunderts waren die Wege für den Austausch von Informationen einerseits und andererseits die Wege, auf denen Personen und Güter bewegt wurden, ein und dieselben Wege – sieht man einmal von marginalen Techniken des Transports von Informationen über Ketten von Stationen zur Aussendung von Lichtsignalen oder von analogen Techniken optischen oder auch akustischen Signaltransfers ab. Differenzierterer Informationsaustausch über größere Räume hinweg war, als auf sein mit Abstand wichtigstes Medium, auf den Brief verwiesen, der seinerseits mit der Kutsche, in seltenen und teuren Ausnahmefällen durch reitende Boten bewegt wurde und dann mit der Eisenbahn. Erst mit der Installation des Telefonnetzes am Ende des 19. Jahrhunderts löst sich zum ersten Mal massenrelevant das Informationsnetz vom Verkehrsnetz ab. Man darf vermuten, dass diese Ablösung des Informationsnetzes vom Verkehrsnetz einen zivilisationsevolutionären Schub von der Größenordnung des Übergangs zum Buchdruck auslösen wird. Wir sind noch weit entfernt davon, schon im Detail abschätzen zu können, was das kulturell, sozial, ökonomisch und politisch bedeutet. Wir sind Nutzer und Beobachter des Prozesses, der sich mit großer Wucht durchsetzt – bis hin zur angekündigten technischen Zusammenbindung der Menge der inzwischen installierten Informationsnetze zur so genannten Datenautobahn, über die zum Beispiel der Faxverkehr läuft, die elektronischen Massenmedien senden, die Abrufbarkeit von Programmen gewährleistet sein wird und der Zugang zu gespeicherten Daten in der Absicht ihrer professionellen Nutzung in der Wirtschaft wie in der Wissenschaft.

Ein paar Hinweise müssen hier genügen, um den Sinn für die zivilisationsverändernde Bedeutung der Ablösung der Informationsnetze von den Verkehrsnetzen zu wecken. Erstens ist erst über diese Ablösung der Globus zu einem informationstechnisch integrierten System geworden. Von einer »Weltgesellschaft« zu reden – das ist, in der Wissenschaft wie in der Publizistik,

seit langem populär. Als System der Versorgung mit Weltnachrichten existiert eine Weltgesellschaft tatsächlich. Unterschiedliche Grade der Verkehrsnetzferne machen insoweit keinen Unterschied mehr. Der Zivilisationskritik bleibe es unbenommen, über die Banalität zahlloser Nachrichten, die heute global omnipräsent sind, zu spotten. Produktiver als dieser Spott wäre der Versuch einer Analyse der Auswirkungen der Omnipräsens gewisser Nachrichten – zum Beispiel auf Börsenkurse und Kapitalbewegungen, auf die Evokation großräumig wirksamer öffentlicher Meinung über ökologisch relevante Entscheidungen von Weltkonzernen oder über Souveränitätsdemonstrationen kleinerer Atomkräfte. – Zweitens stellt sich über die Ablösung der Informationsnetze von den Verkehrsnetzen – und das ist der temporale Aspekt der Sache – global Simultaneität in der Präsenz von Informationen her. Auch in diesem Falle kann man die relevante Seite der Sache hervorkehren, ja in kulturkritischer Neigung lachhafte Effekte durch Hinweis auf die evidente Bedeutungslosigkeit erzielen, die es hat, wenn Weltnachrichtenbanalitäten überall von jedermann gleichzeitig konsumiert werden können. In Handlungszusammenhängen stellt sich die Sache freilich anders dar, und bis in unsere Verkehrssicherheit als Flugtouristen hinein reicht unsere lebenspraktische Angewiesenheit auf nachrichtentechnisch gewährleistete Simultaneität von Sendung und Empfang systemnutzungsrelevanter Daten.

Mit der Vergegenwärtigung zivilisationsevolutionärer Folgen der Ablösung der Informationsnetze von den Verkehrsnetzen ließe sich lange fortfahren. Ich verzichte darauf und liste abschließend einige zivilisatorische Trends auf, die an die globale Expansion der uns zusammenbindenden Netze sowie an ihre Verdichtung gebunden sind.

Erstens wirkt Netzverdichtung kulturell homogenisierend. Der gar nicht mehr junge Ausdruck »Weltkultur« steht dafür. Wir sind heute eher geneigt, den Zustand der Welt durch die wachsende Gefahr des politischen Zusammenstoßes herkunftsdifferenter und lebenspraktisch inkompatibler Hochkulturen zu charakterisieren. Huntington hat diese Sichtweise populär gemacht. Nichtsdestoweniger nehmen global in jeder Kultur mit

Auswirkungen, die im Detail beschrieben werden müssten, herkunftsindifferente Zivilisationselemente nach Menge und lebenspraktischer Unentbehrlichkeit zu. Auf moderne Waffensysteme wissen sich auch fundamentalistische Bewegungen angewiesen. Indien – Reiseziel indophil bewegter Touristen, die in europäisch-romantischer Tradition die bessere Kultur außerhalb unserer eigenen vermuten – ist inzwischen als Software-Produktionsland erfolgreich geworden. Die Ausbreitung technischer Geräte, die sich in nicht unwichtigen Lebenshinsichten als Indikatoren für erreichten Lebensstandard anbieten, verläuft selbst in Ländern, die derzeit noch als Entwicklungsländer gelten, rasant – von den Gerätschaften der Unterhaltungselektronik über das motorisierte japanische Zweirad bis hin zum Kühlschrank und zur Armbanduhr. Auch insoweit empfiehlt sich Zurückhaltung im Naserümpfen über den sich global ausbreitenden Zivilisationsfirnis. Produktiver ist es, sich die homogenisierenden kulturellen Auswirkungen global sich ausbreitender moderner Technik zu vergegenwärtigen. Die Menge der Menschen wächst, die als Verkäufer und Nutzer, als Produzenten und Serviceleister analoge Kompetenzen entwickelt haben. Rudimentäre Englischkenntnisse machen Geschäftsverkehr und Tourismus weltweit kommunikativ möglich. In Abhängigkeit von Faktoren, die man als anthropologisch universell einschätzen darf, verändern sich auch die Verhaltensweisen in Reaktion auf einen höheren Lebensstandard, für den es von der medizinischen Versorgung bis zur Trinkwasserqualität herkunftskulturindifferente Messgrößen gibt. Dies gilt zum Beispiel für das generative Verhalten, und die demographischen Verläufe ändern sich messbar komplementär zu den weltweit beobachtbaren Modernisierungsprozessen.

Zweitens provozieren netzverdichtungsabhängige zivilisatorische Homogenisierungsvorgänge Bewegungen reflexiver Verstärkung kultureller Herkunftsprägungen. Der so charakterisierte Vorgang wirkt sich bis in den politischen Lebenszusammenhang aus. Das gilt nicht nur für die politischen Renaissance außereuropäischer und außerchristlicher Weltkulturen, für die der Islamismus das gegenwärtig eindrucklichste und weltpolitisch potentiell folgenreichste, zumeist antiamerikanisch akzen-

tuierte Beispiel ist. Auch in den wissenschaftlich, technisch und ökonomisch hochentwickelten Weltregionen, in Europa, aber auch in Kanada, bilden sich Bewegungen heraus, die genau komplementär zu den zivilisatorischen Homogenisierungsvorgängen herkunftsprägendes Anderssein kultivieren. Im gemeineuropäischen Phänomen des so genannten Regionalismus setzt sich das in Politik um, und selbst in den traditionellen Zentralstaaten Europas gibt es entsprechend Föderalisierungsprogramme, sogar in Frankreich. Wie fügt sich das zu den unübersehbaren internationalen Kooperationszwängen und damit der Fälligkeit, internationale Institutionen zur Handhabung dieser wechselseitigen Abhängigkeiten zu errichten? Kritiker haben den selbstbestimmungsaktiven Regionalismus mit seiner Rückwendung zu Folklore, mit der rasch wachsenden Menge seiner Heimatmuseen und seinem Eifer der Reliktsprachenkonservierung zu einem Phänomen kultureller Selbstbornierung erklärt. Sie vermuten »Provinzialismus« und intellektuelle Defizite internationaler politischer Orientierung.

Indessen: Diese Vermutung ist unbegründet. In Wahrheit entwickelt sich der Regionalismus auf der Frontlinie des Zivilisationsprozesses. Als Okzitanier oder niederländischer Friese entdeckt man sich nicht, weil man in einem weltabgeschiedenen Winkel von Prozessen der gesellschaftlichen Modernisierung unberührt geblieben wäre. Als Ladiner oder Katalane formiert man sich vielmehr modernisierungskonsequent – nämlich im Strom europaweit, ja weltweit hin und her flutender Touristen- und Warenmengen.

Drittens bewirkt die hier so genannte Netzverdichtung dezentralisierend. Dass netzverdichtungsabhängig in der modernen Zivilisation Dezentralisierungsvorgänge ablaufen, wird noch immer für viele Ohren überraschend klingen. Dieser Überraschungseffekt beruht auf unserer elementaren historischen Erfahrung mit der Rationalität der Bildung von Zentren, die wir an der Geschichte unserer großen Städte ablesen können. Die elementare Rationalität der Zentren besteht, netztechnisch gesehen, in der Minimalisierung der Zahl fälliger Verbindungen, über die man von einem Ort zu jedem beliebigen anderen Ort ge-

langen kann, durch Auszeichnung eines Ortes, der auf dem Weg zu beliebigen anderen Orten unvermeidlicherweise umwegshalber passiert werden muss. Der Kreuzungspunkt aller Umwege ist das, was wir ein Zentrum nennen wollen. Im mathematischen Idealfall ist dann die Zahl der nötigen Wege nicht größer als die Zahl der Plätze, die es mit ihrer Hilfe zu verbinden galt. In Aufnahme und Fortführung einer uns allen geläufigen metonymischen Redeweise heißt das: Alle Wege führen nach Rom, und jeder Weg anderswohin führt über Rom.

Die Pragmatik der skizzierten Beziehungsverhältnisse ist von elementarer Wucht – ökonomisch und militärisch, administrativ und kulturell. Noch im Eisenbahnsystem des 19. Jahrhunderts spiegelt sich diese Wucht – München im Zentrum der Radialen zwischen Salzburg und Augsburg, zwischen Lindau und Ingolstadt, Wien zwischen Budapest und Linz, Pressburg und Agram.

Die Frage muss jetzt lauten: Wäre denn diese so sinnfällige Vorzugslage der Zentren, nachdem sie sich einmal gebildet haben, jemals einzuholen? Man bleibt in Beantwortung dieser Frage realistisch, wenn man zunächst konstatiert: In überschaubaren Zeiträumen und überdies in sehr relevanten Lebensbeziehungen wird sich die Vorzugslage der Zentren erhalten. Nichtsdestoweniger ist inzwischen erkennbar, dass es mächtig wirkende gegenläufige Trends gibt. Sie resultieren aus dem Druck von spezifischen Modernisierungsvorgängen. Ich möchte diese Vorgänge folgendermaßen kennzeichnen: Die Dichte der Beziehungsnetze, die uns in der modernen Zivilisation zentralitätsfrei miteinander verbinden, nimmt ständig zu. Am sinnfälligsten lassen uns das die inzwischen installierten technischen Kommunikationsnetze erfahren. In diesen Netzen sind wir in der Tat alle direkt mit allen anderen verbunden. Die Konsequenz dessen ist ebenso überraschend wie evident: Die Zentralität des Systems verschwindet darüber. Wenn wir mit Kollegen in den USA telefonieren, so gibt es zwar eine Zentrale. Aber diese hängt als geostationärer Satellit über dem Ozean. Ersichtlich handelt es sich dabei nicht mehr um einen ausgezeichneten sozialen Ort. Indessen wäre es nichts als ein Mangel an sozialer Phantasie, wenn wir verkennen würden, welche umwälzenden sozialen und kulturellen Veränderun-

gen von den zentralitätsfreien Beziehungsnetzen ausgehen, die uns in der modernen Zivilisation miteinander informationell und materiell verbinden. Kommunikationsverdichtung und flächen-deckende Mobilität machen Zugriff zu Informationen und Gütern tendenziell zentrumslos universell. Man kann auch sagen: Die Homogenität der Verteilung von Kulturgütern nimmt in einem solchen System ständig zu, und intellektuelle Provinzschelte ist unter diesen Bedingungen Ausdruck einer nostalgischen Beziehung zu Vergangenheiten, in denen solche Schelte noch einen Sinn hatte. Und abermals ist an dieser Stelle daran zu erinnern, dass sich dazu die überall in der Welt beobachtbaren Rückwendungen zu jenen Herkunftsprägungen, durch die wir uns voneinander unterscheiden, an Intensität gewinnen.

Wachsende Komplexität, gewiss, mehrt auf der einen Seite den Bedarf an zentralen Steuerungskapazitäten, und die neuen internationalen Institutionen sind funktional auf diesen wachsenden zentralen Steuerungsbedarf bezogen. Genau komplementär dazu wächst aber zugleich jener Anteil zivilisatorischer Lebensvoraussetzungen, der zentraler Regulierungen gar nicht mehr fähig ist. Der entscheidende Sachgrund dieser relativ abnehmenden Steuerungspotenz politischer Zentralen ist informationeller Art. In modernen, komplexen Zivilisationen sind Zentralen – nationale wie internationale – sowohl erhebungspraktisch wie verarbeitungspraktisch der dramatisch anwachsenden Menge der Informationen, die zur Selbsterhaltung und Fortentwicklung der Systeme erhoben und verarbeitet sein wollen, immer weniger gewachsen. Die sich verdichtenden Netze, Verkehrsnetze wie Informationsnetze, die moderne Gesellschaften großräumig zusammenbinden, wirken dezentralisierend. Der klassische Zentralstaat wird als eine historisch überlebte, nicht zukunftsfähige politische Organisationsform erkennbar, und es lässt sich sagen, dass der real existent gewesene Sozialismus nicht zuletzt an seinem modernitätswidrigen planungspolitischen Zentralismus gescheitert ist.

Organisationstechnisch bedeutet das: Mit der Komplexität und Großräumigkeit moderner zivilisatorischer Lebensverhältnisse wächst zugleich der Bedarf an sektoraler, aber eben auch

regionaler und lokaler Selbstorganisation beliebiger Kommunen einschließlich gebietskörperschaftlicher Kommunen. Eben das setzt sich in Selbstbestimmungs- und Selbstverwaltungsansprüche um. Die Impulse, denen diese Ansprüche sich verdanken, sind insoweit nicht Impulse der Modernitätsflucht hinein in die Pseudoidyllik kleiner Räume. Es handelt sich vielmehr um Impulse aus der Erfahrung organisationstechnischer Notwendigkeiten, das heißt aus der Erfahrung, dass die eigenen Angelegenheiten sich zentral nur in einigen wenigen, freilich sehr wichtigen Bereichen handhaben lassen, im übrigen aber und zum weitaus größeren Anteil selbstbestimmt erledigt sein wollen.

Den skizzierten Dezentralisierungstendenzen entspricht übrigens siedlungsgeschichtlich die Erweiterung alter Zentren und das Zusammenwachsen der sich erweiternden Zentren zu Agglomerationen. Wie das im Weltmaßstab aussieht, lässt sich auch für den Laien anschaulich machen, nämlich durch die uns schon bekannten Photos der Erde aus Mondfahrerdistanz gesehen – für dieses Mal in der Nachtansicht. Die bewohnten Teile unserer Erde werden dabei als helle Flecken sichtbar. Als dann erkennt man: Nur noch wenige leuchtende Zentren gibt es, die großräumig von dunklen Flächen mit sehr schwacher Strahlung umgeben sind – Moskau zum Beispiel. Japan hingegen, der Osten wie der Westen der USA, Europa von London über den Rhein nach Oberitalien – in diesen Bereichen zeigen sich die Lichtbänder der sich verdichtenden Agglomerationen, deren Verwaltungs- und Selbstverwaltungserfordernisse überdies neue Institutionen erzwingen, in Deutschland zum Beispiel die höheren Kommunalverbände.

Viertens sei noch darauf aufmerksam gemacht, dass mit der Expansion und Verdichtung der zivilisatorischen Beziehungsnetze zugleich auch die über Jahrhunderte hin zentral gewesene Bedeutung der wichtigsten aller Gebietskörperschaften, nämlich des Staates, sich relativ rückläufig zu entwickeln scheint. Indem unsere realen Abhängigkeiten voneinander sich über immer größere Räume hinweg erstrecken, verringert sich komplementär dazu die politische Kompetenz der traditionellen Staaten zur po-

litischen Gewährleistung der Ansprüche, die aus expandierenden wechselseitiger Abhängigkeit resultieren, aber weit über traditionelle Nationalstaatsgrenzen hinaus sich an entfernte Andere richten. Anders ausgedrückt: Der traditionelle Nationalstaat erleidet faktische Souveränitätsverluste. Die Europäische Union ist eine Antwort auf die Erfahrung dieser Verluste, und von Interesse ist nun festzustellen, dass die neuen Institutionen mit ihren die staatlichen faktischen Souveränitätsverluste ausgleichenden Zuständigkeiten von kontinentaler Weite ihrerseits keineswegs nach Analogie von Großstaaten verstanden werden können.

Statt Großstaatsbildung, so scheint es, steht heute die politische Pluralisierung auf der europäischen Staatenordnung, und das dürfte auch die Verfassungsgestalt der künftigen Europäischen Union prägen. Man vergegenwärtige sich doch den Vorgang der Pluralisierung der europäischen Staatenwelt im Rückblick auf unser Schulwissen, und man lasse die Vervielfältigung jener monochromen Flächen auf sich wirken, durch die wir in unseren Atlanten staatlich organisierte Territorialherrschaft zu symbolisieren pflegen. Vier Farben genügten vor dem Ersten Weltkrieg, um die Verteilung der riesigen Herrschaftsräume anschaulich zu machen, die sich von St. Petersburg und Riga über Memel und Posen, über Krakau, Agram, Wien und Budapest bis hin nach Istanbul, ja bis ins Zweistromland und nach Afrika über den Nil hinaus erstreckten. Mit dem Ausgang des Ersten Weltkriegs hatte sich in den skizzierten Räumen die Zahl der souveränen Staaten mehr als vervierfacht, und nach dem Zerfall der Sowjetunion wie Jugoslawiens und auch der Tschechoslowakei hat sich inzwischen gegenüber 1914 die Zahl der Völkerrechtssubjekte versiebenfacht.

Abschließend und fünftens möchte ich noch an ein grundlegendes Missverständnis erinnern, das uns über Jahrzehnte hin mit Besorgnissen über die kulturelle und politische Zukunft einer Zivilisation erfüllte, die in sich verdichtenden Informationsnetzen massenmedial integriert ist. Im zweiten Drittel unseres Jahrhunderts hatten die Theorien vom unaufhaltsamen Aufstieg der Massengesellschaft Konjunktur – von Ortega y Gasset bis zu Karl Jaspers. In seinem berühmten Roman *1984* beschrieb Or-

well hoch entwickelte Technik als Medium raumgreifender totalitärer Herrschaft. Im Zeitalter des Totalitarismus, der ja in der Tat die Geschichte unseres Jahrhunderts entscheidend geprägt hat, schien das plausibel. Inzwischen aber, so dürfen wir annehmen, liegt die weltgeschichtliche Epoche totalitärer Herrschaft hinter uns, und sogar der Kalte Krieg hat sein Ende gefunden.

Umso verblüffender ist, dass nichtsdestoweniger Orwells Schreckensutopie erst in unseren Jahren auf den Höhepunkt ihrer Wirkungsgeschichte gelangt ist. Das Orwell-Jahr 1984 war ein Medienereignis ersten Ranges, international, und nichts hat die Kommentatoren damals mehr beschäftigt als Orwells Technik-Philosophie. In mehreren Ländern argumentierten Bürgerinitiativen gegen die Einführung maschinenlesbarer Personalausweise mit Rekurs auf Orwells Warnungen, die sich, wie man sähe, als sehr berechtigt erwiesen hätten. Staatlich-administrative Nutzung der Datenverarbeitungstechnik werde den Bürger zum gläsernen Bürger machen und das Ende der Privatheit bewirken. Francis Bacons ur-technokratischer Satz, Wissen sei Macht, wurde im Licht Orwell'scher Technik-Philosophie semantisch umgedreht und, statt auf Naturbeherrschung, auf Menschenbeherrschung bezogen, und sogar Ämter für Statistik gerieten in den Geruch, die Bürokratie solcher Beherrschung zu sein. Entsprechend wurde, wie man das in der Bundesrepublik Deutschland erlebt hat, Volkszählungsboykott zur Gewissenspflicht widerstandsbereiter Bürger erklärt.

Wider die elektronischen Medien erhob sich der Verdacht, sie würden im Endeffekt als Instrumentarien der Manipulation öffentlicher Meinung eingesetzt. Von der Einführung des Kabelfernsehens mit seinem Unterhaltungsangebot auf mehr als einem Dutzend Kanälen befürchtete man den Verfall politischer Urteilskraft. Die technischen und ökonomischen Imperative des industriegesellschaftlichen Systems brächten sich als Sachzwänge zur Geltung, die keinerlei alternative Optionen offen lassen. Die Macht dieser industriegesellschaftlichen Sachzwänge »kolonisieren« herkunftsprägen Lebenswelten, löse die in diesen Lebenswelten gewachsenen individuellen und kollektiven Identitäten auf und erstickte den Reichtum der Kulturen unter dem Zi-

vilisationsfirmis der in ihrer Evolution von Kapitalverwertungsinteressen diktierten Industriegesellschaft.

Inzwischen wissen wir, dass die industriegesellschaftlichen Entwicklungen, konträr zur düsteren Prognostik Orwells, sogar auf die Totalität totalitärer Systeme sich zersetzend und so freiheitsbegünstigend ausgewirkt haben. Drei Argumente mögen das plausibel machen. Erstens lassen sich durch Mauern, Stacheldrahtverhaue und sonstige mechanische Vorrichtungen totalitäre Systeme gegen unerwünschten Personenübertritt ungleich besser abdichten als gegen die frei in der Atmosphäre verkehrenden elektronischen Wellen. Die technisch bewirkte mediale Integration des Globus in ein informationelles Weltsystem schreitet ja unaufhaltsam fort. Genau gegen diesen Fortschritt richteten sich auch vor kurzem noch allerlei Vorschläge zur so genannten Reform der Weltinformationsordnung, an der, wie man sieht, natürlich in erster Linie die diktatorisch-einheitsparteilich verfassten Gesellschaftssysteme interessiert waren. Kurz: Der technische Fortschritt erleichtert nicht, sondern erschwert die Behauptung totalitärer Informationsmonopole.

Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man im Nachhinein konstatiert, dass sowohl in der ehemaligen DDR wie in der ehemaligen CSSR, auch in Ungarn und überdies in Rumänien der progressiv verlaufende Glaubwürdigkeitsverlust der in den genannten Ländern noch bis vor kurzem herrschenden Einheitsparteien nicht zuletzt durch Erfahrungen des Kontrasts zwischen einheimischer Propaganda und westlicher Medienberichterstattung bewirkt worden ist. Für die Prozesse manifesten Verfalls der Einheitsparteidiktaturen gilt Analoges. Die Dominoeffekte, die diesen Verfall beschleunigt haben, sind nicht zuletzt medienbewirkte Effekte gewesen.

Zweitens erfordern die technisch perfektionierten Instrumentarien totalitärer Macht auf modernem technischen Niveau in rasch wachsender Zahl Inseln freier Wissenserzeugung und relativ freien Wissenstransfers. In modernen Industriegesellschaften nimmt daher auch unter totalitären Bedingungen die Menge der Individuen, vor allem der Wissenschaftler, Ingenieure und Manager, ständig zu, denen man einen relativ freien Zu-

gang zu den Quellen des Wissens gestatten muss, die also die Privilegien längerer Auslandsaufenthalte in Anspruch nehmen können, Erfahrungen mit den Lebensverhältnissen in anderen Systemen zu machen Gelegenheit haben und somit, nach Hause zurückgekehrt, Kenntnisse repräsentieren, die die herrschende Ideologie desavouieren. Der technische und wissenschaftliche Fortschritt als solcher mindert also und erhöht nicht die Chancen kompletter Bewusstseinskontrolle, wie Orwell sie uns utopisch vorgeführt hatte.

Drittens ist der technische Fortschritt als solcher ein Medium der Beschleunigung der Diffusion von Information und damit des Abbaus der Chancen zu jener perfekten Vergangenheitskontrolle, die das eindrucksvollste Detail der Orwell'schen Schreckensutopie darstellt. Man kann gewiss zu Zwecken der ideologischen Indoktrination die Zahl der Schulungsbroschüren von Hunderttausend auf zehn Millionen steigern, die in einem dort abgedruckten Bild Lenin mit dem wegretuschierten Trotzki, also ohne Trotzki, zeigen. So geschah es zu Stalins Zeiten. Aber je mehr man die Verbreitung ideologisch erwünschter Information steigert (»Propaganda«), um so schwieriger wird es, und zwar aus prinzipiellen Gründen, die entsprechend gesteigerte Propaganda von gestern im Bedarfsfall vollständig zurückzunehmen. Die Älteren mögen sich noch an jenes pompöse Bild erinnern, das uns auf einem Ross mit hochehrlichem Schwert Mussolini als »Schutzherrn des Islam« zeigte. Im Original zeigte aber das Photo überdies einen Stallburschen, der für alle Fälle das Ross am Zügel hielt – eine Szene von nicht gerade heroischer Anmutungsqualität. Entsprechend wurde der Stallbursche wegretuschiert und das so imperial gemachte Photo millionenfach propagandistisch verbreitet. Aber die Beseitigung des ungleich weniger imperialen Originals konnte nicht vollständig gelingen. Unter der Hand blieb das Bild des stallburschenbetreuten Duce verbreitet, und die Römer hatten zu lachen.

In der Konsequenz heißt das: Mit der Transformation der Gesellschaft in eine so genannte Informationsgesellschaft – und das ist in letzter Instanz ein technisch bedingter Vorgang – werden auch in totalitären Systemen Vergangenheitskontrollen als

wesentliche Voraussetzung für die Erfüllbarkeit der Präention historisch unverbrüchlicher Konstanz ideologischer Wahrheit immer geringer.

In der Zusammenfassung bedeutet das: Es mag gute Gründe geben, den Totalitarismus unverändert zu den keineswegs erledigten Gefahren politischer Entwicklungen zu zählen, auf die wir, um sie abzuwehren, gegenwärtig eingestellt bleiben müssen. Aber es ist nicht wahr, dass die technische Evolution als solche die Wahrscheinlichkeit dieser Schrecken erhöhte. Insoweit ist das Gegenteil richtig.

## VERANTWORTUNG IN EINER VERÄNDERTEN WELT

Der Begriff der Verantwortung gehört nicht zu den klassischen Begriffen der Ethik. Umso erstaunlicher mag es sein, dass heute überall von Verantwortung die Rede ist. Der Begriff der Verantwortung hat sich aber in den vergangenen Jahren zu etwas Ähnlichem wie einer ethischen Schlüsselkategorie entwickelt. Was aber heißt hier Verantwortung? Handelt es sich nur um einen unklaren Modebegriff, oder trifft hier eher zu, was der Bielefelder Soziologe Franz-Xaver Kaufmann in seinem Buch *Der Ruf nach Verantwortung* vermutet, nämlich »dass sich im Wandel des Sprachgebrauchs Veränderungen der sozialen Wirklichkeit andeuten« (Kaufmann 1992, 47)? – Aber was hat sich verändert? Warum ist der Begriff der Verantwortung heute so wichtig geworden?

Ich denke, es ist hilfreich, sich hierzu die Veränderung unserer sozialen Wirklichkeit vor Augen zu führen. Das Erfolgsmusical *Anatevka* (Fiddler on the Roof) versetzt uns in die Zeit des späten zaristischen Russlands und beginnt mit einer grandiosen Musiknummer. Der Titel dieser Musiknummer heißt *Tradition!*. Tevje, der Milchmann, bringt es auf den Punkt: »Was uns unser seelisches Gleichgewicht erhält, ist, mit einem Wort gesagt, Tradition! – Aufgrund unserer Tradition weiß jeder, was er zu tun und zu lassen hat und was der liebe Gott von ihm erwartet.« Das sittliche Profil einer solchen traditionellen Gesellschaft ist geprägt durch die Kategorien der persönlichen Tugenden, durch die herkömmlichen sozialen Pflichten und durch die für alle geltenden religiösen Gebote. Von Verantwortung ist nicht die Rede. Das Musical schildert allerdings bereits die schleichende Auflösung dieser Tradition und endet mit der Zerschlagung des Dorfes. Die Dorfbewohner von *Anatevka* sind am Ende gezwungen in eine neue Welt aufzubrechen.

Zu allen Zeiten hat sich das gesellschaftliche Lebensgefüge der Menschen verändert, schleichend oder auch abrupt, sei es durch den Austausch mit anderen Kulturen, sei es durch Gewalt,

Kriege und Naturkatastrophen, oder sei es durch Entdeckungen wie die Erfindung des Rades, der Maschine oder des Computers. Was aber moderne Gesellschaften zunehmend von traditionellen Gesellschaften unterscheidet, ist, dass sich unsere moderne Lebenswelt inzwischen wesentlich aus sich selbst heraus fortentwickelt. Die großen Motoren dieser Dynamik sind ein ständiges *Wachstum an Wissen*, die Umsetzung dieses Wissens in *technologische Entwicklung* und die extensive Umsetzung von Wissen und Technologie in *ökonomischen Gewinn*. Die Kapazitäten dieses Prozesses sprengen inzwischen alle bisher bekannten Größenordnungen.

Die Folge sind ständige Veränderungen der Lebens- und Arbeitswelt. Mit wachsendem Wissen, wachsender Technik und wachsenden Organisationsformen ergeben sich immer komplexere Aufgaben – Aufgaben, die ihrer Natur nach gar nicht mehr von einzelnen Menschen, sondern nur noch von Gruppen, Institutionen und Unternehmen, das heißt von kollektiven Akteuren bewältigt werden können. Diese neuen Aufgaben lassen sich vielfach nur noch dadurch bewältigen, dass man den jeweiligen Akteuren erhebliche Freiräume zugesteht und ihnen selbst überlässt, in ihren jeweiligen Bereichen nach den bestmöglichen Lösungen zu suchen.

Das aber hat gravierende Folgen: An die Stelle einer einheitlichen, allen bekannten und von allen anerkannten Volkssitte tritt ein kaum noch überschaubares Geflecht von partikularen Handlungsordnungen. Aus der traditionellen Gesellschaftsordnung wird eine liberale *Gesellschaftsrahmenordnung*. Im Rahmen der internen Handlungsordnungen entwickeln sich je eigene Verbindlichkeitssysteme und plurale Maßstäbe des richtigen Verhaltens.

Die internen Ansprüche und Erwartungsmuster prägen massiv das soziale Klima in den diversen Institutionen und Unternehmen. Und man kann sich diesen Ansprüchen meist nur dadurch entziehen, dass man die entsprechende Gruppe oder Firma verlässt – falls man die Freiheit dazu hat. Das soziale Leben in modernen Gesellschaften ist nicht unverbindlich geworden. Aber die Verbindlichkeiten sind weithin zu einer internen Angelegen-

heiten der gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen geworden.

Eines der wesentlichen Merkmale dieser gesellschaftlichen Entwicklung beschreibt Norbert Elias als »Verlängerung von Handlungsketten«. Kaufmann erläutert dies am Beispiel der Geschichte des Postwesens: »Die Übermittlung einer Botschaft geschah von alters her durch einen Boten, der die Botschaft zu Fuß oder zu Pferd zunächst mündlich überbrachte. Sobald ein Schreiber dazwischen trat, der die Botschaft in die Form eines Dokumentes kleidete, wurde die Übermittlung zwar zuverlässiger, aber es verlängerte sich die Handlungskette: Es sind nun mindestens zwei Personen an der Übermittlung der Botschaft beteiligt. Eine weitere Verlängerung der Handlungskette resultierte, sobald zwecks Beschleunigung der Übermittlung und Erweiterung des Kommunikationsraumes an bestimmten Orten Wechselferde oder gar Wechselboten bereitgehalten wurden, die zunehmend nicht mehr nur eine, sondern bei Bedarf zahlreiche Botschaften gegen Entgelt mitnahmen.

Aus solchen linienförmigen Kurierdiensten entwickelte sich das moderne Postwesen, das die verschiedenen Kurierdienste vernetzte und die Beförderung von Botschaften in nahezu beliebige Richtungen und auf weitgehend anonyme Weise ermöglichte.« (Kaufmann 1992, 48 f.)

Mit zunehmender Komplexität stellt sich dann irgendwann die Frage nach der Gewährleistung des Gesamtablaufs: »Wenn eine Botschaft nicht ankommt, wer ist dann verantwortlich, und wer ist wem verantwortlich? [...] [So] musste eine neue Organisationsform gefunden werden, welche die *Verantwortung für den Gesamtablauf*, also für die erfolgreiche Übermittlung der Botschaft übernimmt.« (Kaufmann 1992, 49 f.)

Eben hierin sieht Kaufmann die Pionierleistung der Thurn- und-Taxis'schen Post, die damit zum Vorläufer des modernen Postwesens wurde. Ähnliche Entwicklungen, so ließe sich ergänzen, führten vom einzelnen König zum politischen System, vom einzelnen Richter am Stadttor zur Rechtsordnung, vom Handwerker zum Produktionsunternehmen, vom Kaufmann zur Handelskette, vom Diener zum Dienstleistungskonzern, vom

Verkäufer zur Marketingfirma und vom Bauernmarkt zur Weltwirtschaftsordnung.

In allen diesen Fällen tritt im Zuge der Entwicklung an die Stelle der Handlung von Einzelpersonen ein Geflecht von Handlungen kollektiver Akteure, und zugleich tritt der Begriff der Verantwortung in den Vordergrund. Was geschieht, wenn etwas schief geht? Die herkömmlichen Kataloge von Tugenden, Pflichten und Geboten bieten kaum Hilfe, weil sie von Standardrollen in traditionellen Gesellschaften ausgehen. Da wir es jetzt aber mit jeweils ganz eigenen partikularen Handlungssystemen zu tun haben, bleibt nichts anderes übrig, als jeweils im einzelnen Fall zu fragen, *wer genau für was zuständig war, welche Instanz mit der Aufsicht betraut war, auf welcher Art von Verpflichtung die erwartete Tätigkeit beruht und nach welchen Maßstäben mögliche Verfehlungen zu ahnden sind*. Eben dieses *offene Frageaster* ist aber genau das, was uns der Begriff der Verantwortung an die Hand gibt.

Denn was heißt *Verantwortung*? Eine Verantwortung übernehmen bedeutet soviel wie eine Aufgabe übernehmen in der Bereitschaft, diese Aufgabe auch nach bestem Bemühen zu erfüllen und schließlich Rechenschaft über die Erfüllung zu geben. Dabei muss aber zugleich Klarheit bestehen über den genauen *Träger der Verantwortung*, über den *Gegenstand* der Verantwortung, über die *zuständige Instanz*, vor der sich jemand zu verantworten hat, über die *Art der Verbindlichkeit* und über die *Kriterien*, unter denen man den Träger der Verantwortung jeweils zur Rechenschaft ziehen kann.

Hinzu kommt jetzt aber noch die Verantwortung für den Gesamttablauf: Wenn es tatsächlich zu einer Panne oder zu einer Schädigung Dritter kommt, was geschieht dann? Man wird zunächst das Unternehmen als juristische Person für den entstandenen Schaden haftbar machen. Sodann wird das Unternehmen seinerseits den Grund für den Fehler im eigenen Betrieb suchen. Schließlich wird man den Fehler als ein menschliches oder technisches oder strukturelles Versagen diagnostizieren, und man wird dann geeignete organisatorische Maßnahmen ergreifen, um solche Fehler künftig zu vermeiden. Denn es gehört mit zur Ver-

antwortung für den Gesamtablauf, dass auch immer jemand für die Zuverlässigkeit der Mitarbeiter, für den *Einsatz* bestimmter Techniken und für die *Gestaltung* der betrieblichen Strukturen verantwortlich ist.

Die Frage nach den Kriterien der Verantwortung spitzt sich im Blick auf so genannte »verantwortliche Aufgaben«, wie sie von exponierten Entscheidungsträgern wahrgenommen werden (Kaufmann 1992, 44–46) noch einmal zu. Solche Aufgaben zeichnen sich nach Kaufmann durch vier Merkmale aus: 1. Sie räumen dem Handelnden die Befugnis ein, *Entscheidungen von großer Tragweite* zu treffen. 2. Sie erfordern daher insgesamt ein besonderes Vertrauen in die *persönliche Integrität* des Aufgabeninhabers. 3. Sie verlangen eine hohe *sachliche Kompetenz* des Akteurs. Und 4. Sie räumen dem Handelnden *offene Handlungsspielräume* ein, die er durch seine eigene Person und durch eine kreative Gestaltungsfähigkeit selbst ausfüllen muss, so dass sich die Erledigung solcher Aufgaben gerade nicht mehr »in Form eindeutiger Regeln oder gar Handlungsanweisungen programmieren lässt« (Kaufmann 1992, 46). Verantwortliche Aufgaben in diesem Sinne sind also typischerweise solche, für die eine dezidierte Handlungserwartung gerade fehlt, für die ein bloßes Pflichtbewusstsein allein nicht ausreicht (45) und die damit auch einen durchaus politischen Charakter annehmen. So ergeben sich, im Blick auf diese vier Merkmale, auch insgesamt vier Fragen, unter denen ein exponierter Verantwortungsträger sein Tun zu verantworten hat und von denen drei schon Max Weber in seinem Vortrag *Politik als Beruf* für die Verantwortung des Politikers formuliert hatte. Die vier Fragen sind: 1. Hat der Verantwortungsträger die ihm zugestandene Macht gezielt zur Bewältigung der übernommenen Aufgabe eingesetzt? 2. Hat er sich als vertrauenswürdige Person bewährt? 3. Hat er Kompetenz bewiesen und umsichtige Entscheidungen getroffen? Und 4. Ist er den Anforderungen, die die Offenheit der Aufgabe mit sich brachte, gerecht geworden? Kriterien mangelnder Verantwortung sind demnach: Machtmissbrauch, mangelnde Integrität, distanzloses Entscheiden und Selbstüberschätzung angesichts unwägbarer Herausforderungen.

Nun hat Hans Jonas in seinem Buch *Das Prinzip Verantwortung* von 1979 auf eine weitere Dimension des modernen Verantwortungsbegriffs hingewiesen. Mit Nachdruck hat er darauf aufmerksam gemacht, dass die moderne technologische Zivilisation *als Ganzes* Gefahr läuft, die resultierenden Gesamtfolgen ihres Tuns aus dem Blick zu verlieren, und diese Gefahr besteht genau dann, wenn alle einzelnen Menschen und alle kollektiven Akteure sich allein auf den Erfolg ihrer jeweiligen Partikularinteressen konzentrieren (Jonas 1979, 27; 32).

Ziel des Buches von Jonas ist nichts weniger als der Versuch, die moderne technologische Zivilisation für ihre *Gesamtpraxis* zur Verantwortung zu rufen. Jonas ist sich dabei der Neuheit dieser Fragestellung durchaus im Klaren: »Das Neuland kollektiver Praxis, das wir mit der Hochtechnologie betreten haben, ist für die ethische Theorie noch ein Niemandsland.« (7). Denn, so schreibt er: »Niemand wurde verantwortlich gehalten für die unbeabsichtigten späten Wirkungen seines gut-gewollten, wohlüberlegten und wohl-ausgeführten Akt.s« (25). Gegenstand der Verantwortung ist bei Jonas die »kollektive Praxis« insgesamt (7) mit ihren globalen und generationsübergreifenden Folgen für die Grundlagen der belebten Natur und mit ihren Folgen für die Zukunft der Menschheit insgesamt. Und Verantwortungsträger ist bei Jonas nicht mehr wie in der herkömmlichen Ethik nur die einzelne Person oder wie bei Kaufmann und Weber der partikulare Verantwortungsträger. Es ist, wie Jonas eigens betont, durchaus »der Mensch«, und er erläutert: »Doch er ist »er« [der Mensch]. Nicht ihr oder ich: es ist der kollektive Täter und die kollektive Tat, nicht der individuelle Täter und die individuelle Tat« (32). Die hier eingeforderte Verantwortung übersteigt die Praxis des Einzelnen und die Praxis partikularer Akteure und betrifft nicht weniger als die globale Praxis der Menschheit insgesamt.

Der Ruf nach globaler Verantwortung angesichts der plötzlich erkannten ökologischen Gefahren veranlasste im Jahre 1983 die Generalversammlung der Vereinten Nationen dazu, eine Kommission für Umwelt und Entwicklung einzurichten. Die Aufgabe der Kommission bestand darin, ein weltweites Programm des

Wandels zu entwerfen und dabei insbesondere nach langfristigen Umweltstrategien für eine dauerhafte Entwicklung zu suchen. Ein weltweiter Prozess der Recherchen und Konsultationen führte zu einer überraschenden Einsicht: Umweltzerstörung ist nicht allein ein Problem der reichen Industrieländer, sondern ebenso eine Folge wirtschaftlicher Armut, in der viele der ärmsten Länder dieser Welt gefangen sind (Hauff 1987, XXI), wenn etwa, um nur eines der Beispiele zu nennen, der tropische Regenwald abgeholzt wird, um Devisen für den Schuldenabbau zu erwirtschaften oder auch nur um armen Bauern vorübergehend das schlichte Überleben zu sichern.

Der Abschlussbericht trägt den bezeichneten Titel *Unsere gemeinsame Zukunft*. Die Autoren warnen im einleitenden Teil dringend vor zwei Engführungen: Die eine Engführung wäre die Begrenzung der Thematik auf so genannte Umweltprobleme, denn die hängen in erheblicher Weise von sozialen, politischen und wirtschaftlichen Problemen ab. So betonte auch die UN-Umweltkonferenz von Rio de Janeiro 1992 als einen wesentlichen Punkt der Umweltpolitik die Bekämpfung der Armut. Die zweite Engführung wäre die Begrenzung der Bedeutung des Wortes *Entwicklung* darauf, »was arme Länder tun sollten, um reicher zu werden« (XXI). Der Bericht deutet das Problem an, wenn es da heißt: »Viele Entwicklungswege, die die Industrieländer genommen haben, sind ganz deutlich nicht dauerhaft.« (XXII). Konkreter gesagt: Würden alle Länder dieser Erde einen Umweltverbrauch in der Größenordnung der heutigen Industrieländer beanspruchen, würde dies umgehend zum ökologischen Kollaps führen. Die Grundlagen unserer gemeinsamen Zukunft hängen also davon ab, dass wir 1. die Armut in der Welt nicht länger ignorieren können, dass wir 2. – angesichts der Grenzen des Wachstums – nicht einfach darauf hoffen können, dass die Länder des Südens ihren Entwicklungsrückstand bald aufholen werden, und dass 3. der weithin anonyme Prozess der Globalisierung dringend der Einbettung in den Kontext einer übergreifenden Verantwortung für das Ganze bedarf.

Im September 2000 haben die Vereinten Nationen in ihrer Millenniumserklärung ein umfassendes Aktionsprogramm be-

schlossen, das anschließend zur Formulierung von konkreten Entwicklungszielen bis 2015 geführt hat. Zu den Entwicklungszielen gehören vor allem die Beseitigung von extremer Armut, grundlegende Gesundheitsversorgung, die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit und der Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft. Um schließlich auch die so genannte private Wirtschaft in die globale Verantwortung einzubinden, hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan vor einigen Jahren alle Unternehmensleitungen in der Welt aufgefordert, einem *Global Compact* beizutreten. Der Beitritt beinhaltet, dass sich das Unternehmen auf die Wahrung der Menschenrechte im eigenen Betrieb und bei seinen Geschäftspartnern, auf humane Arbeitsbedingungen und auf einen umsichtigen Umgang mit Umweltproblemen verpflichtet. Die Initiative des *Global Compact* zeigt allerdings nur sehr mäßigen Erfolg. Die großen Akteure der Weltwirtschaft lassen sich offenbar nur sehr zögerlich in eine umfassende ordnungspolitische Verantwortung einbinden.

Verantwortung in der veränderten Welt ist heute ohne den Dialog zwischen der Politik und der so genannten Privatwirtschaft, aber auch nicht ohne den tragenden Rückhalt in den Zivilgesellschaften der Völker nicht mehr möglich. Der Prozess der Globalisierung wird sich nicht bremsen lassen, aber wir können noch hoffen, dass wir ihn dauerhaft und zum Wohl der Völker gestalten können, allerdings nur dann, wenn sich jeder seiner Verantwortung *in* der veränderten Welt und *für* diese veränderte Welt im Ganzen klar wird. Hierfür zu werben und hierin ein Stück mehr allgemeine Orientierung zu gewinnen – das ist das Anliegen unserer diesjährigen Hegelwoche.

ERLAUBT DIE GLOBALISIERUNG NOCH  
LANGFRISTIGES HANDELN?

Ich dachte, im akademischen Rahmen ist es nicht unvernünftig, der Fragestellung, ob die Globalisierung noch langfristiges Handeln erlaubt, eine gewisse historische Tiefendimension zu geben. Der Grund, weswegen ich sogar glaube, es zu müssen, ist, dass es über die Jahrhunderte, aber ganz speziell in den letzten 15 Jahren dramatische Veränderungen gegeben hat, die auf die Antwort, ob Globalisierung noch langfristiges Handeln erlaubt, einen großen Einfluss haben.

Es fängt schon damit an, dass das Wort *Globalisierung* neu ist, es ist noch keine 12 Jahre alt. Vorher gab es das Wort in der deutschen Literatur oder Publizistik nicht. Und ich behauptete, dass das Wort Globalisierung, 1993 entstanden, einen Bruch in der Bedeutung dessen markiert, was man gemeinhin Aufklärung nennt.

Ich behaupte ferner, dass in der angelsächsischen Interpretation der Aufklärung die Begriffe von Freiheit, von Demokratie und von Markt untrennbar zusammengehören. Legitimiert war die Zusammengehörigkeit durch die gemeinsamen Gegner. Das waren zur Zeit der Aufklärung zunächst die absolutistischen Könige. In den zwei darauf folgenden Jahrhunderten hat sich diese in der angelsächsischen Tradition stets unterstellte gegenseitige Harmonie zwischen Markt auf der einen Seite, und Freiheit und Demokratie auf der anderen Seite immer wieder ganz gut bestätigt. Denn nach den absolutistischen Königen gab es immer wieder andere autoritäre Regimes, insbesondere später die Faschisten und schließlich die Sowjetkommunisten. Diese autoritären Regimes waren allesamt sowohl gegen den Markt wie gegen Freiheit und die Demokratie. So war es logisch, dass Freiheit, Demokratie und Markt ein Bündnis eingingen.

Dieses war die Grundlage für das nach dem Zweiten Weltkrieg entstehende, von uns allen bejahte westliche Wertebündel. Scherte da jemand aus, konnte man ihm bequemerweise raten:

Geh doch in den Osten, wenn's dir hier nicht gefällt, und damit hatte man schon gewonnen. Eine West-Ost-Wanderung hat nicht stattgefunden. Das westliche Wertebündel war einfach überzeugender als das östliche. Demgegenüber hat es immer eine untergeordnete Bedeutung gehabt, dass tatsächlich in der kontinentaleuropäischen Aufklärung von Rousseau oder Kant der Markt eigentlich gar keine Rolle spielte. Aber man hat den Markt gerne akzeptiert, weil das Bündel ja nicht ganz falsch war, weil die Angelsachsen, vor allem die Amerikaner omnipräsent waren, und weil das Wirtschaftswunder nicht zu Unrecht auf das Wirken des Marktes zurückgeführt wurde.

Und nun kommt meine starke Behauptung, dass nach 1990 die schöne Harmonie von Markt und Demokratie auseinander brach. Diesen Bruch assoziiere ich mit dem plötzlichen Auftauchen eines neuen Wortes in unserer Sprache, mit der Globalisierung. Das erste Bild zeigt das fast abrupte Auftauchen dieses Wortes nach 1990, nach Aussagen der Frankfurter Allgemeinen. Ganz ähnlich ist es in den anderen Weltsprachen gewesen, im Französischen sagt man *mondialisation*. Dieses Wort finden Sie vor 1993 selbst in *Le Monde* nicht. Im Englischen kommt das Wort *globalization* schon etwas früher vor, aber nicht in der Alltagssprache.

Die Frage ist natürlich: Wie kommt das? Und meine Antwort ist in dem versteckt, was ich einleitend über die Aufklärung gesagt habe. Jetzt müssen wir aber etwas präziser werden. Solange es machtvolle Gegner der Demokratie und der Freiheit und des Marktes gab, hatte das Kapital, hatten die jeweiligen Starken immer ein gutes Motiv, sich auch auf die Freiheit und auf die Demokratie einzulassen. Das hat zu einer vernünftigen Balance zwischen Demokratie und Markt geführt. Der Markt ist gut für die Starken, die Demokratie ist gut für die Schwachen. Und wenn beide Prinzipien im Gleichgewicht miteinander stehen, geht es allen gut, ist also die Welt in Ordnung. Der Westen hatte diese Balance, der Osten nicht, also war das westliche System das bessere und blieb mit Recht siegreich.

Die Ironie der Geschichte will es nun, dass, sobald das bessere System das schlechtere besiegt hatte, das bessere schlechter

geworden ist, – indem es die Balance verloren hat. Seit die Rivalität mit dem schlechten System nicht mehr existierte, gab es für die Starken am Markt überhaupt kein Motiv mehr, die Balance zu halten und auf die Demokratie Rücksicht zu nehmen. Jetzt galt auf einmal die Demokratie als »ineffizient« und der Sozialstaat als unfinanzierbar. Und wenn der Staat so frech war, an seinen während des Kalten Krieges eingeübten Idealen der sozialen Marktwirtschaft festzuhalten, dann drohte das Kapital auf einmal mit Abwanderung. Und das waren keine leeren Drohungen. Das Kapital war nach dem Wegfall der Ost-West-Rivalität tatsächlich völlig frei, sich global denjenigen Platz auszusuchen, wo die Renditen die höchsten sind. Das ist eben die Globalisierung, die Globalisierung der Kapitalmärkte. Diese schnürte den demokratischen Staaten immer mehr die Handlungsspielräume ein.

Der *Shareholder Value*, die Optimierung der Kapitalrendite für die Besitzenden, wurde mächtiger als die schönen Werte der Aufklärung oder der christlichen Nächstenliebe oder der Demokratie. Dabei darf man nicht in den moralisierenden Fehlschluss kommen, die Firmen und die Kapitaleigner wären frei, in die gute alte Zeit zurückzukehren. Nein. Wenn sich ein Unternehmen heute noch für edle Dinge ohne Rendite einsetzt, wird es von der Konkurrenz gnadenlos überholt oder gefressen. Globalisierung der Kapitalmärkte bedeutet eine schwerwiegende Einschränkung des Handlungsspielraums sowohl für den demokratischen Staat wie für die auf gesellschaftlichen Konsens setzenden Unternehmensführer.

Eines der unerfreulichsten Phänomene der Globalisierung war die dramatische Zunahme der Insolvenzen, die das nächste Bild zeigt. Das hatte nichts mit der Regierung Kohl oder später Schröder zu tun, sondern mit dem damals neuen Phänomen der Globalisierung, des sich gnadenlos verschärfenden Kostenwettbewerbs. Ich erinnere mich noch sehr gut, wie damals gegen Ende 1992 Volkswagen plötzlich am Rande des Bankrotts war. Und dann hat man einen Mann eingekauft, Ignacio Lopez, dessen Aufgabe war es, sämtliche Zulieferer bis aufs Blut zu erpressen, damit sie die gleiche Menge und Qualität zu geringeren

Kosten lieferten. Und wenn die jammerten, sie hätten doch auch ihre Kostensteigerungen, dann sagte der kühl, ja dann kaufen wir eben in Tschechien oder Portugal ein! Diesem Lopez-Effekt sind Hunderte von Zulieferern und Zulieferer von Zulieferern zum Opfer gefallen. Die sind in dieser Statistik mit enthalten.

Ein weiteres Phänomen, das damit zusammenhängt, ist, dass unter dem Druck der Kosten die Unternehmen und vor allem die Unternehmensverbände die Regierungen der Welt unter Druck setzen und verlangen, die Unternehmenssteuern zu senken. Man sagt so hübsch, die Unternehmenssteuern seien nicht »konkurrenzfähig«. Und so werden also die Unternehmensteuersätze gesenkt. Aber natürlich nicht nur in einem Land, denn die Klage ertönt ja in allen Ländern. Wenn einer vorausgeht, müssen die anderen folgen, so gibt es ein regelrechtes Abwärtskarussell. Seit etwa 1995 sind die Sätze in der EU und in den OECD-Ländern Jahr für Jahr immer weiter nach unten gegangen! Aber man glaube nicht, das Ende der Abwärtsspirale sei schon erreicht. Neuerdings haben wir Estland in der EU, und das hat einen Unternehmenssteuersatz Null! Selbst das ist noch nicht das logische Ende der Spirale. Beim Buhlen um Unternehmensansiedlung werden den Steuerpolitikern auch noch negative Unternehmenssteuersätze einfallen.

Auf nationalstaatlicher Ebene kann man einen solchen ruinösen Steuerwettbewerb noch unter Kontrolle halten. Als vor vielen Jahren einmal eine Gemeinde mit einem Gewerbesteuersatz Null auftrumpfte, kam der Fall vors Bundesverfassungsgericht, und das hat den Spuk verboten. Auf Weltebene und schlimmerweise selbst auf EU-Ebene haben wir keine Verfassung und kein Gericht, das diesen gefährlichen Abwärtstrend stoppen könnte. Und die Vernunft des Kollektivs wird immer wieder durch die egoistische Unvernunft der Einzelnen ausgehebelt.

Die systematische Schwächung des Gemeinwesens wird oberflächlich gesehen durch den Druck aus dem Privatsektor bewirkt. In Wirklichkeit sind auch die Akteure des Privatsektors in ihrer Mehrzahl Gejagte und nicht etwa Jäger. Sie haben alle mit einem gnadenlosen Kostenwettbewerb zu kämpfen. Aber es gibt einen Typus Akteur, welcher dann doch in erster Linie Jäger ist:

Das sind die institutionellen Anleger und die so genannten Heuschrecken, die Finanzinvestoren. Die machen nämlich die Vorgaben über die zu erzielende Rendite. Und so werden lauter kleine, an sich profitable Firmen dichtgemacht, weil sie unter den Renditevorgaben liegen. Als vor etwa 12 Jahren einmal der wohl mächtigste Finanzkonzern der Welt, Fidelity, sagte, die Firma Siemens tue nicht genug für die Aktionäre, musste der damalige Konzernchef von Siemens, Herr von Pierer, sehr rasch reagieren und im Laufe der Jahre Zehntausende von Stellen streichen, um die Rendite hochzupeitschen. Denn sonst wäre Siemens alsbald zum Übernahmekandidaten etwa für General Electric geworden, und das hätte die Lage für die Mitarbeiter nur noch schlimmer gemacht. Es wäre also ungerecht, diese Lage der Firmenleitung von Siemens vorzuwerfen.

Vor 1990 gab es natürlich auch schon Renditedruck. Aber es wäre politisch nicht korrekt gewesen, einen so massiven Druck auf die Firmen auszuüben, dass selbst profitable Fabriken mir nichts, Dir nichts zugemacht werden, wenn sie die Renditeziele um ein paar Prozent verfehlen. Nach 1990 hat sich der Kapitalismus selbst verändert, er ist schlagartig viel »angelsächsischer« geworden. In der Heimat von Adam Smith, in Schottland, gibt es ein Adam Smith Institut. Dieses hat vor einigen Jahren zum heiligen Christfest eine Weihnachtskarte verschickt, wo Adam Smith mit Perücke den verdutzten Menschen aller Rassen als ein neuer Heiland erscheint und das Evangelium der Marktwirtschaft verkündet.

Bei den Gewinnern auf den Kapitalmärkten herrschte Festtagsstimmung. Die Renditen gingen nach oben und mit ihnen die Börsenkurse. Immer wieder hörte man Unkenrufe, die Kurse würden jetzt dann abstürzen, aber sie gingen immer weiter nach oben, gut zehn Jahre lang. Als man sich schließlich daran gewöhnt hatte und die Ökonomen anfangen, eine neue Marktrealität des schwankungsfreien Wachstums zu postulieren, da brachen die Kurse dann doch ein, im Jahr 2000.

Während die Kapitaleigner zehn Jahre lang jubilierten, hat an anderen Stellen das Elend, hat die Armut zugenommen. Das was Herr Schröder über die *Millennium Development Goals* erzählt

hat, beschlossen beim Jahrtausendgipfel der UNO, und was Kofi Annan dann mit dem *Global Compact* gemacht hat, das war bereits der Versuch einer Antwort auf das skandalöse Aufreißen der Schere zwischen Arm und Reich. Solange die Demokratie noch zugunsten der Schwachen funktionierte, waren solche Initiativen noch gar nicht so nötig.

Aber die Erpressbarkeit und die Schwäche der Demokratie machen es heute fast unmöglich, staatlicherseits gegen die Armut vorzugehen. Die Entwicklungshilfe-Prozentsätze sind nach 1990 deutlich eingeknickt. Vor 1990 hatten wir die »Goldenen Tage« der Demokratie, wo der Staat noch in der Lage war, den Wählerwillen umzusetzen, auch zugunsten der Entwicklungshilfe oder der sozialen Umverteilung im Innern. Die Wirtschaft hat den damaligen Zustand ganz gut ausgehalten; es gab ja befriedigende Wachstumsraten, und man hatte nicht die gnadenlosen Rendite-Tugendwächter im Nacken. In den 1980er Jahren bekamen dann in den USA und England die Angebotsökonomien, die Neoliberalen Oberwasser. Das hat die ehemalige Dominanz der Staatsmacht ausgeglichen, aber der Staat war noch keineswegs abgemeldet. Dieses geschah erst nach 1990.

Bei Lichte betrachtet, im Lichte der Aufklärung betrachtet, ist die neue Situation natürlich eine sehr schlechte Nachricht für die Demokratie. In den letzten paar Jahren hat in Lateinamerika ein halbes Dutzend Wahlen stattgefunden, und dabei wurden systematisch wirtschaftsnahe Regierungen durch sozialistische oder sozialdemokratische Regierungen abgelöst. Aber dann hat es nicht lange gedauert, bis die neuen Regierungen praktisch auf die gleiche Steuer- und Sozialpolitik zurückgeschwenkt sind wie die Vorgängerregierung. Da haben sich die Wählerinnen und Wähler natürlich vergackeiert gefühlt. Wozu sind wir eigentlich zur Wahl gegangen? Aber man weiß inzwischen, dass Herr Lagos in Chile oder Herr Lula in Brasilien oder Herr Kirchner in Argentinien keine Wahl hatten und sich mit dem internationalen Kapital arrangieren mussten. Der einzige, der sich momentan noch nicht kleinkriegen lässt, ist Hugo Chaves in Venezuela; das geht aber nur, weil er auf riesigen Ölfeldern sitzt und der Ölpreis ständig gestiegen ist. Und dennoch ist das Land in einer Krise.

Der demokratisch-politische Spielraum, etwas zu tun, was den Kapitalmärkten nicht gefällt, ist unglaublich gering geworden. In dieser Situation sagen wir Demokraten dem Volk ständig: Ja, es lohnt sich, alle vier Jahre zur Wahl zu gehen! Ihr habt eine Entscheidungsmöglichkeit! Das ist leider inzwischen eine recht verlogene Aussage.

Lassen Sie mich hier zwei Bemerkungen über Europa einschieben, die eine über Frankreichs Nein zum Verfassungsvertrag, die andere über die eigenartige Angst vor zu wenig Wachstum.

Die Enttäuschung über die Schwäche der Demokratie war in Frankreich einer der Gründe für die Ablehnung der Europaverfassung. Und zwar, weil man Europa dort als kleine Version des verhassten Phänomens der Globalisierung ansieht. Die EU hatte nicht lange vor der Verfassungsabstimmung eine marktfundamentalistische Dienstleistungsrichtlinie vorgelegt, in Frankreich als die Bolkestein-Richtlinie bekannt. Nach deren marktradikalem Ursprungslandprinzip hätte ein Litauer mit einem Deutschen in Deutschland zu litauischen Bedingungen konkurrieren können. Dieser Richtlinienentwurf des damaligen Kommissars Bolkestein hat in Frankreich praktisch das ganze Volk gegen die EU in Stimmung gebracht. Zum Glück haben Chirac und Schröder die radikale Form der Richtlinie schließlich gestoppt. Wenn wir nämlich die Werte, um derentwillen wir ausgesprochen gerne Europäer sind, ernst nehmen, dann können wir diese marktradikale und die Demokratie aushöhlende Version von Europa nicht akzeptieren!

Die zweite Bemerkung bezieht sich auf den Kommissionspräsidenten Manuel Barroso. Als er im Februar dieses Jahres die Umsetzung der Lissabon-Strategie vorstellte, nach welcher die EU zur dynamischsten Region der Erde werden sollte, erzählte er mit rührender Stimme, er habe drei Kinder und er habe sie alle drei gleich lieb. Aber wenn es einem schlecht geht, dann ist es in jeder guten Familie üblich, dass die anderen zurückstehen. Und im Moment geht es dem ökonomischen Kind schlecht, dann müssen die sozialen und ökologischen Belange eben zurückstehen. Diese Dreiheit war eine Anspielung auf das Nach-

haltigkeitsdreieck, das schon im so genannten Brundtlandbericht von 1987 angelegt ist, wonach die Nachhaltigkeit aus drei gleichen Komponenten besteht, der ökologischen, der ökonomischen und der sozialen. Als ich Barrosos Rede gelesen habe, dachte ich, so eine Frechheit, und dann habe ich ausrechnen lassen, wo es im Vorjahr mehr Wirtschaftswachstum gab, in der Europäischen Union oder in China. Ich nehme an, die meisten Leute hier im Raum denken in China, weil das ständig in den Zeitungen so transportiert wird. In Wirklichkeit gab es in der Europäischen Union dreimal so viel Wirtschaftswachstum wie in China, allerdings in Absolutzahlen: 1200 Milliarden Euro gegenüber knapp 400 Milliarden Euro. Auf das Pro-Kopf-Wachstum umgerechnet ist dann das EU-Wachstum mehr als 6-mal so groß wie in China, weil China mehr als doppelt so viele Menschen hat. Und dann sagt Barroso, das ökonomische Kind sei krank! Eine unglaubliche Frechheit, finde ich.

Angesichts der weiter aufreißenden Schere zwischen Arm und Reich halte ich auch nichts davon, alle Probleme durch das Niederreißen von Grenzen und durch weitere Schwächung des Staates gegenüber den Märkten lösen zu wollen.

Ich habe einen Freund im Club of Rome, Prof. Franz Josef Radermacher an der Universität Ulm. Er hat eine Formel über optimale Wohlstandsverteilung entwickelt. Wenn die Formel den Wert 1 hat, bedeutet es totale Gleichverteilung, und wenn sie den Wert 0 hat, dann hat einer alles und alle anderen nichts. Man kann sich vorstellen, dazwischen liegt irgendwo ein Optimum. Wenn alle gleich viel haben, gibt es keinerlei Leistungsanreize und das ist natürlich eine Katastrophe. Und wenn einer alles und alle anderen nichts haben, dann verhungern Leute und verkümmern Talente usw. Dann hat Radermacher empirisch festgestellt, dass diejenigen Länder, bei denen der Wert zwischen 0,45 und 0,65 war, am besten florierten. Wo der Wert höher als 0,65 war, war der Leistungsanreiz zu gering und wo er niedriger als 0,45 war, blieben viel zu viele Leute auf der Strecke. Marktradikalen leuchtet das überhaupt nicht ein. Für sie ist bei krasser Ungleichheit der Leistungsanreiz sehr groß, also müsste die Wirtschaft florieren. Aber Menschen sind eben keine reinen Anreizbeant-

wortungsmaschinen. Nun stellt Radermacher weiter fest, dass sein Formelwert auf die ganze Menschheit angewandt bei kläglichen 0,15 liegt. Das heißt, die Menschheit befindet sich weit, weit unterhalb des Verteilungsoptimums, aber die Globalisierung und die Schwächung der Staaten macht das Elend von Jahr zu Jahr größer, auch bei hohen Aktienkursen. Wir müssen also dringend korrigierend eingreifen. Das ist der Kern der *Millennium Development Goals*.

Wir sollten uns auch nicht der trügerischen Hoffnung hingeben, durch immer weitere Deregulierung und Grenzen-Niederreißen würde das Wachstum gewaltig zunehmen. Das ist empirisch nicht belegt. Ich erinnere mich noch, wie im Jahr 1985 bei der Regierungskonferenz der EU in Luxemburg der so genannte Cecchini-Bericht vorgelegt wurde, in dem gesagt wurde: Wenn wir die so genannten vier Freiheiten einführen, die nachher 1987 in der einheitlichen europäischen Akte und später im Maastricht-Vertrag kodifiziert wurden, dann bekommt Europa dadurch 400 Milliarden Mark zusätzliches Wachstum, zusätzlich zu dem, was sowieso stattfindet. Nichts davon ist eingetreten. In den letzten vier Jahrzehnten der permanenten Liberalisierung hat das Pro-Kopf-Wachstum abgenommen und nicht etwa zugenommen. Und die ganz großen Wachstumsraten hatten wir in Korea, in Japan und jetzt in China zu Zeiten, wo dort ziemlich viel Protektionismus herrschte.

Also, die Wachstums-Verheißungen, die uns die Unterdrückung der Demokratie, die Zunahme der Armut usw. schmackhaft machen sollen, sind noch nicht einmal empirisch richtig. Dazu kommt, dass die Fetischisierung des Marktes das Langfristenkenken aushöhlt. Wir sehen überall, wie das Thema Umwelt wegbricht, wie die Volksbildung und die Kultur an vielen Stellen vernachlässigt wird. Insgesamt geht es den öffentlichen Gütern schlecht, wenn nur die Logik der Privatwirtschaft herrscht. In einem neuen Buch, das zunächst nur auf Englisch erschienen ist, *Limits to Privatization*, habe ich mit einigen Mitautoren auch das Thema der Pharmaforschung angeschaut. Und wir beobachten, wie diese mehr und mehr aus staatlicher und öffentlicher Hand oder WHO in privatwirtschaftliche Hände übergegan-

gen ist, und zwar vornehmlich in diesen letzten 15 Jahren nach 1990. Der Staat hatte noch einen wesentlichen Teil der Pharmaforschung in Medikamente gegen Tropenkrankheiten gesteckt. Unter privatwirtschaftlicher Logik wird heute mehr Geld für Pharmaforschung gegen Fettsucht investiert als gegen sämtliche Tropenkrankheiten zusammen genommen! Warum wohl? Weil die fetten Leute ziemlich viel Geld ausgeben können, anders als die Menschen mit den Tropenkrankheiten.

Die Vernachlässigung der Langfristziele geschieht ausdrücklich *wegen* der Globalisierung und nicht *trotz* der Globalisierung. Analog ist nach 1990 die Bereitschaft zur staatlichen Entwicklungshilfe eingebrochen. Die Finanzminister der reichen Welt haben riesige Finanzsorgen.

Kommen wir jetzt zu den Grundsatzfragen zurück. Wie finden wir in dieser karikaturhaft skizzierten Weltlage Antworten? Das ist nicht ganz einfach. Eine abstrakte Antwort heißt: Wir müssen um der Freiheit und Demokratie willen dem Markt Schranken setzen. Nur, wenn ich dieses in angelsächsischen Ländern sage – ich komme gerade direkt aus Kalifornien und habe dort auch mit einigen Leuten geredet –, dann ernte ich erst einmal völlige Verständnislosigkeit. Für Angelsachsen ist die Idee, dem Markt Schranken zu setzen, recht skandalös. Im angelsächsischen Denken gibt es immer noch so etwas wie eine untrennbare Einheit zwischen Markt, Freiheit und Demokratie. Wenn Bush sagt, er bringt die Demokratie in irgendein Land, und er de facto im Wesentlichen den Markt dorthin bringt, dann findet er gar nicht, dass er gelogen hat. Er findet das absolut richtig. Wir in Kontinentaleuropa regen uns darüber auf. Aber umgekehrt regen sich die meisten Amerikaner über uns auf und nicht über Bush. Wir haben es mit einem massiven kulturellen Wahrnehmungsunterschied zu tun.

Gleichwohl, wie stellen wir es an, dem Markt Grenzen zu setzen? Eine Möglichkeit ist, das hat eben Kofi Annan sehr richtig erkannt, dass man die großen Unternehmen bei ihrem Verantwortungsgefühl packt und sagt: Kommt und helft uns, die Ziele der Vereinten Nationen, der Menschheit, zu verfolgen, das ist der Sinn des *Global Compact*. Der Sinn für Unternehmerverantwor-

tung, die *Corporate Social Responsibility*, ist auch im Angelsächsischen verbreitet und das hat dann langsam auch in Deutschland eine gewisse Resonanz bekommen. Das ist die marktwirtschaftlichste Form, dem Markt Grenzen zu setzen. Hierzu gehört allerdings auch eine erhebliche Transparenz und Kennzeichnungsgüte bei den Waren. Denn es ist absolut legitim, wenn z. B. Kunden beim Kauf am Regal im Edeka-Laden gerne wissen wollen, ob hinter diesen Waren vielleicht ungewünschte Operationen stehen.

Und die Macht der Kunden kann erheblich sein. Vor über 10 Jahren hat einmal der Nestlé-Konzern afrikanischen Frauen aufgeschwatzt, ihre Babys abzustillen und stattdessen Pulvermilch zu nehmen. Und dann sind sehr viele Babys gestorben, weil die Familien kein hygienisches Wasser hatten. Und dann gab es – nicht etwa in Afrika, sondern bei uns in Europa – eine *Nestlé Kills Babys*-Kampagne. Hausmänner wie ich oder Hausfrauen wie meine Frau sind beim Gang in die Läden an den Nestlé-Waren vorbeigegangen und haben möglichst auch an der Kasse noch erzählt, warum. Diese Kampagne, ausgelöst übrigens durch die Kirchen, hat wie eine Bombe gewirkt. Es ging durch die Medien und schließlich musste Nestlé seine Unternehmensstrategie in Afrika verändern.

Aber wer das gegenwärtig ausliegende Heft der Wirtschaftswoche liest, der sieht, dass bei den Marktradikalen in der Redaktion die *Corporate Social Responsibility*, die CSR als so genannter Ablass-Kapitalismus verhöhnt wird. Und als Kronzeugen holt sich die Redaktion ausgerechnet den früheren Nestlé-Chef, dem diese grässliche Sache passiert ist. Dass der gegen CSR ist, verwundert nicht.

Herr Schröder hat vorhin schon angedeutet, dass ich Mitglied der Weltkommission für die soziale Dimension der Globalisierung war, eingerichtet von der internationalen Arbeitsorganisation ILO, wo wir uns in einem sehr bunt gemischten Club von etwa 20 Leuten über alle die Fragen, die ich heute aufgeworfen habe, unterhalten haben. Dabei war auch der Chef von einem riesigen japanischen Unternehmen, der Frankreichchef von Unilever war da – die Kommission war also keineswegs ein Sozialistenver-

ein. Auch der Wirtschaftsnobelpreisträger Josef Stiglitz war dabei, lange Zeit Chefökonom der Weltbank. In dieser Kommission haben wir versucht, ein paar Antworten auf die Globalisierungs-herausforderung zu formulieren. Ich versuche, sie skizzenhaft vorzuführen. Das eine ist *Global Governance*. Wir brauchen globales Regieren oder globale Steuerung, Herr Prof. Lübke, nicht etwa eine globale Regierung. Wir brauchen globale Regeln, die von allen eingehalten werden. Denn sonst haben wir das Problem, dass der Markt weltweit funktioniert und die Regeln nur national. Und dann besteht das Spiel des Marktes darin, jene nationalen Standorte zu suchen, wo die Regeln am schwächsten sind. Das darf nicht sein. Die Abwesenheit von Regeln ist eine Marktverzerrung und nicht etwa eine Marktstärkung. Die Regeln müssen von möglichst allen Seiten als fair angesehen werden. Ferner brauchen wir eine Stärkung derjenigen Unterorganisationen der Vereinten Nationen, deren Aufgabe in langfristigen Zielen besteht, z. B. Weltgesundheit, das ist die WHO, oder Umwelt, das ist UNEP mit Prof. Töpfer an der Spitze, oder eben ILO, die sich für die internationale Durchsetzung der so genannten Kernarbeitsnormen einsetzt. Und dann eben die *Millennium Development* Ziele. Und dabei auch die Hoffnung, dass das 0,7-Prozent-Ziel erreicht wird.

In der Weltbank und dem internationalen Währungsfond muss das *One-Dollar-One-Vote*-Prinzip überwunden werden. Im Moment ist es dort einfach so, dass die reichen Länder das Geschehen vollständig bestimmen. Nun sage ich nicht, dass dort ein *One-Person-One-Vote*-Prinzip eingeführt werden kann. Denn das führt dazu, dass die Entwicklungsländer als Nehmerländer das Geschehen bestimmen, das geht auch nicht. Denn wir brauchen eine vernünftige Balance, wie so häufig.

Wir brauchen eine Stärkung der UNO-Vollversammlung und dann die Anhörung von nichtstaatlichen Vertretern. Und damit sind wir jetzt bei weiteren Akteuren. Wir brauchen mehr parlamentarische Kontrollen, nicht etwa ein Weltparlament, aber mehr parlamentarische Mitwirkung bei globalen Entscheidungen. Wir brauchen mehr Gewicht für die *Corporate Social Responsibility*, das sind nämlich innerhalb der Unternehmen diejenigen, die die

Langfristschiene vertreten. Die Zivilgesellschaft muss gehört werden, und dann brauchen wir eine Stärkung der von Anzeigen unabhängigen Medien. Ich nehme an, der Fränkische Tag ist in der Hinsicht vorbildlich, aber die privaten Fernsehsender sind es nicht. Dort herrscht Verblödungsjournalismus vor.

Die Zivilgesellschaft kann eine Gewichtsverstärkung für die staatlich-demokratischen und die langfristigen Anliegen gegenüber den oft kurzfristigen Interessen des Privatsektors bedeuten und so das alte gute Gleichgewicht, das vor 1990 herrschte, teilweise wiederherstellen.

Erinnern wir uns an die *Nestlé-Kills-Babys*-Kampagne. Die jeweiligen afrikanischen Staaten waren viel zu schwach gegenüber der Riesenfirma. Und die europäischen Staaten hätten gesagt: Das ist nicht unser Bier! Die Kirchen dagegen haben gesagt: Das *ist* unser Bier! Wir halten uns für mitverantwortlich und wollen dagegen Protest einlegen. Hier hat die kirchliche Zivilgesellschaft vermocht, ein Stück Gleichgewicht wiederherzustellen.

Die nächste interessante Stufe ist die Entwicklung eines strategischen Schulterschlusses zwischen den Akteuren, die für öffentliche Dinge eintreten in den Parlamenten, in den Regierungen, und denjenigen in der Zivilgesellschaft. Der Schulterschluss sollte in der Regel konkret und fallweise gestaltet werden, so etwa Transparenzvorschriften, die sich als positiv für diejenigen Unternehmen herausstellen, die bezüglich Menschenrechten und Umwelt nichts zu verheimlichen haben. Man muss also das, worüber die Wirtschaftswoche so zynisch schreibt, eben die CSR, stärken. Man kann ethische Fonds, z. B. für die Altersvorsorge entwickeln. Das ist Aufgabe der Versicherungswirtschaft, aber auch hier kann die Zivilgesellschaft hilfreich sein. Schließlich kann der Staat die Altersvorsorge mit ethisch »zertifizierten« Aktienpaketen steuerlich begünstigen, wie das in den Niederlanden seit 5 Jahren praktiziert wird. Dort hat das einen richtigen Boom bei solchen Wertpapieren ausgelöst. Es ist eine legitime Aufgabe des Staates und der Zivilgesellschaft, mit dafür zu sorgen, dass dieses Signal für Langfristigkeit, für Umwelt, für ethisches Verhalten usw. in die Wirtschaft hineingeschickt wird.

Ich komme zum Schluss. Ich fürchte, ich muss die gestellte Frage zunächst einmal verneinen: Langfristiges Denken wird durch die Sorte von Globalisierung, wie wir sie heute vorfinden, fast unmöglich gemacht. Aber das heißt überhaupt nicht, dass man politisch aufgeben soll, man muss versuchen, politisch dafür zu sorgen, dass die entsprechenden Gegenkräfte wieder entwickelt werden, nur muss man den Phantasie-Horizont über die bisherigen Formen der Staatlichkeit hinausentwickeln, einmal in die internationale Staatlichkeit, das heißt europäische Regeln und *Global Governance*, und zweitens in die Zivilgesellschaft hinein. Im Rahmen einer solchen Gestaltungsstrategie meine ich, haben wir große, bislang noch ungenutzte Chancen, dass wir wieder eine ausbalancierte Welt bekommen, in welcher wir den großen Vorteil der freien Märkte zum Nutzen hoher Produktionsleistungen mit dem ebenso großen Vorteil der Beachtung von Langfristigkeit, von gesellschaftlichen, von ethischen Kriterien, zusammenbringen. Ich bin zuversichtlich, dass es in einer aufgeklärten Welt eben dazu kommt!

GLOBALISIERUNG, WACHSENDE UNSICHERHEIT  
UND DIE VERÄNDERUNG DER LEBENSVERLÄUFE  
IN MODERNEN GESELLSCHAFTEN – AUSGEWÄHLTE  
ERGEBNISSE DES GLOBALIFE-PROJEKTES

Der Prozess der Globalisierung ist sicherlich kein neues Phänomen, aber die Intensität und Reichweite grenzüberschreitender Interaktionsbeziehungen, seien es ökonomische Transaktionen, informationelle und kulturelle Austauschprozesse oder internationale politische Abmachungen und Verträge, scheinen seit der Mitte der 80er Jahre, insbesondere seit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes, in den meisten Industrieländern schubartig zugenommen zu haben. Dieser Vortrag beschäftigt sich mit den Effekten dieser Ausweitung der gesellschaftlichen Beziehungen über die Grenzen des Nationalstaates hinaus auf den Wandel der Lebensläufe in verschiedenen modernen Gesellschaften. Er entwickelt Thesen zu der spezifischen Frage, wie sich die Bildungs- und Berufsverläufe von jungen Männern und Frauen in OECD-Gesellschaften im Globalisierungsprozess wandeln und berichtet über ausgewählte Ergebnisse des GLOBALIFE-Projektes zu den Veränderungen sozialer Ungleichheit in modernen Ländern.

Globalisierung und wachsende Unsicherheit  
in modernen Gesellschaften

Die meisten Sozialforscher gehen heute davon aus, dass der Prozess der Globalisierung gekennzeichnet ist durch das Zusammenwirken von vier makrostrukturellen Entwicklungen, die sich seit der Mitte der 80er Jahre zunehmend durchgesetzt haben (siehe Schaubild 1). Diese beinhalten:

1. Die zunehmende Internationalisierung von Märkten und den damit verbundenen wachsenden Wettbewerb zwischen Ländern mit sehr unterschiedlichen Lohn- und Produktivitätsniveaus sowie verschiedenen Sozialstandards (insbe-

sondere nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Integration asiatischer Länder in den Weltmarkt).

2. Die Verschärfung des Standortwettbewerbs zwischen Sozialstaaten und die sich daraus ergebende Tendenz zur Senkung von Unternehmenssteuern in vielen Ländern sowie die zunehmende Neigung moderner Staaten zur Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung und damit zu einer Stärkung des Marktes als Koordinationsmechanismus.
3. Die rasche weltweite Vernetzung von Personen, Unternehmen und Staaten auf der Grundlage neuer Informations- und Kommunikationstechnologien und – daraus resultierend – die zunehmende globale Interdependenz der Akteure sowie die wachsende Beschleunigung von sozialen und wirtschaftlichen Interaktionsprozessen.
4. Den rasanten Bedeutungszuwachs von weltweit vernetzten Märkten und die damit verbundene zunehmende Interdependenz und Volatilität lokaler Märkte, die von schwer prognostizierbaren sozialen, politischen und ökonomischen »externen Schocks« und Ereignissen irgendwo auf der Welt (wie z. B. Kriege, ökonomische Krisen, Verbrauchermoden, technologische Innovationen) immer stärker beeinträchtigt werden.

In den vergangenen Jahren hat Globalisierung damit auf der einen Seite zu Produktivitätszuwachs und zu einer allgemeinen Verbesserung des Lebensstandards in modernen Gesellschaften geführt. Aber auf der anderen Seite ist Globalisierung in diesen Ländern auch verbunden mit einer Zunahme unerwarteter Marktentwicklungen in einer sich immer schneller verändernden Weltwirtschaft, mit rapideren sozialen und ökonomischen Wandlungsprozessen, mit einer immer stärker abnehmenden Vorhersagbarkeit von ökonomischen und sozialen Entwicklungen und, daraus resultierend, mit einer zunehmenden allgemeinen Unsicherheit, verbunden mit einem wachsenden Bedarf an Flexibilität in den Unternehmen und Betrieben (siehe Schaubild 1).

In einer kürzlich veröffentlichten Untersuchung hat die Konjunkturforschungsstelle der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) in Zürich ein neues Instrument zur Messung des

## GLOBALISIERUNG

Internationalisierung von Märkten, Wettbewerb zwischen Ländern mit unterschiedlichen Lohn- und Produktivitätsniveaus bzw. Sozialstandards	Verstärkter Standortwettbewerb zwischen Sozialstaaten, Politik der Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung	Zunehmende weltweite Vernetzung durch neue Informations- und Kommunikationstechnologien	Bedeutungszuwachs von Märkten, aber gleichzeitig zunehmende Instabilität und Verwundbarkeit lokaler Märkte durch externe weltweite Schocks
---	--	---	--



wachsende Geschwindigkeit von Innovationen, beschleunigter sozialer und ökonomischer Wandel	Beschleunigung der Marktprozesse auf allen Märkten	Zunahme unvorhersehbarer Marktentwicklungen, steigende Volatilität von Märkten
---	--	--



Zunehmende Unsicherheit



## INSTITUTIONELLE FILTER

Beschäftigungssysteme	Bildungssysteme	Wohlfahrtsstaatsregime	Familiensysteme
-----------------------	-----------------	------------------------	-----------------

... kanalisieren die durch Globalisierung erzeugte Unsicherheit in spezifischer Weise und beeinflussen ...

<ul style="list-style-type: none"> <li>◆ das Ausmaß an Beschäftigungs- und Arbeitsplatzstabilität</li> <li>◆ das Ausmaß an Flexibilität und Sicherheit, die Häufigkeit verschiedener Formen von Karrieremobilität</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>◆ die Möglichkeiten des Berufseinstiegs sowie dessen Timing</li> <li>◆ Möglichkeiten der Weiterbildung und des lebenslangen Lernens</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>die Ausgestaltung des sozialen Sicherungssystems, z. B.</li> <li>◆ Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsmöglichkeiten</li> <li>◆ Beschäftigungsfördernde Maßnahmen</li> <li>◆ Rentensysteme</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>◆ die Prävalenz verschiedener Familienformen, Haushalts- und Erwerbsmuster</li> <li>◆ die Ausgestaltung familialer Rollen</li> <li>◆ das Ausmaß familialer Pflegeverantwortlichkeiten</li> </ul>
--	---	--	---



## INDIVIDUALEBENE

Unsicherheit wird auf spezifische gesellschaftliche Gruppen kanalisiert!  
(z. B. Jugendliche/junge Erwachsene, Personen mit geringer Bildung)

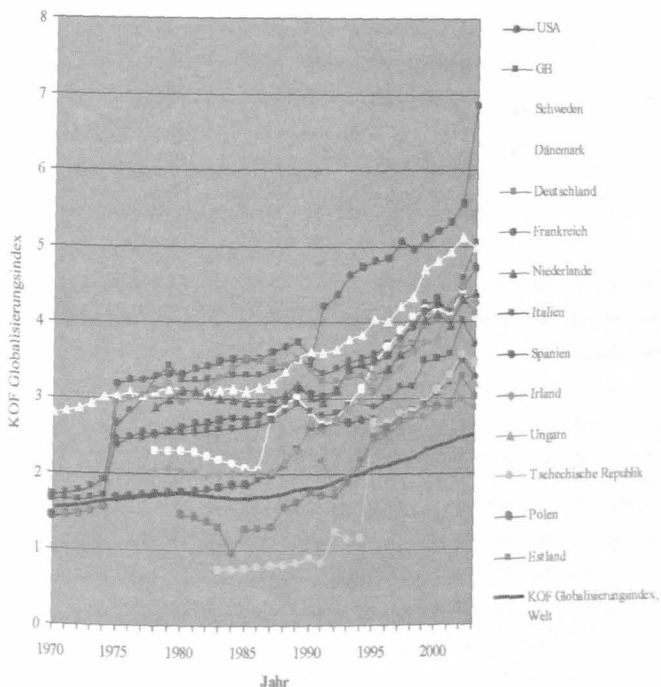


Schaubild 2: Veränderung des Globalisierungsgrades (Globalisierungsindex)

Globalisierungsgrades vorgelegt (Dreher 2005). Dieser Index ist für 123 Länder auf der Grundlage einer größeren Anzahl von Indikatoren für den Zeitraum von 1970 bis 2003 entwickelt worden und integriert wirtschaftliche, soziale, informationelle und politische Dimensionen der Globalisierung in einer Maßzahl. Schaubild 2 stellt die Veränderung der Globalisierungsintensität in den wichtigsten vom GLOBALIFE-Projekt untersuchten OECD-Ländern mit Hilfe dieser Maßzahl dar. Es wird dort deutlich, dass die liberalen Länder wie USA, Großbritannien und Irland sowie die skandinavischen Länder wie Schweden und Dänemark heute zu den am meisten globalisierten Ländern

Schaubild 1: Globalisierung und wachsende Unsicherheit in modernen Gesellschaften. Quelle: Eigene Darstellung.

der Welt zählen. Dann kommen kontinentaleuropäische Länder wie Deutschland, Frankreich und die Niederlande. Erst danach findet man die südeuropäischen Länder wie Italien und Spanien und schließlich die ehemals sozialistischen Länder wie Ungarn, Tschechische Republik, Polen und Estland. Im Vergleich zum weltweiten Durchschnittsindex über alle 123 Länder (siehe dazu den KOF Globalisierungsindex, Welt, in Schaubild 2) wird deutlich, dass sich der Globalisierungsprozess in den europäischen Ländern und in den USA besonders intensiv vollzieht und dort die Dynamik der Entwicklung weit über dem globalen Durchschnittsniveau liegt.

### Globalisierung und der Umgang mit wachsender Unsicherheit auf der individuellen Ebene

Auf der Ebene einzelner Handelnder im Alltag führt die wachsende Unsicherheit im Zuge der Globalisierung zu einer Reihe von Veränderungen und Reaktionen:

1. Es fällt allen Akteuren in zunehmendem Maße schwer, kalkulierende, rationale Entscheidungen, insbesondere langfristig bindende Lebenslaufentscheidungen zu treffen, da sowohl die Verfügbarkeit von Handlungsalternativen als auch die Vorhersehbarkeit ihrer Folgen und Nebenwirkungen zunehmend unklarer wird. Aufgrund dieser zunehmenden Unsicherheit möglicher Handlungsergebnisse gewinnen im Globalisierungsprozess paradoxerweise gerade lokale Routinen, Faustregeln sowie regionale Traditionen und Normen als Orientierungshilfen für Individuen und ihre Entscheidungen an Bedeutung. Über diese Mechanismen ergibt sich damit auf der Handlungsebene einer neuer Mechanismus für die starken Pfadabhängigkeiten nationaler oder regionaler Entwicklungsprozesse im Globalisierungsprozess (siehe die Argumentation weiter unten).
2. Insbesondere langfristige Entscheidungen werden zunehmend schwieriger, so dass sich sozial und ökonomisch vor allem eine Verschiebung zugunsten einer an kurzfristigen Zeithorizonten orientierten Planung ergibt. Beispielsweise

müssen am Aktienmarkt notierte Unternehmen heute in immer kürzeren Abständen Betriebsergebnisse (z.B. Quartalsberichte) vorlegen und es kommt zu einer systematischen Unterbewertung langfristiger Interessen von Betrieben und von in Unternehmen beschäftigten Arbeitskräften.

3. Der in den vergangenen Jahren in verschiedenen Ländern zu beobachtende teilweise Abbau des Wohlfahrtsstaates verstärkt diese »Verunsicherungstendenzen« noch, da auch hier durch die Reduzierung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen ehemalige Sicherheiten nach und nach brüchig werden.
4. Darüber hinaus führt Globalisierung zu einer bedeutsamen Verschiebung der Machtkonstellationen am Arbeitsmarkt. »Verhandlungsstarke« Gruppen, zumeist Arbeitgeber, verlagern in zunehmendem Maße ihre Marktrisiken auf bestimmte »verhandlungsschwächere« Arbeitnehmergruppen. Diejenigen Personen, die nicht fest im Erwerbsleben verankert sind (wie etwa die Berufseinsteiger oder Frauen, die nach einer familiären Erwerbsunterbrechung eine Beschäftigung suchen) bzw. sich an den Rändern des Arbeitsmarktes oder in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen befinden, sind besonders von der Verlagerungen dieser Marktrisiken zu ihren Ungunsten betroffen.

Zusammengenommen führen diese Prozesse zu einer Verstärkung sozialer Ungleichheiten in westlichen Industriegesellschaften. Aufgrund der zunehmenden Bedeutung von Märkten werden individuelle Arbeitsmarktreourcen (wie etwa Bildung, berufliche Qualifikation, Berufserfahrung) und individuelle Merkmale (wie Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit oder Lebensalter) für den Erwerbsverlauf immer wichtiger und verstärken damit noch zusätzlich die bereits durch das Bildungssystem angelegten Ungleichheiten innerhalb moderner Gesellschaften.

Durch zunehmende Unsicherheiten wird es schließlich auch insgesamt schwerer, Vertrauensbeziehungen aufzubauen und aufrechtzuerhalten. Vertrauensbeziehungen beruhen im Allgemeinen auf der Bereitschaft, sich selbst langfristig an jemanden oder etwas zu binden, gleichzeitig aber auch in einen langfristig orientierten Austausch von Leistungen einzutreten (Eltern

sorgen für ihre Kinder und erwarten, dass sie von ihren Kindern im Alter unterstützt werden; Partner, z. B. Frauen, treten in Vorleistung und erziehen die Kinder und bauen darauf, dass die Beziehung dauerhaft ist und sie später Unterstützung von ihrem Partner erhalten; sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber vertrauen darauf, dass ihre Abmachungen auch langfristig eingehalten werden; Staatsbürger zahlen Arbeits-, Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge und erwarten, dass sie dann staatliche Hilfe bekommen, wenn sie diese aufgrund von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Alter benötigen). Unter den Bedingungen steigender Unsicherheit werden solche Versprechen jedoch immer problematischer, da häufiger unvorhergesehene Ereignisse auftreten, die dazu führen, dass die Gegenleistungen nicht mehr oder nicht mehr in versprochenem Umfang erbracht werden. Es kommt häufiger zu Enttäuschungen. Die Folge ist ein genereller Vertrauensverlust und eine Abnahme der Sicherungsfunktion von Familie, Verwandtschaft, Betrieb und Wohlfahrtsstaat in globalisierten Gesellschaften.

In der Phase des Übergangs vom Jugendlichen zum Erwachsenen erhalten langfristig bindende Entscheidungen einen besonders paradoxen Charakter: Zum einen sind sie sinnvoll, um Sicherheit für sich selbst und Glaubwürdigkeit sowie Vertrauen im Handeln mit anderen zu produzieren (z. B. die Heiratsentscheidung oder die Entscheidung für ein Kind), zum anderen sinkt damit gleichzeitig die Flexibilität und der Optionsspielraum im weiteren Lebenslauf mit Blick auf die sich immer rascher ändernden Anforderungen durch den globalen Wandel.

### Filterung des Globalisierungsprozesses durch länderspezifische Institutionen

Ein zentrales Ergebnis des GLOBALIFE-Forschungsprojektes ist, dass die beschriebenen gemeinsamen globalen Wandlungsprozesse in verschiedenen Länderkontexten jedoch *nicht* zu dem gleichen Ergebnis führen müssen. Vielmehr trifft der Globalisierungsprozess in unterschiedlichen Länderkontexten auf verschiedene, fest verankerte institutionelle Strukturen, etwa wohl-

fahrtsstaatliche Einrichtungen oder bestimmte Formen der Regulierung von Arbeitsmärkten oder lokale Normen und Werte, die den Globalisierungsprozess in spezifischer Weise filtern (vgl. Schaubild 1). Diese Institutionen wandeln sich deswegen zwar im Zuge des Globalisierungsprozesses, bleiben aber in der Regel weiter von spezifischer Bedeutung. Ziel des GLOBALIFE-Projektes war es, diese Veränderungen in verschiedenen Ländern empirisch vergleichend über mehrere Jahrzehnte zu analysieren und gegenüberzustellen.

Der vom GLOBALIFE-Projekt vertretene Ansatz geht dabei davon aus, dass der Globalisierungsprozess von vornherein als kontingent und im Plural gedacht werden muss, wobei zu vermuten ist, dass den historisch gewachsenen länderspezifischen institutionellen und sozialen Strukturen eine starke Beharrungstendenz zukommt. Die Dauerhaftigkeit länderspezifischer Differenzen kann theoretisch damit begründet werden, dass die Institutionensysteme und Sozialstrukturen moderner Gesellschaften ineinander verwobene Arrangements mit hoher interner Komplementarität sind. Sie lassen sich adäquat nur in ihrer Gesamtheit als »länderspezifische Institutionenpakete« begreifen. Beispielsweise sind die Bildungs- und Beschäftigungssysteme moderner Gesellschaften sehr eng miteinander verzahnt, wenn es um die Rolle der Lerninhalte in der Schule, die Organisationsformen der Bildungsinstitutionen, die Funktion der Bildungszertifikate für den Berufseinstieg, den Zusammenhang zwischen beruflichen Ausbildungsinstitutionen und Mobilitätsprozessen, die Herausbildung von Arbeitsmarktsegmenten oder die Intensität beruflicher Abstiegsprozesse geht. Ähnlich enge komplementäre Zusammenhänge wie zwischen dem Bildungs- und Beschäftigungssystem bestehen auch zwischen dem Bildungs- und Familiensystem, dem Arbeitsmarkt und den familiären Strukturen, oder dem Beschäftigungssystem, dem Wohlfahrtsstaat und dem Familiensystem. Daraus folgt erstens, dass die gesellschaftlichen Institutionen sich im Globalisierungsprozess adäquat nur in ihrem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis empirisch analysieren lassen und zweitens, dass man in Bezug auf die Entwicklung der Institutionensysteme im Globalisierungsprozess von folgenden vier allgemeinen Grundhypothesen ausgehen muss:

1. Obwohl die Institutionen moderner Gesellschaften prinzipiell veränderbar sind und sich in unterschiedlichem Umfang auch permanent wandeln, hat die hohe Komplementarität und Verzahnung national gewachsener Teilinstitutionen eine gewisse Rigidität zur Folge, die es modernen Gesellschaften erschwert, in einzelnen Teilbereichen der Gesellschaft völlig flexibel auf neue Anforderungen globaler Wandlungsprozesse zu reagieren. Diese Widerständigkeit gegen Veränderungen wird durch länderspezifische Machtverhältnisse zwischen Interessengruppen, kulturelle Traditionen, herrschende politische Ideologien und gesellschaftliche Leitbilder darüber, wie die Basisinstitutionen in Wirtschaft und Staat aussehen sollen, in der Bevölkerung abgestützt. Der Prozess des globalen Wandels verläuft deswegen als vielfältig gerichteter, adaptiver Prozess, der in verschiedenen Ländern durch unterschiedliche strukturelle Innovationsbarrieren begrenzt wird und zu starken Pfadabhängigkeiten der nationalen oder regionalen Entwicklungen führt. In Bezug auf den Wandel des Übergangs vom Bildungs- in das Beschäftigungssystem im Globalisierungsprozess wird deswegen beispielsweise nicht nur davon auszugehen sein, dass sich die strukturellen Übergänge in den verschiedenen Ländern beträchtlich unterscheiden, sondern auch, dass sich diese in der Regel nur schrittweise an die sich rasch verändernden Bedingungen des Globalisierungsprozesses anpassen werden.
2. Das Wissen über die Vielfalt institutioneller Teillösungen beziehungsweise über die Entstehung neuer sozialer Organisationsformen zur Lösung bestimmter technischer, wissenschaftlicher oder informationeller Probleme wird sich zwar im Globalisierungsprozess weltweit verbreiten und regional multiplizieren. Doch dieser Prozess wird die markanten Unterschiede moderner Länder in den Sozialstrukturen, den wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Institutionen falls überhaupt, nur sehr langsam einebnen. Denn als erfolgreich geltende nationale institutionelle Teillösungen sind in den meisten anderen Ländern immer nur begrenzt imitierbar. Mit Blick auf den Übergang vom Jugendlichen

zum Erwachsenen scheint es z. B. politisch wenig Erfolg versprechend zu sein, isoliert einzelne institutionelle Teilstrukturen, wie beispielsweise das duale Ausbildungssystem, einfach von Deutschland in ein anderes Land verpflanzen zu wollen, ohne gleichzeitig dort auch die Arbeitsmarkt-, Berufs- und Mobilitätsstrukturen dieser Länder umfassend zu verändern. Dies dürfte aber eine schwierige, wenn nicht »unrealistische« Politikaufgabe sein. Das heißt, man muss davon ausgehen, dass die historisch gewachsenen nationalen Institutionenpakete sich als außerordentlich schwer zu überwindende Barrieren für politisch diskretionäre Reformbemühungen erweisen.

3. Daraus folgt, dass Regionen und Nationen, die sich in einem spezifischen historischen Kontext aufgrund ihrer Institutionen ökonomisch erfolgreich (z. B. gemessen am Pro-Kopf-Einkommen, an niedriger Arbeitslosigkeit etc.) entwickeln konnten, beträchtliche Schwierigkeiten (z. B. in Form steigender Jugendarbeitslosigkeit, wachsender Disparitäten, sinkender Durchschnittseinkommen, steigender Legitimitätsprobleme etc.) bekommen können, wenn sich dieser Kontext im Zuge des Globalisierungsprozesses rasch und allzu nachhaltig verändert. Dabei ist zu erwarten, dass diese Schwierigkeiten abhängig von nationalen Kontexten in unterschiedlichen Formen und in verschiedenen Phasen des Lebenslaufes bei aufeinander folgenden Generationen sichtbar werden. Beispielsweise beobachten wir heute, dass sich das Arbeitslosigkeitsproblem als exzessive Jugendarbeitslosigkeit in Italien und Spanien, als Marginalisierung unqualifizierter Arbeitskräfte jeglichen Alters in Deutschland, als zunehmende Frühpensionierung und Invalidisierung in den Niederlanden, oder als instabiles Dienstleistungsproletariat in Amerika oder Großbritannien äußert.
4. Es ist schließlich wahrscheinlich, dass es im Zuge des Globalisierungsprozesses aufgrund institutioneller Innovationsbarrieren zum ökonomischen Aufstieg neuer Regionen oder Nationen und zum Abstieg von erfolgreichen alten kommen wird. In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, dass un-

terschiedliche Regionen der Welt ihre Institutionenpakete jeweils eng um verschiedene Basistechnologien herum entwickelt haben. So stellt zum Beispiel die zunehmende Verbreitung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien seit den 70er Jahren insbesondere für die bisher führenden westlichen Industrienationen ein Problem dar, weil diese noch immer über Bildungs- und Arbeitsmarktinstitutionen verfügen, die um obsolet gewordene Technologien herum gebaut worden sind. Es fehlt deswegen in der Literatur nicht an Versuchen, die Grundlagen regionaler und nationaler Leistungsfähigkeiten zu benennen und Prognosen über die »Fitness« regionaler und nationaler Systeme im Globalisierungsprozess abzugeben. Gegenüber diesen Bestrebungen ist allerdings Skepsis angebracht. Denn zum einen sind neue technologische Entwicklungen und Weiterentwicklungen nicht nur hoch kontingente Prozesse und zum anderen sind die Leistungsfähigkeiten bzw. Anpassungshemmnisse verschiedener institutioneller Lösungen in Bezug auf diese sich rasch verändernden Technologien in der Regel weitgehend unsicher und nicht selten sogar paradox.

Für die einzelnen Nationalstaaten muss man also von eigenständigen Entwicklungslogiken im Globalisierungsprozess ausgehen. Die Nationalstaaten sind aber nicht als isolierte Entitäten zu begreifen, sondern als Komponenten größerer sich herausbildender internationaler Systeme, die über Weltmärkte, technologische Diffusionsprozesse, politische Vernetzung sowie Informations- und Kommunikationssysteme in einen immer intensiveren Austausch treten. Im Hinblick auf diesen Austausch zeigt sich, dass der Globalisierungsprozess zwar die räumlichen Unsicherheiten (durch weltweite Informations-, Kommunikations- und Transportmöglichkeiten) vermindert, dabei aber gleichzeitig vor allem die zeitbezogenen Unwägbarkeiten enorm vergrößert (siehe Schaubild 1).

## Mobilitätsmechanismen im Globalisierungsprozess

Die Beschleunigung des Wandels auf den weltweit sich vernetzenden Märkten und die steigende Geschwindigkeit technologischer Innovationen auf globaler Ebene verändern die Verteilung der Berufe sowie die Struktur der Wirtschaftssektoren in den modernen, den »lernenden« Gesellschaften in immer schnellerer Folge. Dabei kann der Strukturwandel im Beschäftigungssystem durch fünf fundamentale Mobilitätsereignisse herbeigeführt werden: (1) durch den Eintritt junger Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt, (2) durch Mobilitätsentscheidungen jener, die bereits beschäftigt sind, (3) durch das Ausscheiden und das Wiedereintreten von Arbeitskräften während des Karriereverlaufs (z. B. aufgrund von Arbeitslosigkeit oder Krankheit), (4) durch Erwerbsunterbrechungen und den Wiedereintritt von Frauen im Rahmen des Familienzyklus und (5) durch die Verrentung sowie anderes langfristiges Ausscheiden aus dem Beschäftigungssystem.

Insgesamt zeigen die Analysen des GLOBALIFE-Projektes, dass der Strukturwandel des Beschäftigungssystems im Globalisierungsprozess dazu führt, dass Arbeitskräfte aus obsoleten Berufen und Wirtschaftssektoren in moderne, expandierende strömen. Aber die Arbeitskräfte, die aus den obsoleten Berufen, Firmen oder Industrien kommen, sind nicht notwendigerweise auch die gleichen, die die Positionen in den expandierenden Sektoren übernehmen. Diese Arbeitskräfte können rasch auf neue berufliche Tätigkeiten wechseln, oder sie können für eine kurze oder längere Zeit arbeitslos werden. Die Kontraktion eines Wirtschaftszweigs durch Frühpensionierung älterer Arbeitnehmer wird dagegen überhaupt keine Berufsmobilität zur Folge haben. In ähnlicher Weise kann die Expansion von Berufen oder Sektoren durch berufliche Mobilitätsprozesse oder durch den Eintritt aus den Reihen bisher nicht Erwerbstätiger (z. B. Berufsanfänger, Arbeitslose oder Frauen nach einer familiären Erwerbsunterbrechung) geschehen. Mit anderen Worten, der berufsstrukturelle und sektorale Wandel im Beschäftigungssystem kann sich in den modernen Ländern über sehr verschiedene Mobilitätsereignisse

vollziehen und sich sehr unterschiedlich auf die Lebensverläufe aufeinander folgender Kohorten auswirken. Die Ergebnisse des GLOBALIFE-Projektes zeigen, dass in verschiedenen Ländern die historisch gewachsenen Institutionen nicht nur den Prozess des Entstehens und Vernichtens beruflicher Positionen im Globalisierungsprozess bestimmen, sondern auch die Richtung und das Ausmaß der verschiedenen Mobilitätsströme. Auf der Handlungsebene wirken diese institutionellen Strukturen moderner Gesellschaften dabei als Anreiz oder Hindernis für organisatorische Anpassungen von Arbeitgebern und Mobilitätsentscheidungen von Individuen.

Wir wollen im Folgenden drei für das GLOBALIFE-Projekt zentrale länderspezifische Mobilitätsmechanismen kurz diskutieren, die sich aus Unterschieden in den Bildungssystemen, den industriellen Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital und den Wohlfahrtsstaaten ergeben.

### Differenzen in den Bildungssystemen

Die allgemeine und berufliche Ausbildung sowie die Weiterbildung werden in modernen Gesellschaften sehr vielfältig organisiert. Diese Organisationsformen haben weit reichende Implikationen für den Zeitpunkt des Berufseintritts, die Art und Weise, wie in einer Gesellschaft Arbeitsplätze mit Arbeitskräften besetzt werden und die Fähigkeit der Arbeitskräfte und Arbeitsorganisationen, sich auf neue Anforderungen im Globalisierungsprozess flexibel und »lernend« einzustellen.

Hinsichtlich des allgemeinen Bildungssystems sind zunächst vor allem nationale Unterschiede in der Beziehung zwischen verschiedenen Schullaufbahnen zueinander (stark gegliedert vs. einheitlich, geschlossen vs. relativ offen) und in den kohortenspezifischen Bildungsbeteiligungsraten in den verschiedenen Schultypen für das GLOBALIFE-Projekt interessant gewesen.

In Bezug auf das berufliche Bildungssystem muss man zwischen Ländern unterscheiden, die ihre Ausbildung vor allem in Form schulischer Ausbildungsgänge (z. B. Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Belgien), hauptsächlich durch On-the-job-

Training am Arbeitsplatz (z. B. USA, Vereinigtes Königreich, Italien, Spanien) oder in der Form des dualen Systems (z. B. Deutschland, Österreich, Schweiz, Dänemark) organisieren. Das duale System hat gegenüber den anderen beiden Formen beruflicher Ausbildung im Globalisierungsprozess zunächst den Vorzug, dass für eine große Zahl von Jugendlichen der Übergang vom Schulsystem in das Beschäftigungssystem »planmäßiger« und mit geringerer Arbeitslosigkeit verläuft. Die Kombination von theoretischem Lernen in der Berufsschule und praktischer Ausbildung am Arbeitsplatz schafft für die Jugendlichen eine institutionelle »Brücke« zwischen dem Bildungssystem und den Firmen. Darüber hinaus sollte es für die Berufsanfänger von Vorteil sein, dass der Erwerb beruflicher Qualifikation überbetrieblich durch ein anerkanntes Zertifikat abgesichert ist. Denn diese Zertifikate können für die Arbeitskräfte und die Arbeitgeber beim Berufseinstieg und im späteren Berufsverlauf feste Bezugspunkte zur Bestimmung beruflicher Positionen darstellen. Der Nachteil des dualen Systems im Globalisierungsprozess scheint allerdings darin zu bestehen, dass es zu einer sehr engen Verkopplung von Ausbildungsabschluss und Berufschance und damit zu einer hohen Starrheit und Abschottung beruflicher Mobilitätsprozesse kommt. Das unreglementierte und unzertifizierte On-the-job-Training und die rein schulische Berufsausbildung legen die Arbeitskräfte dagegen weniger durch soziale Definitionen auf enge berufliche Aufgabengebiete fest. Neue Generationen von Berufsanfängern werden in diesen beiden Systemen auch rascher an neu entstehende, zukunftsorientierte Berufstätigkeiten herangeführt (»hohe Generationenflexibilität«) als das beim dualen System der Fall ist, in dem immer wieder erst neue Ausbildungsberufe in einem langwierigen Aushandlungsprozess zwischen Arbeitgebern, Gewerkschaften und dem Staat geschaffen werden müssen. Auch kommt es in Ländern mit dualem System zu einer langfristigen, oft auch lebenslangen Ausgrenzung von »Ungelernten«, da diese ohne das Ausbildungszertifikat von qualifizierten Arbeitsmärkten praktisch ausgeschlossen werden. In Ländern mit On-the-job Training ist der Übergang von un- und angelernten Positionen zu qualifizierten Positionen da-

gegen eher fließend. Das heißt, im Zuge des Globalisierungsprozesses kommt es sowohl zu häufigeren Aufstiegen als auch zu vergleichsweise mehr Abstiegen und damit zu weniger »sozialer Sicherheit« im Karriereverlauf. Schließlich steht das duale System im Zuge der Bildungsexpansion zunehmend vor dem Problem, dass sich im Verdrängungswettbewerb durch die jeweils Höherqualifizierten die Berufs- und Karrierechancen der »Praktiker« immer mehr vermindern. Bei der Zuteilung von Planungs- und Leitungsfunktionen der Dienstleistungsklassen werden deswegen schulische und universitäre Bildungsabschlüsse immer mehr in den Vordergrund rücken. Damit wird die Lehre im Globalisierungsprozess, ähnlich wie in Frankreich, zunehmend zur Aufstiegssackgasse.

### Unterschiede der industriellen Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit

Die modernen Länder unterscheiden sich auch hinsichtlich der Art der industriellen Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital auf der Ebene von Arbeitsorganisationen (z. B. der betrieblichen Mitbestimmung) und auf der Ebene nationaler Ökonomien (d. h. der Bedeutsamkeit nationaler Gewerkschaften und Arbeitnehmerorganisationen). Diese Unterschiede drücken sich in berufs-, sektoren- und länderspezifischen Verhandlungssystemen, Streikhäufigkeit und administrativen Vereinbarungen (über Löhne, Arbeitsplatzsicherheit, Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten) aus.

In der Literatur werden die USA (und in jüngster Zeit auch das Vereinigte Königreich) als Beispiele für ein dezentralisiertes, dualistisches und auf Marktkräften beruhendes System industrieller Beziehungen genannt, in dem so genannte »offene« Beschäftigungsverhältnisse dominieren. Das heißt, die Gewerkschaften sind dort schwach und dezentralisiert, so dass die Arbeitskräfte den globalen Unsicherheiten und Flexibilitätserfordernissen des Weltmarkts relativ ungeschützt ausgesetzt sind. Diese unmittelbare Konkurrenz sorgt dann 1. auf den meisten Arbeitsplätzen für vergleichsweise niedrige Löhne, 2. dafür, dass die Eintritts-

prozesse der jungen Generation in den Arbeitsmarkt sich relativ fließend vollziehen, 3. für eine vergleichsweise hohe Berufsmobilität, 4. eine vergleichsweise kurze Dauer der Arbeitslosigkeit (»Hire-and-fire-Prinzip«) 5. eine relativ breite Verteilung prekärer Arbeitsverhältnisse auf die unterschiedlichsten Gruppen.

Auf der anderen Seite werden in der Literatur westeuropäische Länder als Arbeitsmärkte mit relativ »geschlossenen« Beschäftigungsverhältnissen und zentralisierten Lohnsetzungsmechanismen klassifiziert. Schweden und Deutschland werden dabei in der Literatur als Beispiele für Länder mit besonders starken Gewerkschaften genannt und die südeuropäischen Länder wie Spanien und Italien gelten als Extremfälle für so genannte »Insider-Outsider-Arbeitsmärkte«. In diesen geschlossenen Arbeitsverhältnissen werden die meisten Beschäftigten vor den globalen Unsicherheiten und Flexibilitätserfordernissen des Weltmarkts relativ gut abgeschirmt und die Unsicherheiten und Risiken der Globalisierung werden überwiegend auf die Gruppen außerhalb des Arbeitsmarktes (die Berufsanfänger, Frauen nach der familiären Erwerbsunterbrechung oder die Arbeitslosen) abgewälzt. Das heißt, im Zuge des Globalisierungsprozesses entsteht in diesen Ländern eine Tendenz zu einer »neuen Unterklasse der Ausgeschlossenen«.

Im Vergleich zu den »Lebensbedingungen dieser Ausgeschlossenen« erhalten die Beschäftigten auf den internen Arbeitsmärkten relativ hohe Löhne. Die »geschlossenen Beschäftigungsverhältnisse« führen dazu, dass die Eintrittsprozesse der jungen Generation in den Arbeitsmarkt vor allem bei hoher allgemeiner Arbeitslosigkeit problematisch werden, dass die Berufsmobilität vergleichsweise niedrig ausfällt, dass die Dauer der Arbeitslosigkeit relativ lang ist und dass sich die prekären Arbeitsverhältnisse (befristete Beschäftigungen, Teilzeitarbeit, Saisonarbeit etc.) stark auf diejenigen Gruppen konzentrieren, die einen Zugang zum Arbeitsmarkt suchen. In diesen »kollektiven« Systemen haben insbesondere individuelle Ressourcen (wie soziale Herkunft, Ausbildung, Berufserfahrung etc.) eine geringere Auswirkung auf das Einkommen und die Karriereverläufe der bereits Beschäftigten.

## Verschiedene Wohlfahrtsstaatsregime

In den modernen Ländern haben sich schließlich auch historisch unterschiedliche Wohlfahrtsstaatsregime entwickelt, die mit sehr verschiedenen nationalen Vorstellungen sozialer Solidarität und unterschiedlichen aktiven Bestrebungen zur Herstellung sozialer und geschlechtsspezifischer Chancengleichheit einhergehen. Die Unterschiede zwischen den Ländern drücken sich mit Blick auf die Mobilitätsprozesse insbesondere aus in einer unterschiedlichen Priorität aktiver Arbeitsmarktpolitik zur Erlangung des Ziels der Vollbeschäftigung, des Umfangs sozialstaatlicher (so genannter »dekommodifizierender«) Hilfen für diejenigen, die aus dem Arbeitsmarkt »herausgefallen« sind (Berufseinsteiger, Arbeitslose, Kranke, Sozialhilfeempfänger, Frauen in der Familienphase, Rentner etc.) und in verschiedenen Anteilen der im staatlichen Sektor jeweils Beschäftigten.

Die USA, aber auch Kanada (und spätestens seit Margaret Thatcher das Vereinigte Königreich) gelten als Beispiele für »liberale Wohlfahrtsstaaten«, die durch eine passive Arbeitsmarktpolitik, moderate wohlfahrtsstaatliche Unterstützung Hilfsbedürftiger und einen vergleichsweise kleinen öffentlichen Beschäftigungssektor gekennzeichnet sind.

Norwegen, Dänemark und Schweden werden im Vergleich dazu häufig als Beispiele für das »sozialdemokratische Wohlfahrtsstaatsmodell« genannt. Dort ist das Ziel der Arbeitsmarkt-, Steuer- und Sozialpolitik auf Vollbeschäftigung, Gleichheit von Männern und Frauen in Beruf und Familie und soziale Gleichheit hinsichtlich der Einkommensverteilung gerichtet. Das Vollbeschäftigungsziel wird dabei insbesondere durch eine Kombination von keynesianischer Nachfragepolitik und mobilitätsfördernden Maßnahmen wie Umschulung, Mobilitätshilfen und von befristeten Beschäftigungsverhältnissen zu erreichen versucht (so genanntes Flexicurity-Modell). Die hohe Vollzeitbeschäftigung (verheirateter) Frauen beruht in diesen Wohlfahrtsstaaten auf der mit der Expansion wohlfahrtsstaatlicher Dienstleistungen (Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Ganztagschulen, Kindertagesstätten, Altenheime etc.) einhergehenden stark stei-

genden Beschäftigung im öffentlichen Sektor («Service for women creates jobs for women») und zum Teil auf der hohen individuellen Steuerbelastung, die ein zweites Haushaltseinkommen erforderlich macht.

*Deutschland und vor allem die Niederlande werden in der Literatur dagegen als »konservative Wohlfahrtsstaaten« bezeichnet. Die Sozialpolitik dieser Staaten ist weniger auf aktive, beschäftigungsfördernde Maßnahmen gerichtet als vielmehr auf die wohlfahrtsstaatliche Absicherung derjenigen, die aus dem Arbeitsmarkt »herausgefallen« sind (Arbeitslose, Berufseinsteiger, Kranke, allein erziehende Frauen, Rentner etc.) – obwohl sich durch Harz IV in der Schwerpunktsetzung in den letzten Jahren etwas geändert hat. Länder wie die Niederlande und Deutschland haben deswegen in der Vergangenheit Arbeitslose relativ lange finanziell unterstützt und haben großzügige Frührentenentwicklungssysteme entwickelt. Es handelt sich hier also um einen stark transferorientierten Wohlfahrtsstaatstyp, der weniger die Beschäftigungsrisiken durch aktive, keynesianische Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen zu bekämpfen versucht, sondern der durch so genannte »dekommodifizierende« Leistungen die nichterwerbstätige Bevölkerung abfedert. Dieser Wohlfahrtsstaatstyp zeichnet sich auch durch eine starke Verpflichtung aus, die Aufgaben der traditionellen Familie hinsichtlich Kindererziehung und Altenbetreuung aufrechtzuerhalten. Dementsprechend sind die wohlfahrtsstaatlichen Dienstleistungen (wie Kindergärten, Kindertagesstätten, Altenheime etc.) im Vergleich zum sozialdemokratischen Modell weit weniger stark ausgebaut und die Beschäftigung (verheirateter) Frauen ist niedriger oder auf Teilzeitarbeit beschränkt (Blossfeld/Hakim 1997; Blossfeld/Drobni 2001). In Deutschland trägt dazu auch das Ehegattensplitting bei, das Erwerbsunterbrechungen und Teilzeitarbeit von Ehefrauen privilegiert.*

In den südeuropäischen Ländern wie Italien und Spanien dominiert schließlich ein eher »familienbezogener Wohlfahrtsstaat«. Hinsichtlich der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik ist er dem »liberalen Wohlfahrtsstaat« sehr ähnlich. Er zeichnet sich aber im Unterschied dazu durch eine starke ideologische

und praktische Inanspruchnahme der Familien bei der Absicherung von Risiken aus.

Dieses Modell basiert auf der in südeuropäischen Ländern soziokulturell noch tief verankerten Vorstellung, dass die Familie eine außerordentlich wichtige Institution der gegenseitigen Hilfe darstellt. Innerhalb der noch relativ traditionellen Familien wird diese Hilfe vor allem von Frauen geleistet, so dass deren Erwerbstätigkeit und Teilzeitarbeit im internationalen Vergleich außergewöhnlich niedrig ausfällt.

Schließlich sind noch die ehemals sozialistischen Länder zu erwähnen, die zwar alle einen gemeinsamen Startpunkt im Prozess der jüngsten Globalisierung haben (den sozialistischen oder kommunistischen Wohlfahrtsstaat), aber – wie sich empirisch zeigt – doch sehr unterschiedliche Wege der Integration in die Weltwirtschaft beschreiten. Einige dieser Länder, wie etwa Estland, haben sich für ein radikales marktliberales System entschieden, andere, wie etwa die Tschechische Republik oder Ungarn, bewegen sich eher auf einem weit gehend sozialdemokratischen Pfad.

### Das GLOBALIFE-Projekt

Das GLOBALIFE-Projekt lieferte in der Projektlaufzeit von September 1999 bis Februar 2005 eine umfassende und in dieser Form bislang einzigartige Untersuchung der Auswirkungen des Globalisierungsprozesses auf individuelle Lebensverläufe von Menschen in verschiedenen OECD-Gesellschaften. In vier aufeinander folgenden Forschungsphasen analysierte das GLOBALIFE-Projekt in erwerbsbiographischer Reihenfolge die Auswirkungen des Globalisierungsprozesses auf zentrale Phasen im Lebens- und Erwerbsverlauf von Männern und Frauen:

1. den Übergang von der Jugend in das Erwachsenenalter und die während dieser Zeit stattfindende Etablierung im Arbeitsmarkt sowie deren Auswirkungen auf die Familienbildung und Fertilität,
2. den Erwerbsverlauf von Männern in der Mitte ihrer beruflichen Karriere,

3. den Erwerbsverlauf von Frauen, unter besonderer Berücksichtigung von Familienentwicklung und Mutterschaft,
4. die späte Erwerbskarriere und den Übergang in den Ruhestand.

In jeder der vier Projektphasen wurden die Auswirkungen des Globalisierungsprozesses auf individuelle Lebensverläufe in insgesamt 17 verschiedenen modernen Gesellschaften international vergleichend untersucht. Auf Basis einer detaillierten Analyse ihrer institutionellen und kulturellen Charakteristika wurden diese Länder in fünf verschiedene »Wohlfahrtsregime« eingeteilt:

*Liberale Wohlfahrtsregime:* Kanada, Großbritannien, USA;

*Konservative Wohlfahrtsregime:* Deutschland, die Niederlande, Frankreich;

*Sozialdemokratische Wohlfahrtsregime:* Norwegen, Dänemark, Schweden;

*Familienorientierte Wohlfahrtsregime:* Italien, Spanien, Irland, Mexiko;

*Post-sozialistische Wohlfahrtsregime:* Estland, Ungarn, Tschechische Republik, Polen.

Das GLOBALIFE-Projekt umfasst damit ein ausgesprochen breites Spektrum von modernen Ländern unterschiedlichster institutioneller und kultureller Prägung, die die Auswirkungen des Globalisierungsprozesses auf individuelle Lebensverläufe sehr unterschiedlich gestalten. Neben der ausgesprochen großen Breite an untersuchten Ländern stellt jedoch auch die explizite Berücksichtigung der »post-sozialistischen« Länder Osteuropas in einer Globalisierungsstudie ein Novum in der international vergleichenden Sozialforschung dar.

Während der Projektlaufzeit arbeiteten insgesamt 22 Wissenschaftler unterschiedlicher Nationalität an den Universitäten Bielefeld und Bamberg als festangestellte Mitarbeiter des GLOBALIFE-Projektes. Gleichzeitig bestanden feste Kooperationsbeziehungen mit insgesamt 49 externen Wissenschaftlern aus 17 verschiedenen Ländern. Diese ausgewiesenen Sachverständigen und nationalen Experten erstellten in jeder der vier Forschungsphasen auf Basis repräsentativer Längsschnittdaten umfassenden

de Länderberichte über die Auswirkungen des Globalisierungsprozesses im jeweiligen nationalen Kontext. Die Resultate dieser Forschungsarbeiten wurden im Rahmen spezieller, jährlich stattfindender internationaler Fachsymposien ausführlich diskutiert und in das umfassende GLOBALIFE-Forschungskonzept integriert.

Die Ergebnisse der vier Projektphasen wurden in vier Sammelbänden bei international renommierten sozialwissenschaftlichen Fachverlagen veröffentlicht: Blossfeld, Klijzing, Mills und Kurz (2005), Blossfeld, Mills und Bernardi (2006), Blossfeld und Hofmeister (2006) sowie Blossfeld, Buchholz und Hofäcker (2006).

### Ausgewählte Ergebnisse des GLOBALIFE-Projektes

Aufgrund des knappen zur Verfügung stehenden Platzes kann hier nur ausführlicher auf die Ergebnisse der ersten Phase des GLOBALIFE-Projektes eingegangen werden. In dieser Phase ging es um die Folgen der Globalisierung für die Lebenssituation junger Erwachsener beim Übergang vom Bildungs- in das Beschäftigungssystem, also die Phase der beruflichen Etablierung und Familiengründung (Blossfeld/Klijzing/Mills/Kurz 2005). In dieser Forschungsphase des GLOBALIFE-Projektes standen vor allem die folgenden Fragen im Vordergrund: Wie gelingt Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter den Bedingungen der Globalisierung der Einstieg in den Arbeitsmarkt? Bewirkt Globalisierung durch die Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen eine Zunahme von Unsicherheiten beim Berufseinstieg? In welcher Weise beeinflussen länderspezifische Institutionen, wie etwa die Regulierung von Arbeitsmärkten oder die Gestaltung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen, das Ausmaß von Unsicherheiten beim Berufseinstieg? Wie wirken sich veränderte berufliche Einstiegs- und Beschäftigungsmuster bei jungen Menschen auf deren familiäre Entscheidungen – wie z.B. das Eingehen von Partnerschaften oder die Gründung einer Familie – aus? Entwickeln junge Menschen unter den Bedingungen zunehmender Unsicherheit neue, alternative Entscheidungsstrategien?

Die empirischen Ergebnisse des GLOBALIFE-Projektes zeigen deutlich, dass im Zuge der Globalisierung in allen untersuchten Ländern vor allem junge Menschen mit massiv zunehmenden Unsicherheiten beim Einstieg in das Erwerbsleben konfrontiert werden. Diese Unsicherheiten manifestieren sich insbesondere in Form einer starken Zunahme prekärer, atypischer Formen der Beschäftigung (z. B. zeitlich befristeter Beschäftigung, Teilzeitarbeit, prekärer Formen der Selbständigkeit oder gering angesehener Arbeiten) und geringerer Einkommen. Aufgrund dieser Entwicklungen können junge Menschen in der Übergangsphase vom Bildungs- in das Beschäftigungssystem als die Verlierer des Globalisierungsprozesses angesehen werden.

Die Wirkungen des Globalisierungsprozesses auf die Arbeitsmarktpositionen der jungen Generation sind dabei je nach Wohlfahrtsstaats- und Arbeitsmarktregime sehr unterschiedlich. In den ausgeprägten Insider-Outsider-Märkten Südeuropas (aber auch z. T. in Deutschland) kommt es vermehrt zu Arbeitslosigkeit und/oder zeitlich befristeten Beschäftigungsverhältnissen. In Südeuropa auch zusätzlich zum Anwachsen von prekärer Selbständigkeit. In den Niederlanden kommt es zu vermehrten Teilzeitbeschäftigungen von jungen Männern und jungen Frauen; und in den offenen Beschäftigungsverhältnissen der liberalen Länder (USA, Großbritannien) manifestieren sich die Auswirkungen des Globalisierungsprozesses in wachsenden Einkommensverlusten bei den jungen Generationen.

Junge Menschen sind besonders stark von Globalisierung betroffen, weil ihnen vielfach die Berufserfahrung und eine stabile Verankerung im Arbeitsmarkt fehlt, insbesondere in »internen« Arbeitsmärkten. Sie können oftmals nicht auf soziale Netzwerke zu Arbeitsorganisationen zurückgreifen und besitzen nicht die Verhandlungsmacht, stabile und kontinuierliche Arbeitsverhältnisse einzufordern. Ihre Arbeitsverträge können darüber hinaus vergleichsweise einfach veränderten Bedingungen angepasst, das heißt, flexibilisiert und zu ihren Lasten verschlechtert werden.

Für junge Menschen wird Bildung im Globalisierungsprozess immer wichtiger. Besonders hart von den globalen Verän-

derungen werden Berufseinsteiger ohne Qualifikation getroffen. Globalisierung verstärkt insgesamt die sozialen Ungleichheiten innerhalb der jungen Generation, weil individuelle Ressourcen durch die zunehmende Relevanz des Marktes und der individuellen Konkurrenz an Bedeutung gewinnen.

Die Erfahrung von Unsicherheit im jungen Erwachsenenalter hat ihrerseits Konsequenzen für familiäre Entscheidungsprozesse. Steigende ökonomische und zeitliche Unsicherheiten (durch Teilzeitarbeit, Einkommensverluste, Arbeitslosigkeit, befristete Arbeitsverhältnisse) führen dazu, dass junge Menschen das Eingehen einer Partnerschaft und die Gründung einer Familie zunehmend aufschieben oder sogar völlig darauf verzichten.

Eine bemerkenswerte Ausnahme stellt in diesem Zusammenhang Irland dar. Der irische Fall ist nahezu ein »Bilderbuchbeispiel« dafür, wie ein Land von Globalisierung profitieren kann, indem es sich der Konkurrenz auf dem Weltmarkt stellt, offene Handelsbeziehungen fördert und steuerliche Anreize für ausländische Investoren anbietet. Irland, das Ende der 90er Jahre auf seinem Arbeitsmarkt nahezu Vollbeschäftigung erreichen konnte, ist das einzige Land im Rahmen unserer Untersuchung, in dem die Globalisierung tatsächlich zu einer Abnahme von Unsicherheiten geführt hat. Seit Mitte der 90er Jahre ist in Irland auch ein deutlicher Wiederanstieg der Heirats- und Geburtenraten zu beobachten.

Der Konkurrenzvorteil Irlands gegenüber anderen modernen Industriestaaten ergibt sich aber aus der Tatsache, dass andere Länder ihre Unternehmenssteuern nicht so deutlich gesenkt haben. Der erfolgreiche Weg Irlands kann deswegen nicht von allen Ländern gleichzeitig beschritten werden, weil damit der Vorteil eines Sonderweges verloren ginge.

Als Reaktion auf steigende Unsicherheiten im Lebenslauf entwickelten junge Menschen vier verschiedene Verhaltens- und Anpassungsstrategien:

1. Langfristig bindende Entscheidungen werden zunehmend aufgeschoben, die Jugendphase wird immer mehr zu einem »Moratorium« und Übergänge in das Erwerbsleben verlaufen oft chaotisch.

2. Junge Menschen weichen zunehmend in Alternativrollen zur Erwerbstätigkeit aus (sie bleiben z. B. länger im Bildungssystem anstatt sich als »arbeitslos« definieren zu lassen).
3. Es bilden sich zunehmend flexiblere Formen von Partnerschaften heraus (z. B. nichteheliche Lebensgemeinschaften), die eine Anpassung an die veränderten Bedingungen von Unsicherheit ohne das Eingehen langfristig bindender Versprechen ermöglichen.
4. Es entwickeln sich insbesondere in den familienorientierten Staaten Mittel- und Osteuropas geschlechtsspezifische Strategien des Umgangs mit Unsicherheit: Männer sind in immer geringerem Maße in der Lage, als »Ernährer« eine langfristige Einkommenssicherheit für einen Haushalts zu erbringen, so dass die Gründung eines eigenen Familienhaushalts von ihnen oft aufgeschoben wird. Unqualifizierte Frauen, die nichts zu verlieren haben, weichen hingegen als Reaktion auf wachsende Arbeitsmarktunsicherheiten teilweise in die Sicherheit der Familie und in die traditionellen Rollen der Mutter und Hausfrau aus. Umgekehrt hängt die Neigung hochqualifizierter Frauen, Kinder zu bekommen, in zunehmend unsichereren Arbeitsmärkten davon ab, dass sie ihre Berufschancen durch eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf wahren können. Da die Kinderbetreuung in Südeuropa schlecht ausgebaut ist, entscheiden sich viele der qualifizierten Frauen für den Beruf.

Es ist ein paradoxes Ergebnis des Globalisierungsprozesses, dass gerade in familienorientierten Staaten die Geburtenrate aufgrund der zunehmenden Erfahrung von Unsicherheiten deutlich sinkt. Im Gegensatz zu demographischen Ansätzen, die diesen Wandel auf einen »Wertewandel« in modernen Gesellschaften zurückführen, ist eine an zunehmenden Unsicherheiten orientierte Globalisierungserklärung in der Lage, das Paradox zwischen einem oftmals ausgeprägten Kinderwunsch und dessen tatsächlicher Nicht-Realisierung bei jungen Erwachsenen aufzulösen: Die Gründung einer Familie erfordert ein Mindestmaß an wirtschaftlicher und sozialer Zukunftssicherheit, die unter den globalen Bedingungen zunehmender Arbeitsmarktunsicherheit

häufig nicht gewährleistet werden kann. Der Verzicht auf Kinder ist somit eine ökonomisch und sozial rationale Reaktion der einzelnen Individuen auf strukturelle Entwicklungen. Das zurückhaltende Fertilitätsverhalten zeigt sich in jüngster Zeit auch stark in den Transformationsländern Osteuropas.

Demgegenüber ist die Geburtenrate in den skandinavischen Ländern, in denen der Staat für junge Menschen und Familien vergleichsweise großzügige, universelle Leistungen und Betreuungseinrichtungen für Kinder zur Verfügung stellt und eine aktive Beschäftigungspolitik betreibt, deutlich höher.

Wichtig ist es, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass es nicht auf das absolute Unsicherheitsniveau ankommt, sondern auf das in einem Land von den Arbeitskräften jeweils subjektiv erlebte relative Unsicherheitsniveau. Die jungen Leute vergleichen sich im Alltag in jedem Land mit »signifikanten Anderen« (wie Freunden, Verwandten, Bekannten, beruflichen Vorbildern), wenn sie ihre individuelle Arbeitsmarktlage beurteilen. So ist beispielsweise in den USA das absolute Unsicherheitsniveau für die junge Generation durch Berufsmobilität insgesamt weit höher als in vielen europäischen Ländern. Es kommt dort häufiger zu Hire-and-Fire-Prozessen, aber die Arbeitslosen können darauf vertrauen, dass sie rasch wieder einen anderen Job finden können, also zum »Insider« werden. Arbeitsmarktunsicherheit, Berufsmobilität und Flexibilität haben dort deswegen auch eine andere soziale Bedeutung und werden subjektiv anders wahrgenommen als in den Insider-Outsider-Märkten Europas, in denen das »Outsider-Sein« oft einen identitätsgefährdenden, dauerhaften Ausschluss von der Arbeit bedeutet, und flexible Beschäftigungsverhältnisse in der Regel nur als eine Behelfs- und Übergangslösung zu einer dauerhaften Beschäftigung betrachtet werden. Junge Menschen in flexibilisierten Beschäftigungsformen werden deswegen in den europäischen Insider-Outsider-Märkten ihr Schicksal als gravierend negativer erfahren als in den USA. Der sich im Zuge der Globalisierung vollziehende Übergang von einem Insider-Outsider-Arbeitsmarkt zu einem flexiblen Arbeitsmarkt wird deswegen von der jungen Generation nicht nur als schmerzvoller erlebt, sondern wird sich auch

über längere Zeiträume hinziehen – bis sich in den Strukturen des nationalen Arbeitsmarktes die flexibleren Beschäftigungsverhältnisse in voller Breite als Standardbeschäftigungsform etabliert haben.

#### Literatur:

Blossfeld H.-P., Buchholz S. und Hofäcker D. (2006): *Globalization, uncertainty and late careers in society*, London: Routledge.

Blossfeld H.-P. und Drobni S. (2001): *Careers of contemporary societies. A cross-national comparison of the transition from male breadwinner to dual-earner families*, Oxford: Oxford University Press.

Blossfeld H.-P. und Hakim C. (1997): *Between equalization and marginalization. Part-time working women in Europe and the United States of America*, Oxford: Oxford University Press.

Blossfeld H.-P. und Hofmeister H. (2006): *Globalization, uncertainty and women's careers: An international comparison*, Cheltenham, UK/Northampton, MA, USA: Edward Elgar.

Blossfeld H.-P., Klijzing E., Mills M. und Kurz K. (2005): *Globalization, uncertainty and youth in society*, London: Routledge.

Blossfeld H.-P., Mills M. und Bernardi F. (2006): *Globalization, uncertainty and men's careers: An international comparison*, Cheltenham, UK/Northampton, MA, USA: Edward Elgar.

Dreher A. (2005): *Does globalization affect growth? Evidence from a new index of globalization*, Manuskript KOF, EZH Zürich (im Erscheinen: Applied Economics).

## PODIUMSDISKUSSION

Auf dem Podium:

*Hans-Peter Blossfeld*

*Roland Simon-Schaefer*

*Christian Schröer*

*Wolfgang Wagner*

*Reinhard Zintl*

Gesprächsleitung:

*Ulrike Leutheusser*

*Ulrike Leutheusser:* Guten Abend, meine Damen und Herren, guten Abend liebe Studierende! Es hat mich besonders gefreut, dass so viele von Ihnen heute dabei sind. Denn das Thema heißt ja *Wie sicher ist unsere Zukunft?* Und die Jugend ist die Zukunft. Wir hier auf dem Podium gehören schon zu der etwas älteren Generation, aber vielleicht können wir Analysen und Rat geben, um die Zukunft besser bewältigen zu können.

Wir haben gerade in dem brillanten Vortrag von Herrn Professor Blossfeld gehört, dass es noch viel zu forschen gibt. In unserer Diskussionsrunde werden Wissenschaftler aus den verschiedensten Disziplinen und dazu ein Mann aus der Praxis miteinander diskutieren. Es ist mein besonderes Anliegen, dass Sie im Publikum nach der Diskussion die Gelegenheit haben, Fragen zu unserem Thema an die Experten zu stellen.

Ich möchte am Anfang eine kurze Anmerkung zum Thema Zukunft machen. Im 20. Jahrhundert ging es um die Verteilung von Wohlstand, im 21. Jahrhundert wird es um die Verteilung von Lebenszeit und Arbeit gehen. Die *Life sciences* können, wie schon ein ganzes Jahrhundert lang, das menschliche Leben weiter verlängern, mit unabsehbaren moralischen, psychologischen und materiellen Folgen. Zur Zeit Bismarcks hatte man mit 65 Jahren das Leben gewöhnlich schon beendet. Heute beginnen viele um diese Zeit einen neuen Lebensabschnitt. In Amerika hat man daraus längst sehr praktische Konsequenzen gezogen. In Deutschland wiederum werden die Alten, die nicht alt sein wollen, zum großen Thema, zur *Pressure-Group* und zum sozi-

ologischen bzw. medizinischen Problem – oder gar ausgegrenzt. Wahrscheinlich wird es in absehbarer Zeit in den Biowissenschaften Durchbrüche geben, die unser Bild von Tod und Leben tief verändern. Und Physik und Chemie können dem Energieproblem – ein wichtiges Zukunftsproblem – eine ganz neue Wendung geben. Aber: Die Kernfragen jedes Menschen: Wo komme ich her? Wer bin ich? Wo gehe ich hin? werden weiterhin unsere zentralen Fragen sein. Die Podiumsteilnehmer werden nun aus unterschiedlichen Blickwinkeln Trends beschreiben, vielleicht sogar Prognosen wagen. Prognosen sind, wie Sie alle wissen, keine Prophetien, sondern Denkmodelle. Diese aber haben, wenn sie plausibel sind, oft die Eigenschaft, dass sie den Kontext verändern, in dem sie zuerst gedacht werden. Weil sie in der Welt sind und weil Menschen nun mal intelligente Wesen sind, verändern sie die Welt, die sie prognostizieren. Vielleicht hören wir nachher einige Prognosen. Gleichwohl ist es unwahrscheinlich oder purer Zufall, dass sie jemals 1:1 eintreffen. Wir sind gespannt, was die Gesprächsteilnehmer nun zu unserem Thema »Wie sicher ist unsere Zukunft?« zu sagen haben!

Ich beginne in der Vorstellung der Gesprächsrunde mit Professor Christian Schröer. Der Philosoph und Theologe hat mit seiner Einführung am gestrigen Abend zum Thema *Verantwortung in einer veränderten Welt* für unsere heutige Diskussion Impulse gegeben. Und er hat darüber gesprochen, was ich ganz wichtig finde, warum der Begriff Verantwortung für uns heute so bedeutsam geworden ist. Ein wesentlicher Grund liegt nach seiner Auffassung in der Beschleunigung unserer modernen Lebenswelt. Ich zitiere ihn: »Die großen Motoren dieser Dynamik sind ein ständiges Wachstum an Wissen, die Umsetzung dieses Wissens an technologischer Entwicklung und die extensive Umsetzung von Wissen und Technologie in ökonomischen Gewinn. Die Folgerung ist: Verantwortung in der veränderten Welt ist heute nicht mehr möglich ohne den Dialog zwischen der Politik und Wirtschaft, aber auch nicht ohne den Rückhalt in der Gesellschaft.« Sie fordern, jeder trage in und für diese veränderte Welt seine persönliche Verantwortung. Nun, Sie als Philosoph versuchen immer, das Ganze im Blick zu haben. Aber wie kann der

Einzelne, jeder von uns, die von Ihnen geforderte Verantwortung im Alltag umsetzen?

*Christian Schröer:* Das ist eine umfassende Frage. Mein Anliegen gestern war es, zu sagen, dass sich die meisten Probleme, die wir heute öffentlich diskutieren, aus den permanenten Veränderungen ergeben, die wir selbst produzieren. Das Problem der Verantwortung besteht heute wesentlich darin, dass die Dynamik dieser Veränderungen immer komplexer geworden ist und dass sich jeder von uns immer nur noch in einem Teil dessen, was insgesamt läuft, auskennt. Von daher beziehen sich die Perspektiven des Einzelnen immer mehr nur auf einen Teilbereich. Das gilt für jeden einzelnen Menschen, der die moderne Welt aus der Sicht seines Standortes heraus erlebt, aber auch für den Wissenschaftler, der diese Welt aus der Perspektive seiner Disziplin betrachtet. Und das macht natürlich die Frage nach der Verantwortung zu einer schwierigen Sache. Eine Konsequenz wäre: Ich mache das, was ich in meinem kleinen Bereich tun kann, so gut wie möglich. Ich habe aber gestern schon darauf aufmerksam gemacht, dass der eigene kleine Bereich immer ein segmentärer Bereich ist: Wenn jeder in seinem besonderen Bereich sein Bestes gibt, dann ist es eine offene Frage, was passieren wird, wenn alle das jeweils Eigene gut machen und niemand darauf achtet, was insgesamt passiert. Was ist, wenn alle Leute sehr engagiert in ihr Spiel vertieft sind und niemand merkt, dass das Haus bereits brennt, oder wenn jeder nur ein bisschen bremst und keiner merkt, dass man insgesamt damit einen Riesenstau verursacht? Aber das genau ist heute das Problem der Verantwortung: Alle mögen nach bestem Wissen und Gewissen ihrer Verantwortung nachgehen, aber man sieht nicht, was insgesamt daraus resultiert. Und das Vertrauen darauf, dass irgendeine unsichtbare Hand es schon richten wird, verhindert geradezu, dass wir uns einer wirklich umfassenden Verantwortung stellen. Von daher halte ich es für wichtig, im eigenen Kopf mit einem neuen Verständnis von Verantwortung anzufangen. Ich habe unter anderem auch einmal Theaterwissenschaft studiert, und da hieß eine Regel: Der Schauspieler muss zwar voll und ganz in seiner Rolle sein. Zugleich muss er aber auch mit einem Teil seiner Aufmerksam-

keit beim ganzen Stück sein und sehen, was insgesamt im Theater läuft. Ich habe das auch einmal in einer Inszenierung von Kafkas *Bericht für eine Akademie* erlebt: Das Ein-Mann-Stück handelt davon, dass jemand vor einem akademischen Publikum darüber berichtet, wie er von einem Affen zu einem Menschen wurde. Der Schauspieler turnte während seines Berichts wie ein Affe auf dem Rednerpult herum, bis plötzlich ein Teil dieses Requisites abbrach; aber sofort hatte der Darsteller diesen Zwischenfall mit in sein Spiel eingebaut. Wir haben ihn hinterher gefragt, wie er das gemacht hat. Und da sagte er uns: Das geht nur, wenn man sich eben an eine solche Regel hält und mit einem Teil seiner Aufmerksamkeit beim ganzen Stück ist. Von daher würde ich sagen: Wir müssen uns für mehr interessieren als nur für unseren speziellen Job. Weltspitze im Detail, aber blind für das Ganze ist keine Grundlage für wirkliche Verantwortung. Ich würde deshalb auch fordern, dass wir die Menschen schon in der Schule, in der Ausbildung und in unserer Gesellschaft insgesamt nicht nur für eine spezielle Leistung ausbilden. Und auch eine Firma sollte von ihren Mitarbeitern nicht nur die speziellen Leistungen fordern, sondern auch die Möglichkeiten geben, Zusammenhänge zu sehen, so dass man über den Tellerrand schaut und sieht, dass es eine hochkomplexe moderne Kultur gibt, in der das eigene spezielle Tun eingebettet ist. Das wären vielleicht erste kleine Schritte, um das zu erreichen, was ich gerne hätte: eine Orientierung für das Ganze bei gleichzeitiger Spezialisierung für den eigenen Leistungsbereich.

*Ulrike Leutheusser:* Vielen Dank – auch für die ganz konkreten Beispiele: Das Beispiel des Schauspielers fand ich als Mediefrau besonders interessant. Ich möchte jetzt Professor Roland Simon-Schaefer vorstellen: Er ist Ihnen von den vergangenen Hegelwochen bekannt. Seit 8 Jahren ist er Mitveranstalter der Bamberger Hegelwoche, die sich, wie Sie wissen, den aktuellen und umstrittenen Themen der Gegenwart und der Zukunft widmet, wie z. B. *Die Zukunft der Wirtschaftsgesellschaft*, *Globale Gerechtigkeit* und *Rückkehr der Gewalt*. Bemerkenswert und fast prophetisch finde ich, dass die Themen *Globalisierung – Herausforderung für die Philosophie*, oder vor fünf Jahren *Globale*

*Gerechtigkeit*, schon diskutiert wurden, als sie noch nicht in aller Munde waren. Die Medien hatten die Themen zwar aufgegriffen, ich glaube 1993 wurde der Begriff *Globale Gerechtigkeit* geprägt, und die Hegelwoche im Jahre 2000 hatte dieses große Thema schon von verschiedenen Seiten beleuchtet. Was hat sich denn nach Ihrer Ansicht, Herr Professor Simon-Schaefer, in den letzten Jahren beim Thema *Globalisierung* im Hinblick auf die öffentliche Diskussion und die tatsächlichen Verhältnisse verändert? Die Globalisierung macht den meisten Menschen Angst und die Globalisierung kennt auch kein Mitleid, auch nicht mit uns Deutschen. Können wir uns überhaupt dieser Globalisierung entziehen und gibt sie uns nicht auch doch ein wenig Sicherheit? Eine komplizierte Frage und eine Herausforderung!

*Roland Simon-Schaefer*: Zunächst einmal können wir uns der Globalisierung nicht entziehen. Ich habe sehr aufmerksam Herrn Blossfeld zugehört, der in seinem historischen Abriss aufgewiesen hat, dass die Weltwirtschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts bereits vollkommen global war. Es hat dann retardierende Momente gegeben nach dem Crash der Weltwirtschaft, es herrschte Protektionismus, Devisenbewirtschaftung etc.

Hinter den Ereignissen steht die grundlegende Frage, mit wie viel Unsicherheit die Menschen leben können. Wenn also in den einzelnen Volkswirtschaften die Zahl der Globalisierungsverlierer zu groß wird, wenn wirkliche soziale Katastrophen auftreten, dann können natürlich Gegentrends entstehen. Dann werden sich lokale Wirtschaftsräume voneinander abkapseln.

Die Zukunft ist offen, wir haben sie nicht im Griff. Wir planen aufgrund von Trends und von Prognosen und natürlich auch von Wünschen. Aber wir wissen nicht, wie diese Schichten dann reagieren werden, wenn sich die Unsicherheit bei den Menschen verschärft und das Armutproblem von der Unterschicht auf die Mittelschicht durchschlägt, und deshalb muss ich sagen: Natürlich kann dieser Prozess der Globalisierung unter entsprechenden Umständen auch rückläufig werden. Es gibt entsprechende Szenarien, die davon ausgehen, dass sich bestimmte Wirtschaftsräume herauskristallisieren werden, die sich dann gegeneinander abschotten. Man muss sich das nicht so böse vorstellen, wie

in 1984 von George Orwell, wo es drei große Weltstaaten gibt, die sich permanent bekriegen, die aber für ein stabiles Kommunikationssystem sorgen und ihre Untertanen wunderbar unter der Fuchtel halten, indem sie permanent Krieg spielen. Das gibt dann wieder eine enorme Sicherheit. Ich wünsche mir diese Sicherheit natürlich nicht, aber wir können es nicht ausschließen. Als ich vor zwei Tagen freundlich-böse von der Titanic sprach, habe ich das natürlich getan in der Hoffnung, es möge eine *self-destroying-prophecy* sein. Aber sicher bin ich mir da nicht. Im Moment können wir uns der Globalisierung nicht entziehen, vor allem nicht als Bundesrepublik Deutschland, dazu sind wir ja als Akteure überhaupt nicht mächtig genug. Aber es sind doch Situationen denkbar, wo der ganze Prozess auf einmal kippt.

*Ulrike Leutheusser:* Besonders interessant ist die Frage: Kann man die Globalisierung stoppen oder sogar rückläufig machen? Darauf kommen wir sicher später zurück. Ich möchte jetzt den nächsten Redner vorstellen: Professor Hans-Peter Blossfeld, der als Soziologe und Familienforscher den Bildungssektor und Arbeitsmarkt weltweit untersucht. Sie haben ihn in dem interessanten und klaren Einführungsvortrag gehört. Er sprach über die Auswirkung der Globalisierung auf Lebensläufe in verschiedenen Ländern, insbesondere auf Familienplanung und Karriereverlauf. Nun sagen Trendforscher eine Rückkehr von Werten wie Gemeinschaft, Liebe und Glauben in neuer Form voraus. Ich zitiere hier Professor Wippermann auf dem diesjährigen deutschen Trendtag in Hamburg: »Die Menschen haben weiterhin konservative Sehnsüchte und im Zeitalter des Internets werden diese Sehnsüchte aber anders erfüllt. Familienstrukturen werden sich weiter auflösen, dabei suchen die Menschen heute mehr Gemeinsamkeiten über Hobbys und Freizeitvergnügen.« Können Sie diese Meinung teilen?

*Hans-Peter Blossfeld:* Es fällt mir schwer zu glauben, dass Hobbys und Freizeitvergnügen die Orientierung auf Kinder und Familie ersetzen. Alle Jugendstudien zeigen, dass Familie und eigene Kinder für den Großteil der jungen Leute noch wesentliche Lebensziele sind. Aber die strukturellen Verhältnisse sind leider nicht so, dass sich unser Familiensystem und die Fertilität

in diese gewünschte Richtung entwickeln. Ich finde es interessant zu sehen, dass heute, wenn es um die Erklärung der Geburtenentwicklung geht, unterschiedliche Thesen diskutiert werden. Eine dieser Thesen bezieht sich auf den Wertewandel und behauptet, dass die jungen Männer und Frauen eigentlich gar keine Kinder mehr wollen.

Es wird angenommen, die jungen Leute wollten sich nur noch in ihren Hobbys und in ihrer Freizeit selbst verwirklichen. Junge Frauen wollten daneben auch nur Karriere machen und Geld verdienen. Junge Männer und Frauen wollten Ferrari fahren oder irgendwo auf den Seychellen Urlaub machen. Und alles andere, insbesondere die Familie, verliert dabei an Bedeutung. Aber ich denke nicht, dass diese These die Realität richtig beschreibt. Es mag zwar vereinzelt solche Leute geben, das ist sicherlich richtig, aber ich denke nicht, dass diese Haltung ein generelles Phänomen ist.

Die soziale Realität ist eher so, dass die meisten jungen Leute heute sehr gerne Kinder haben wollen. Dass sie dann aber im Lebenslauf in strukturelle Kontexte kommen, in denen es schwierig wird, in denen es nicht rational ist, Kinder zu bekommen. Dann wird die Realisierung des Kinderwunsches aufgeschoben, und es dauert. Es kommt dann vielleicht auch etwas dazwischen, was ungeplant ist, und dann bleibt man auf Dauer kinderlos. Oder man bekommt die Kinder später, und wenn das erste Kind später kommt, dann kriegt man eben nur ein Kind und nicht zwei oder drei wie ursprünglich vielleicht geplant. Das heißt, dieser Prozess ist sehr komplex, und wenn man über Fertilität spricht, muss man immer diese strukturellen Rahmenbedingungen einbeziehen.

Ich finde es sehr interessant, dass beispielsweise in Osteuropa, also in Ländern mit extremer Unsicherheit, aber auch in Ostdeutschland, weniger geheiratet wird. Da kriegen die Leute auch keine Kinder mehr und sie lassen sich auch immer weniger scheiden. Das heißt also strukturelle Unsicherheit hat eine massive Auswirkung auf das Familiensystem, auf die demographischen Kennziffern. Und ich denke, solche wachsenden Unsicherheiten lassen sich durch Globalisierung erklären.

*Ulrike Leutheusser:* Ja, da möchte ich noch etwas ergänzen: In allen Umfragen, auch in den jüngsten, ist es ja so, dass immer noch Familie und Kinderwunsch an erster Stelle stehen, und zwar bei den Jugendlichen aller Schichten, und dass sie ihre Wünsche realisieren wollen, wenn die Umstände entsprechend wären.

*Hans-Peter Blossfeld:* Interessant ist, dass es diesen Wunsch gibt, aber dass die Realisierung irgendwie nicht funktioniert. Die Frage ist, wie kann man Sicherheit erzeugen? Ich meine, ein Rat könnte sein: Folgen wir Irland, führen wir ein richtiges Wirtschaftswachstum herbei! Das ist heute aber natürlich schwierig, wie wir alle wissen. Aber ich denke, wenn wir zurückgehen in die 60er Jahre, in die Zeit des Wirtschaftswunders, dort haben die Leute sehr früh ihre Kinder gekriegt, das Alter bei der Erstgeburt und bei der Heirat ist gefallen, historisch gefallen, einmalig gefallen. Die Zeit des Wirtschaftswunders hat große Sicherheit geschaffen für familiäre Entscheidungen. Das wäre eine Möglichkeit, die ist aber eher unrealistisch, weil man ein wirklich starkes Wirtschaftswachstum bräuchte.

*Ulrike Leutheusser:* Nun können wir ja nicht alle nach Irland gehen. Wir wollen hier leben, unser Geld verdienen. Ich möchte Ihnen als nächsten Redner jemanden vorstellen, der in Deutschland tätig ist. Dr. Wolfgang Wagner ist Jurist und Eigentümer der Frenzelit-Werke in Bad Berneck, er führt ein Familienunternehmen, das Spezialdichtungen herstellt und auch international operiert. Dazu sind Sie, Herr Dr. Wagner, seit 1995 Präsident der Industrie- und Handelskammer für Oberfranken in Bayreuth. Ich werde auch Ihnen ein Zitat vorgeben und bin gespannt, ob Sie dem zustimmen oder nicht: »Die Zukunft, da sind 70 % unserer Bevölkerung überzeugt, wird durch technischen Fortschritt bestimmt, mit einigem Abstand gefolgt von der wirtschaftlichen Entwicklung. Das Zeitklima ist von nüchternem Pragmatismus und fröhlichem Fatalismus geprägt. Die politische Leidenschaft ist erkaltet, die Lust an der gesellschaftlichen Kontroverse ermüdet, die Visionen und Utopien von einer besseren Welt verblasst.« So lautet die Analyse von Frau Dr. Köcher, Leiterin des Allensbacher Institutes für Demoskopie. Nun, die Deutschen, so

sagt man, kümmern sich zu wenig um die Zukunft. Vor allem die Jugend. Aber die Jugend ist ja unsere Zukunft. Wie sehen denn junge Unternehmer die Probleme der Globalisierung, wie waren Ihre eigenen persönlichen Erfahrungen als jüngerer Unternehmer und was denken Sie jetzt darüber?

*Wolfgang Wagner:* Ja, so jung bin ich auch nicht mehr. Aber meine Firma ist ein richtig typischer mittelständischer Betrieb, mit nur einem Eigentümer. Wir beschäftigen 400 Mitarbeiter und fertigen Dichtungen für den allgemeinen Anlagenbau und auch für das Auto. Aus meiner Sicht ist die Globalisierung ein absoluter Fakt. Wenn wir überlegen, »Wie sicher ist die Zukunft?«, darf man ja nicht weiter als 10 Jahre denken. Mehr wäre völlig utopisch. Aber für die nächsten drei bis fünf Jahre bleibt es bei der Globalisierung. Und die Volkswirtschaften sind mittlerweile so verkettet, dass wir gar nicht auseinander können: Kein Handy würde mehr funktionieren, wir bekämen keinen Walkman mehr, kein Auto würde fahren, wir bekämen kein Öl mehr. Die Globalisierung ist eine Verkettung rund um die Welt, die auch – das darf man bei dem ganzen Gedanken der Globalisierung nicht vergessen – eine unglaubliche Verpflichtung zum Frieden ist. Ich glaube, dass wir, hoffentlich auch die ganz Jungen in diesem Raum, einen Weltkrieg nicht erleben. Danach sieht es zumindest im Augenblick aus.

Wenn die Globalisierung ein solcher Fakt ist, dann gibt es für die Menschen und auch für die Firmen nur eine einzige Antwort drauf: Herausforderung annehmen. Etwas anderes bleibt gar nicht übrig. Dinge, die ich nicht ändern kann, habe ich hinzunehmen und das Beste daraus zu machen. Und das versuchen die Unternehmer, ob sie von Jungen oder Älteren geführt werden, gleichermaßen. Sie versuchen aus dem machtpolitischen Faktum möglichst viel Honig für ihr Unternehmen zu saugen. Das beginnt damit, dass man überall einkauft. Jeder versucht, nach China zu gehen und da zu kaufen. Jeder versucht, in Indien zu kaufen – immer da, wo es billig ist. Das geht auch so weit, dass Fertigungen verlagert werden. Das geht soweit, dass man in diese Märkte verkauft, dass man den Exportanteil groß macht, Verkaufsorganisationen etabliert, oder auch in diesen Märkten in-

vestiert – einfach um im allgemeinen Trend, dem man sich nicht entziehen kann, mitzuschwimmen.

Das haben wir uns natürlich auch gesagt, denn wir liegen ja ziemlich nah an der tschechischen Grenze. Ich möchte Ihnen gerne zwei Beispiele aus dem Leben erzählen: Ich fange mit dem positiven an, weil das einfach das angenehmere ist: Wir haben sehr schnell erkannt, dass die Löhne in Tschechien sehr viel billiger sind als bei uns. Wir haben auch erkannt, dass wir bei uns Fertigungen haben, die bei dem hohen Lohnniveau in Deutschland nicht zu halten sind. Wir haben beschlossen, sie nach Tschechien zu verlagern. Wir haben mit dem Betriebsrat geredet, der darüber natürlich überhaupt nicht amüsiert war. Nachdem er aber dann festgestellt hat, dass wir gar nicht anders können, dass wir die Produkte nur behalten können, wenn wir sie von woanders beziehen, hat er zugestimmt. Nur so konnten wir die Marktposition des Unternehmens erhalten. Ein Engagement im Ausland stellt auch einen Wert für das Unternehmen in Deutschland dar. Auch Mitarbeiter in Deutschland sind damit befasst, die tschechische Fertigung zu steuern.

Am Anfang hatten wir unglaubliche Probleme. Mittlerweile läuft es wie geschmiert. Die Kosten liegen bei etwa einem Viertel der Gesamtkosten. Wir zahlen für das tschechische Werk einen Stundensatz von 12 Euro. Der geht nicht an die Leute, sondern direkt an die Firma, für alles, was diese für und in Bad Berneck fertigt. Der gleiche Stundensatz in Bad Berneck müsste etwa das Fünffache betragen. Die Produktivität ist identisch mit Deutschland, die Qualität ist identisch mit Deutschland, die Flexibilität ist wesentlich höher. Wenn es sein muss, kommen die Leute Samstagabend und arbeiten bis Montagmorgen. Wenn keine Aufträge da sind, machen sie Urlaub und nehmen Pause. Etwas, was dem Management der Firma voll gelungen ist, das muss ich ehrlich sagen.

Zweites Beispiel. Wir wollten auch nach Indien gehen. Wir hatten einen Partner gefunden, von einer Kollegenfirma empfohlen: Ein ganz seriöser Inder. Ich kann Ihnen nur sagen, seien Sie vorsichtig mit seriösen Indern! Die sind nicht nur intelligent, sondern auch noch charmant. Er hatte eine englische Erziehung und

einen perfekten Leumund. Er hat uns dazu bewogen, uns an seiner Firma zu beteiligen. Na ja, habe ich gesagt, man muss auch mal was riskieren. Meine Mitgesellschafter damals waren dagegen, aber ich habe gesagt: Seid mal ein bisschen mutig. Wir sollten das machen. Dann haben wir folgendes Konstrukt gemacht: Wir beteiligen uns bei ihm und bekommen dafür Anteile. Das Geld, das wir einzahlen, geht in das Kapital der indischen Firma. Mit diesem Geld kauft er Know-how in Bad Berneck und Anlagen. Es sollte also für uns am Ende ein Null-Summenspiel sein. Und ich habe eine Zeit lang beim Rasieren morgens gedacht, wie einfach ist das Wirtschaftsleben. Du gibst ein bisschen was hin, kriegst es zurück und behältst noch mehr. Schritt Nr. 1: Wir haben bezahlt. Hat geklappt. Geld wurde überwiesen. Schritt Nr. 2: Wir bekamen Aktien seiner Firma. Hat geklappt. Schritt Nr. 3: Er hat einen Ingenieur geschickt, um Know-how bei uns zu erwerben – auch wieder ein Inder, ein heller Mann. Der hat also das Know-how von uns bekommen. Er hat zugesehen, wie die Anlagen eingepackt werden und ist zurückgefahren. So, habe ich gesagt, prima. Der Inder kauft die Anlagen und dann geht die Sache weiter. Aber: Nichts kam. Also bin ich nach Indien gefahren. Am Anfang haben wir uns sehr gut verstanden, dann haben wir uns weniger verstanden. Es waren mehrere Reisen. Nachher haben wir auch nicht mehr miteinander gegessen.

Kurz und gut: Der Inder hat sich geweigert, zu bezahlen. Da hab ich gedacht: Ich bin ja Jurist. Für diesen Kaufvertrag war der Gerichtsstand Bayreuth vereinbart, also bin ich zum Landgericht Bayreuth, habe Klage eingereicht und gesagt: »Das wirst du schon sehen – und wenn wir dich pfänden bis aufs letzte Hemd!«

Es hat fünf Jahre gedauert. Immer wieder hat das Landgericht Bayreuth versucht, die Klage in Indien zuzustellen. Das geht folgenden Weg: Landgericht Bayreuth – Auswärtiges Amt in Berlin – Botschaft in Delhi – Außenministerium in Delhi und dann in die Kanäle der indischen Verwaltung. Im Auswärtigen Amt wurde mir gesagt: »Die Inder sind gutartig, aber eben schlecht organisiert.« Die Container standen noch da. Irgendein Witzbold in der Firma hat sie genau vor mein Büro gestellt. Ich konnte da

immer rausschauen, sah die Container, die einen Haufen Geld gekostet haben und nicht nach Indien abflossen. Nach fünf Jahren habe ich gesagt: Schluss. Aus. Ende. Wir haben die Klage zurückgezogen, die Container dem Schrotthändler gegeben und das ganze Investment in Indien gebucht unter das Konto »Mehre deine Erfahrung auch im Zuge der Globalisierung«!

*Ulrike Leutheusser:* Interessant ist, dass Sie im Auditorium jetzt zum ersten Mal Beifall zollen. Vielleicht bewundern Sie auch den Mut und die Gelassenheit von Herrn Wagner, mit der er diese Negativseite der Globalisierung, die er am eigenen Leib erfahren hat, hier weitergeben kann. Also vor Indien warnen Sie, Irland ist dagegen, wie wir vorher gehört haben, ein gutes Land, vielleicht kommen wir nachher noch zu anderen Ländern. Als letzten Redner in der Runde möchte ich Ihnen Herrn Professor Reinhard Zintl vorstellen, der Herrn Professor Lübke freundlicherweise heute vertritt. Professor Zintl beschäftigt sich als Politikwissenschaftler und Volkswirt mit politischer Philosophie, insbesondere mit ordnungspolitischen Themen, wie z. B. ob der Wettbewerb durch politisch gesetzte Spielregeln beschränkt oder überhaupt erst ermöglicht wird. Nun möchte ich an dieser Stelle den Philosophen Hegel zitieren, den Namensgeber die Hegelwoche: »Die Zukunft geht uns nichts an. Dies ist der richtige Gedanke über die Zukunft.« Ein Thema für Forscher? Das gegenwärtige Sozialklima in Deutschland wird immer rauer, auch die Sprache hat sich verändert: Manager werden als Heuschrecken bezeichnet und DGB-Chef Sommer spricht von künftigen Häuserkämpfen. Man fühlt sich ja fast schon wie im Krieg. Wäre es Ihrer Meinung nach, Herr Professor Zintl, nicht besser, sich im Sinne Hegels nur auf die gegenwärtigen Probleme in Politik und Gesellschaft zu konzentrieren und einfach die Zukunft beiseite zu schieben?

*Reinhard Zintl:* Das würde ich so nicht sehen! Ich würde vermuten, dass sich der Satz im Grunde auf das Verhalten des Individuums bezieht. Also dass man sagt, du sollst nicht ängstlich, kleinmütig sein, sondern hab ein gewisses Maß an Unbedenklichkeit und lebe damit, dass du nicht weißt, was auf dich zukommt! Das heißt aber noch lange nicht, dass das eine vernünft-

tige Maxime für politische Entscheidungen ist. Wenn ich an das denke, was Herr Blossfeld gesagt hat, würde ich sagen: Wenn die Risiken der Globalisierung, und die Erwartungen für alle gleich wären, dann könnte man sagen, ja, predigen wir Mut, lassen wir uns auf Flexibilität ein, also auf das, was Sie über den amerikanischen Arbeitsmarkt im Vergleich zum deutschen schildern: Die Amerikaner können sich auf andere Formen der Offenheit einlassen, weil sie wissen, sie fallen nicht in ein schwarzes Loch. Mit anderen Worten: Es kommt a) darauf an, was die Unsicherheit enthält, ob sie nur Gefahren oder auch Hoffnungen enthält, und b) kommt es darauf an, wie diese Unsicherheit verteilt ist. Und wenn wir in einer Gesellschaft wissen, dass bestimmte Leute die Unsicherheit anders abkriegen als andere, folgt daraus natürlich ein Imperativ für die Politik, in dieser Hinsicht nicht gleichgültig zu sein. Und in diesem Kontext wäre die Maxime »die Zukunft geht uns nichts an«, geradezu ruchlos als Maxime der Politik. Es kann nicht darum gehen, dass wir kleinmütig und ängstlich sind, aber fahrlässig zu sein, darum kann es nun wahrhaftig auch nicht gehen.

*Ulrike Leutheusser:* Ich dachte, jetzt kommt wieder Widerspruch im Blick auf die Politik. Was sollen die Politiker jetzt tun, wenn Sie Politikberater wären? Wir haben ja so viele Räte in unserer Bundesrepublik: Ethik-Räte, Arbeits-Räte usw. Stellen Sie sich vor, Sie wären jetzt ein politischer Ratgeber.

*Roland Simon-Schaefer:* Sie erinnern sich an das, was Herr von Weizsäcker gestern gesagt hat? Er hat versucht, deutlich zu machen, dass das politische System insgesamt zu schwach ist. Wenn die Politiker vor uns Theater spielen und uns weismachen wollen, sie wüssten, was zu tun sei, dann möchte ich dagegenhalten: Die Situation ist doch recht ernst. Es wäre wichtig, dass die Politiker parteiübergreifend sagen: Wir sind insgesamt gefordert. Ich habe in Rheinland-Pfalz erlebt, dass der Ministerpräsident Kurt Beck, ein sehr tüchtiger Mann, bei einem Neujahrsempfang in kleinem Kreis sagte: »Jetzt sind schon wieder Wahlen, wir können wieder ein ganzes Jahr lang keine vernünftige Politik machen!« Und ich habe dann erlebt, dass in einer anderen Veranstaltung der Oppositionsführer, auch ein sehr honoriger Mann,

Herr Böhr, im Prinzip dasselbe gesagt hat. Und in den jeweiligen Auditorien ernteten beide natürlich Beifall. Meine Frage ist natürlich dann die, warum treten die beiden nicht gemeinsam vor die Öffentlichkeit und sagen: Wir beteiligen uns nicht weiter an diesem Theaterspiel. Wir haben das doch alle erlebt, dass Politiker immer auf den Alzheimer des Wählers rechnen, indem sie vor der Wahl Wahlgeschenke verteilen, die sie anschließend wieder einkassieren, weil sie wissen, nach vier Jahren weiß das kein Mensch mehr. Da können sie dieselben Dinge wieder schenken. Das ist eine gute Geschichte, aber es ist doch Unsinn!

Schauen wir uns einmal an, was wir in Deutschland an Stabilität hatten. Wir hatten zwei große Volksparteien, die nicht in einem großen Lagerkampf gegeneinander angetreten waren. Wir haben eine wunderbare Erfolgsgeschichte erlebt aufgrund der Tatsache, dass beispielsweise die Gewerkschaften sich in friedlicher Weise mit den Unternehmern immer nur um die Anteilsgröße des Kuchens ein bisschen gestritten haben, aber da dieser Kuchen ja nach oben offen war, wie ein unendlich großer Baumkuchen, hat das doch sehr gut funktioniert. Aber es funktioniert nicht mehr seit gut 25 Jahren. Und wir müssen uns fragen: Was ist der tiefere Hintergrund dieser Geschichte? Es gab ein natürliches Bündnis für Arbeit, das den Beginn der Bundesrepublik markierte. In dem Maße, wie alles wieder aufgebaut wurde, musste es enden, weil eine Sättigung erreicht war. In dem Augenblick, als die Vollbeschäftigung zu Ende ging, wurde das Schlagwort vom Bündnis für Arbeit politisch institutionalisiert als eine Debattiermöglichkeit, die aber keine Ergebnisse gebracht hat. Tatsächlich sind wir gegenwärtig in einer dummen Lage, die wir zunächst einmal beschreiben müssen, um uns überlegen zu können, wie wir aus dieser Lage wieder herauskommen. Meine These ist folgende: Wenn wir nicht die Spielregeln, nach denen im Moment gespielt wird, in entscheidenden Bereichen ändern, dann kann dieses Spiel nicht nach oben gehen, sondern es muss erst einmal durch ein ganz tiefes Tal hindurch. Aber das wissen eigentlich alle Ökonomen schon immer. Denn das Märchen, dass Angebot und Nachfrage sich in einem stabilen Gleichgewicht treffen, ist eben nur ein Märchen. Wir wissen, dass es ei-

nen Schweinezyklus gibt, und dass wir immer entweder zu viel oder zu wenig produzieren. Statistisch macht man daraus eine durchgezogene gerade Linie. Aber die Realität ist anders. Der Markt ist nie im Gleichgewicht und deshalb brauchen wir eine aktive und mutige Wirtschaftspolitik.

*Ulrike Leutheusser:* Gut. Ich nehme jetzt ein Kopfschütteln von Herrn Dr. Wagner und auch von Herrn Zintl wahr. Aber ich nehme aus Ihren Bemerkungen etwas mit, was später diskutiert werden kann: Wenn Sie sagen, dass die Verantwortung doch im Grunde bei allen Parteien liegt. Also, es kann doch nicht sein, dass man immer nur auf den Wahlkampf schaut. Allerdings sind wir hier nicht in einer politischen Talkshow, sondern gehen in unserer Diskussion auf das Substantielle und strukturell Wichtige ein, um zu erkennen, was sich ändern müsste.

*Wolfgang Wagner:* Es ist natürlich interessant zu hören, dass wir Waffengleichheit hatten bei den Löhnen. Arbeitgeber und Gewerkschaften haben die natürlich austariert. Aber ich glaube, dass aus den überzogenen Löhnen der letzten 20, 25 Jahre in Verbindung mit dem überbordenden Sozialstaat die Probleme kommen, die wir heute haben. Und es ist eine Aufgabe der Politik, diese Dinge dringend zu ändern. Das ist ja alles bekannt und diskutiert. Was die Lohnfindung zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern angeht, gibt es eine ganz böse These, die mir unglaublich gefällt: Arbeitgeber, lasst doch die Gewerkschaften die Löhne und Gehälter ganz alleine festsetzen! Wenn die das machen, würde ich mir überlegen: Machen sie sie höher, dann müssen sie Augenmaß zeigen. Machen sie es niedriger, auch.

Ein mir befreundeter Unternehmer hat mir gesagt: »Vollkommen egal. Die können die Lohnkosten um 50 Prozent erhöhen, ist mir gleich, dann gehe ich.« Das ist die einzige Konsequenz, die wir haben. Und wenn ich mir meine eigene Firma anschau: Wir hatten früher eine Hofkolonne mit 15 Mann. Heute ist das noch ein einziger und der fährt noch Gabelstapler. Diese ganzen unteren Lohnbereiche sind völlig weggefallen. Das heißt, die, die nichts gelernt haben, das sind wirklich die Verlierer – nicht der Globalisierung, sondern der Strukturen der Bundesrepublik Deutschland.

Und darauf gibt es auch Antworten: Es gibt einen riesigen Arbeitsmarkt, den der schöne Steuergesetzgeber völlig verschließt, und den jeder von uns kennt. Das ist der riesige private Arbeitsmarkt. Warum macht man den nicht völlig auf? Wer eine Person anstellt, darf das von der Steuer abziehen. Wer die Dachrinne an seinem Haus repariert, darf es von der Steuer abziehen. Auch wenn sich damit sein Vermögen mehrt. Aber damit wäre die ganze Schattenwirtschaft weg. So schafft man Jobs in unglaublich vielen Bereichen: Man mäht seinen Rasen nicht mehr selbst. Man kauft nicht mehr die kleinen Roboter, die sich automatisch an die Steckdose anschließen und die aus Korea kommen. Die Dinger sind unheimlich praktisch, laufen ganz allein wie die Schildkröten und fressen den Rasen weg. Da kommt wieder ein Mensch, der mäht eben für 6 oder 7 Euro den Rasen. Er hat einen Job, ist in Brot und Arbeit und ein riesiger Markt erschlosse sich.

Und da kommt noch ein Gedanke, weil wir ja ein philosophisches Kolloquium haben: Ich glaube, dass wir in unserer Gesellschaft ein gewaltiges Neidproblem haben. Das ist, glaube ich, eines der Kernprobleme, die wir in der heutigen Gesellschaft haben. Wir neiden den Iren ein bisschen ihren Erfolg. Aber: Das hätten wir vor 20 Jahren auch machen können. Und wenn wir es nicht schnell machen, kriegen wir es überhaupt nicht mehr hin! Wir können auch ein Steuerparadies sein, so wie es Irland heute noch ist. Und andere Länder auch, wie z. B. die Slowakei. Die saugen doch Unternehmen weg. Und noch etwas zu Herrn Müntefering, aber man darf ja nicht zu viel erzählen, mit den Heuschrecken: Hinter den Heuschrecken stecken wir alle! Da steckt das Sparkonto von jedem von uns. Da steckt der Ausbildungsvertrag für den Sohn, der eines Tages auf die Universität gehen soll. Das alles bündelt sich in Geldern, die in Billiardensform jeden Tag um den Globus laufen und dahin gehen, woher das meiste Geld kommt. Wir sind selbst schuld, weil wir zwei Prozent Zinsen haben wollen und nicht 0,9. Oder nicht 0,5 sondern 0,7.

*Ulrike Leutheusser:* Herr Professor Zintl, möchten Sie antworten?

*Reinhard Zintl:* Ja ich wollte also sehr laut meinen Kopf schütteln zu einigem, was Herr Simon-Schaefer gesagt hat. Ich meine, es ist sicherlich richtig, dass der Wettbewerb – das ist aber auch unter Ökonomen völlig bekannt – keine Sorte von Institution ist, die sich selber stabilisiert und dass der Wettbewerb Probleme aufweist, etwa, dass es ein Wettbewerbsversagen gibt. Das ist alles klar. Aber was von Ökonomen nie behauptet wird, ist, dass der Wettbewerb irgendein ideales oder perfektes Gleichgewicht herstellt. Die Kernbehauptung ist vielmehr, dass der Wettbewerb ein unüberbietbares Entdeckungsverfahren ist. Und insofern ist die These, dass da Vieles nicht gut läuft, vollkommen in Ordnung, aber die These, dass es ein fundamentales Umdenken braucht, also einen kompletten Systemwechsel, die halte ich für abenteuerlich. Diese These ist nicht durch die Erfahrung getragen, die wir haben. Sondern die Erfahrung ist, dass der Wettbewerb kein institutionell sich selbst stabilisierendes System ist, so dass man also wirklich Ordnungspolitik treiben muss. So wie wir etwa ein Kartellgesetz haben, das verhindert, dass Märkte vermachen, so muss man z. B. ganz offensichtlich, nach dem, was Herr von Weizsäcker gestern ja auch angesprochen hat, schauen, ob über die Spielregeln der Finanzmärkte nicht mehr nachgedacht werden sollte. Aber zu sagen, das ganze System hat sich als untauglich erwiesen – nein, um Gottes Willen, was für eine merkwürdige Konsequenz!

*Roland Simon-Schaefer:* Habe ich aber nicht gesagt!

*Ulrike Leutheusser:* Ja, ich wollte noch mal auf Ihren Begriff des Vertrauens zurück. Die Diskussion ist jetzt an einem interessanten Punkt angekommen, an dem wieder über Vertrauen gesprochen werden muss, natürlich nicht uns auf dem Podium betreffend, sondern als Kategorie.

*Christian Schröer:* Ich möchte dazu etwas aufgreifen, was Herr Blossfeld in seinem Vortrag und gerade im Statement noch einmal gesagt hat. Langfristige Selbstfestlegungen gehen nicht mehr, und zwar darum, weil es immer weniger verlässliche Strukturen gibt. Ohne Verlässlichkeit aber auch kein Vertrauen. Wenn wir also Vertrauen schaffen wollen, brauchen wir ein System, das Verlässlichkeit ermöglicht. Und damit stellt sich die Fra-

ge von Herrn Simon-Schaefer und Herrn Zintl, welches System sich denn bewährt oder als untauglich erwiesen hat – der freie oder der geordnete Wettbewerb? Ein Wettbewerb, in dem nur noch neue Ideen erfolgreich sein können, ist jedenfalls tendenziell immer destabilisierend. Denn für einen Wettbewerb, in dem ich neue Möglichkeiten austesten will, in dem ich etwas wirklich Innovatives machen will, brauche ich Freiheit. Und jedes Mal, wenn ich an eine Grenze stoße, werde ich mich fragen, was denn wäre, wenn ich diese Grenze übertreten könnte. Und jedesmal würde ich mir denken, dass sich dann für mich neue Bereiche eröffnen würden, in denen ich dann der Erste wäre und etwas Neues machen könnte und dadurch im allgemeinen Wettbewerb in Vorsprung geraten würde. Dadurch, dass die Gesellschaft inzwischen sehr stark von dieser Mentalität geprägt ist, werden ständig Grenzen herausgeschoben und tendenziell immer Strukturen aufgerieben. Wer aber gewisse verlässliche Strukturen erhalten will, muss diese Strukturen gegen diese aufreibende Dynamik des Wettbewerbs schützen. Eben das ist die öffentliche Aufgabe der politischen Entscheidungsträger. Was aber, wenn nun das passiert, was mein Kollege Simon-Schaefer gerade angedeutet hat: wenn nicht nur die Unternehmen, die Güter herstellen oder Dienstleistungen anbieten, sich ganz der Logik des Wettbewerbs unterstellen, sondern wenn auch die politischen Parteien sich von den gleichen Marketing-Firmen beraten lassen, wie sie am besten gegeneinander antreten und Wettbewerbsvorteile im Wahlkampf durch das Dehnen von Grenzen erzielen können; wenn sich die politischen Hüter des Wettbewerbs selbst wie politische Unternehmen empfinden, deren Produkt es ist, gewählt zu werden, damit sie durch das, was sie durch ihren Wahlsieg erreichen, ihre Mitarbeiter bezahlen und ihren führenden Leuten zu lukrativen Karrieren verhelfen können? Dann wird eine wesentliche Funktion im gesellschaftlichen System vakant, nämlich die Instanz, die eigentlich den Wettbewerb organisieren soll, weil die Akteure dieser Instanz selbst in die Meso-Ebene der Wettbewerbshintergründe hineingeraten sind. Und wer ist dann bitte noch da, der eigentlich die Verantwortung für das Ganze trägt? Verlässliche Strukturen auflösen bedeutet nicht nur Deregulierung für ei-

nen freieren Markt. Eine Deregulierung bedeutet eben auch eine politische Dekultivierung.

Wie fängt denn die politische Theorie der Neuzeit an? Mit Hobbes: Ohne Staat herrscht Krieg, jeder gegen jeden, und das kann nur dadurch aufgehalten werden, dass man sich auf bestimmte Regeln einigt. Wir haben inzwischen sehr viele politische Regeln erfunden und ein sehr kompliziertes demokratisches System entwickelt mit dem Ziel, gesellschaftliche Kräfte und Machtkonzentrationen auszubalancieren, durch Gewaltenteilung und vieles andere, so dass ein stabiles ziviles Leben für alle möglich wird. Und – wir haben es gestern gehört – jetzt sehen wir, dass ein enormer Druck da ist, dass auch die Staaten, die solche politischen Systeme entwickelt haben, untereinander in Konkurrenz treten und dass nun auch noch auf dieser globalen Ebene das gleiche Spiel, das heißt die Suche nach Wettbewerbsvorteilen durch Schleifen von Grenzmarken, im Gange ist. Also müssen wir auch hier fragen: Und wer trägt jetzt eigentlich die Verantwortung für das Spiel, das auf unserem Globus passiert? Und was ist denn bei alledem das System, das wir eigentlich nicht ändern wollen?

*Ulrike Leutheusser:* Herr Blossfeld, wird es in Zukunft eine Zweiklassengesellschaft geben, mit denen, die etwas haben, und denen, die nichts haben? Oder wie die Engländer sagen, *Haves* and *Have nots*. Oder eine Zweiklassengesellschaft der Gebildeten und Ungebildeten? Wird es dann in Zukunft so sein, dass die, die keine Arbeit haben, die angreifen, die Arbeit haben? Können Sie sich das vorstellen?

*Hans-Peter Blossfeld:* Ja, in Deutschland schon. Weil wir in Deutschland ein Insider-Outsider-System haben, das die soziale Ungleichheit bestimmt. Aber ich meine, wenn man nach Amerika blickt, da haben die Menschen zwar Arbeit, aber eben häufig auch nur schlecht bezahlte Arbeit. Es gibt da ja sogar eine negative *income tax*, das heißt viele Arbeitskräfte kriegen Geld vom Staat zu ihren Arbeitseinkommen. Das heißt die verdienen so wenig, dass sie damit ihr Überleben nicht sichern können. Der Staat muss ihnen unter die Arme greifen. Das heißt also, die Situation ist durchaus überall schlecht, aber unterschiedlich

strukturell eingebettet. In Amerika gibt es eben für eine große Gruppe von Menschen wenig Einkommen, bei uns gibt es eine Sicherung über die sozialen Sicherungssysteme, wenn man arbeitslos ist, aber dann ist man eben auch Outsider. Das heißt also, es gibt durchaus verschiedene Lösungen, und wenn man sich in der Welt ein bisschen umsieht, dann kann man sehr verschiedene Möglichkeiten beobachten, mit diesen Problemen umzugehen. Ich wollte aber noch einmal auf Herrn Wagner eingehen, weil ich es zunächst auch ganz sympathisch finde, dass die Auslandsinvestitionen nicht immer gut gehen.

*Wolfgang Wagner:* Sehr unsympathisch, sehr unsympathisch!

*Hans-Peter Blossfeld:* Ja, ich kann mir vorstellen, dass es für Sie schmerzlich war. Aber ich meine, die Idee, dass alle Unternehmen, die abwandern, immer auch erfolgreich wären, ist offensichtlich nicht richtig. Es gibt ja auch, wie wir hier sehen, die Tatsache, dass die Unternehmer reumütig zurückkommen und auch realisieren, was sie hier verlieren und was sie hier haben. Und das gibt mir ein positives Gefühl. Das heißt, nicht alles, was im Abflug ist, landet auch entsprechend gut. Das zweite ist, Sie haben davon gesprochen, dass die Kosten in der Tschechischen Republik bei einem Viertel von dem liegen, was Sie hier haben. Das ist richtig, aber Sie müssen das auch als dynamisches Phänomen sehen. Wie sieht es in zwei, drei, vier, fünf, zehn Jahren aus? Da kann man, glaube ich, mit großer Sicherheit erwarten, dass die Löhne sich angleichen werden und dass früher oder später der Unterschied minimal wird, und dann ist die Frage, lohnt es sich dann noch? Gut, dann können wir sagen, gehen wir weiter, in die Ukraine oder noch weiter in den Osten. Aber da hat man dann das Problem, das Sie ja auch geschildert haben, dass man sich auf Gesellschaften einlassen muss, die man wenig kennt. Es gibt Kulturen, die mit großen Unsicherheiten verbunden sind, also so einfach ist das Weggehen auch nicht. Ich denke, die ganze Sache ist viel komplizierter, als man das zunächst glaubt. Ein weiterer Punkt ist die Frage des überbordenden Sozialstaates. Wenn wir nach Dänemark gucken, ist die Arbeitslosigkeit dort sehr niedrig. Die Dänen haben aber ein hohes Sicherheitssystem, die haben

auch hohe Steuern, auch hohe Unternehmenssteuern, die haben das so genannte Flexicurity-System, das heißt, sie haben hohe soziale Sicherheit und eine flexible Arbeitsmarktpolitik. Das heißt, die flexible Arbeitsmarktpolitik unterstützt den Wandel der Berufsstruktur, der Arbeitsmarktstruktur, aber gleichzeitig haben die Menschen soziale und ökonomische Sicherheit. Und die Dänen fühlen sich ganz gut. Und das dänische Modell ist ja eines, das anders ist als das amerikanische. Ich habe immer das Gefühl, dass in Deutschland die Diskussion nur in eine Richtung gehen kann, und zwar in Richtung liberales System – Amerika –, und ich habe auch das Gefühl, dass die Bevölkerung das nicht einfach so mitmacht. Jedenfalls breite Teile der Bevölkerung nicht. Sondern dass, wie Herr Zintl gesagt hat, hier andere soziale Strukturen vorhanden sind, dass bestimmte Alltagserfahrungen da sind, dass Erwartungen da sind, die man so schnell von heute auf morgen nicht ändern kann. Und wenn man das versucht, dann produziert man – wie ich das versucht habe darzustellen – ein hohes Niveau von Unsicherheit und die Reaktion der Menschen darauf ist sparen. Die Leute sparen, weil sie nicht mehr wissen, ob sie in einem Jahr noch diese sozialen Hilfen bekommen, ob sie ihren Job noch haben, ob sie nicht weniger Einkommen haben, etc. Das ist eine natürliche, vernünftige Reaktion und das bedeutet für Sie, dass Sie weniger verkaufen können, das ist das Problem. Und ich glaube, diese Zusammenhänge sollte man nicht aus dem Auge verlieren.

*Wolfgang Wagner:* Zur Angleichung der Löhne in Tschechien. Das mag in fünf Jahren so sein, aber in fünf Jahren sind wir fünfzehn Jahre da gewesen. Vielleicht bleiben wir auch da! Das muss man sehen. Was ist im Jahr 2015? »On the long run, we're all dead.« Es geht um kurze Zeiträume, das ist einfach so. Länger als drei Jahre planen wir auch in unserer Firma nicht mehr. Eigentlich stellen wir jedes halbe Jahr fest, wenn das überarbeitet wird, wie falsch wir gelegen haben. Wir müssen die Dinge machen, wenn sie kommen. Natürlich können wir auch viele Leute beschäftigen, die uns sagen, was dann und dann los sein wird. Aber wenn es dann anders kommt, war alles für die Katz' und hat unglaublich viel Geld gekostet. Das zur Geschwindigkeit. Ich

glaube, der deutsche Wähler, um das noch einmal zu sagen, ist unglaublich gerissen. Es gibt ein Zeitfenster: Wenn wir wirklich eine neue Regierung kriegen, dann haben wir für zwei Jahre eine Mehrheit im Bundesrat und im Bundestag. Danach purzelt diese Mehrheit wieder. Das war immer so. Und dieses Zeitfenster gilt es in der nächsten Zeit zu nutzen. Ob der Wähler das will oder nicht, weiß ich nicht. Aber so weitermachen, wie wir es bisher gemacht haben, das können wir nicht, das ist unbezahlbar! Das weiß jeder. Aber es passiert nichts Richtiges. Aber das ist ein politischer Aspekt und eigentlich kein philosophischer.

*Ulrike Leutheusser:* Ist der Wähler so, wie Herr Wagner das gerade gesagt hat, Herr Zintl?

*Reinhard Zintl:* Es ist ja doch nicht so, dass die Wähler die Zeichen nicht gewissermaßen entziffern können. Es ist einfach nicht wahr, dass die Wähler von Politikern im Wettbewerb um Stimmen schlicht nach Belieben manipuliert werden können. Sondern die Wähler wissen eigentlich sehr genau zu unterscheiden zwischen dem, was Pflichtrhetorik der Politiker ist, und dem, was von ihnen wirklich zu erwarten ist. Das Problem der Politiker ist eigentlich ein anderes: Es besteht nicht darin, die Wähler zu manipulieren, sondern vielmehr darin, dass es Unsicherheit über die richtigen Theorien über die Problemlage gibt. Wir haben etwa auf der einen Seite eine Theorie, die sagt: Unser Problem sind zu hohe Produktionskosten. Und die müssen runter, dann wird's besser. Dann eine andere Theorie, die sagt: Nein, unsere Problemlage ist eine Nachfrageschwäche. Wir müssen die Nachfragemacht der Leute stärken, dann wird's besser. Leider sind diese Theorien selber ideologisch mit bestimmten politischen Lagern verknüpft, so dass das jeweilige Diagnoseangebot von der Klientel einer jeweiligen Partei für das glaubwürdige gehalten wird. So dass der Wettbewerb um Stimmen unter Umständen wirklich pathologisch ist, aber nicht deshalb, weil die Leute einander belügen, sondern weil sie sich in bestimmten – unterschiedlichen – Deutungssystemen eben recht gut behaupt haben. Meine These? Herr Blossfeld hat vorhin mehr Drittmittel gefordert, ich fordere mehr politische Bildung. Und mehr ökonomische Bildung.

*Ulrike Leutheusser:* Walter Rathenau, der große Wirtschaftsmann und Außenminister, hat vor etwa achtzig Jahren gesagt, die Wirtschaft ist unser Schicksal. Vor achtzig Jahren! Jetzt frage ich Sie als Philosoph: Würden Sie sagen, dieser Ausspruch ist heute und für die Zukunft immer noch gültig oder ist heute eher die Wissenschaft oder die Bildung unser Schicksal?

*Christian Schröer:* Diese *Oder-Frage* ist wegen dieses *Oders*, denke ich, schief. Eine funktionierende Wirtschaft und eine technisch erfolgreiche Wissenschaft sind ja dazu da, dass ich das realisieren kann, was ich möchte. Ich brauche die für meine Handlungen notwendigen Mittel. Wenn ich die Mittel nicht habe, bin ich frustriert. Ich habe meine Wünsche und kann sie nicht realisieren, und dann werde ich irgendwann sauer oder depressiv. Aber auch umgekehrt: Wenn ich die Mittel habe, aber ich weiß nicht mehr, welche Ziele eigentlich sinnvoll sind, dann wird die Sache genauso schief. Wenn ich mich in der Tagespolitik nur noch darum kümmerge, was sein muss, damit die Wirtschaft läuft und die Wissenschaften das nötige Know-how für verwertbare Innovationen liefern, und vergesse dabei aber meine eigentlichen Ziele, dann wird irgendwann auch die ganze Sorge um eine funktionierende Wirtschaft und Wissenschaft banal. Was soll all das Wirtschaften, wenn man dabei vergisst, dass es, jetzt einmal bäuerlich gesagt, ja doch um den Feierabend geht, dass man vom Feld in die Familie zurückkommt und »Mensch bleibt«, wie Jürgen von Manger früher immer gesagt hat, und dass man weiß, warum man eigentlich lebt.

Sie hatten am Anfang von den Fragen gesprochen, die immer aktuell bleiben werden: woher ich komme, wer ich bin, wozu ich da bin. Solche Fragen zu stellen und die Überzeugung zu entwickeln, dass es Werte gibt, für die es sich weiter zu leben lohnt, das ist nur möglich, wenn man Bildung und nicht nur Ausbildung erfährt. Dazu sind Räume nötig, wo man als Mensch reifen kann und wo man Vorstellungen davon entwickeln kann, warum eine bestimmte Art von Kultur lebenswerter sein kann als eine andere. Wir hatten einmal eine Leitkultur-Diskussion, die aber bezeichnender Weise ausgesprochen verkürzt war und in der man die wirkliche Dimension dieser Frage nicht mehr erahnen konnte.

Das heißt, wenn wir vergessen, dass es eigentlich in der Neuzeit einmal darum ging, die Freiheit des Menschen, das Leben-Dürfen von Persönlichkeit, das Ausreifen von sozialen Beziehungen und Ähnliches zu ermöglichen, und dass es das war, was wir eigentlich verwirklichen wollten, was wir durch den technischen Fortschritt ermöglichen und was wir durch eine gesunde Wirtschaft finanzieren wollten – wenn wir das vergessen, wozu dann eigentlich die Sache noch finanzieren? Wenn Menschen den Sinn ihres Lebens verloren haben, dann ist es ihnen völlig egal, ob sie vor die nächste S-Bahn springen oder nicht.

Also zu Ihrer Frage: Was ist unser Schicksal, die Wirtschaft oder die Wissenschaft oder die Bildung? Bloß das eine anzumahnen, ohne auch das andere zu sehen, bloß die Realisierungsbedingungen zu betonen ohne nach den Zielen zu fragen, das ist auf die Dauer genau so verkehrt und genau so fatal wie das Umgekehrte, nur noch die Ziele zu beschwören, aber sich keine Gedanken machen, wie man das verwirklicht und finanziert. Von daher habe ich ganz massiv Schwierigkeiten mit diesem Oder. Wir müssen beides im Auge behalten, beides sind Schicksalsfragen, und darum können wir nicht das eine gegen das andere ausspielen.

*Ulrike Leutheusser:* Ich möchte jetzt hier auf dem Podium die Schlussrunde beginnen und anschließend Ihnen im Auditorium die Gelegenheit geben, Fragen zu stellen. Ich fange mit Herrn Blossfeld an, der gleich auch noch etwas zu Herrn Schröer sagen möchte, aber vielleicht kann ich meine Schlussfrage, die für alle gilt, jetzt erst einmal formulieren: Welchen Rat würden Sie der Politik geben, damit Deutschlands Zukunft gesichert ist, und ich bitte um ziemlich kurze, schlagwortartige Thesen. Herr Blossfeld!

*Hans-Peter Blossfeld:* Das ist eine sehr schwierige Frage. Ich sehe mich in ein paar Sätzen nicht imstande, hier etwas Substantielles dazu zu sagen.

*Ulrike Leutheusser:* Was Ihnen spontan einfällt!

*Hans-Peter Blossfeld:* Lassen Sie mal den Praktiker ran!

*Wolfgang Wagner:* Wir haben mündige Bürger. Lasst sie mündig! Entmündigt sie nicht finanziell. Lasst ihnen das Geld.

das sie verdienen. Sie wissen mit ihrem eigenen Geld besser umzugehen als jeder Staat.

*Ulrike Leutheusser:* Herr Simon-Schaefer!

*Roland Simon-Schaefer:* Und wie verdienen die Leute Geld, wenn sie keine Arbeit haben?

*Wolfgang Wagner:* Arbeit gibt es in Hülle und Fülle! Bezahlbare Arbeitsplätze gibt es nicht in Hülle und Fülle.

*Roland Simon-Schaefer:* Ich gehe davon aus, dass wir dann wieder Vollbeschäftigung haben werden, wenn die Arbeiter sich den Lohn selbst mitbringen! Übrigens, damit ich nicht falsch verstanden werde: Ich will nicht das System ändern. Ich bin nur ganz simpel für eine *mixed economy*. Unser Fehler war, dass wir sie hinter uns gelassen haben. Natürlich können wir keine keynesianischen Programme mehr fahren. Der Fehler aller Parteien ist übrigens, dass sie das immer noch versuchen. Aber sie können eine solide Sockelarbeitslosigkeit eben nicht mit diesen Konjunkturprogrammen beheben, die gedacht waren für eine Gesellschaft, die immer kurz unter der Vollbeschäftigung ist. Deshalb diese wunderbare Idee »wir müssen wachsen«. Ja, wir müssten chinesische Wachstumsraten haben über zehn, zwanzig Jahre. Aber wie wollen wir das denn überhaupt erreichen? Wir glauben momentan, wir könnten uns einfach an den chinesischen Wachstumsmarkt anhängen. Aber inzwischen merken wir, dass das längerfristig nicht funktionieren kann. Denn die Chinesen wollen bei uns lernen und die Dinge, die sie uns jetzt noch abkaufen, schon in naher Zukunft selbst produzieren. Ich schließe mich daher Herrn Blossfeld an: Ich kann keinen Rat geben, es reicht mir zunächst einmal, wenn ich quasi in der Rolle des Sokrates, der sich für den klügsten Menschen hielt, weil er um die Grenzen des Wissens wusste, darauf aufmerksam mache, dass wir viel zu wenig wissen, und dass wir im sozialen und im ökonomischen Bereich leider keine funktionierenden Theorien besitzen.

*Ulrike Leutheusser:* Die Bescheidenheit auf dem Podium – wenn ich mir die persönliche Mitteilung erlauben darf – ist überraschend! Ich habe natürlich gedacht, mit dieser Überraschungsfrage, die keiner hier kennt, kommen jetzt Statements, die wir dann direkt dem Bundeskanzler faxen können, aber im Moment

sind wir noch nicht soweit. Also diese Nachdenklichkeit zeigt ja auch, und das ist jetzt wieder das Positive für unsere Runde, dass die Probleme so komplex sind, dass es mit einfachen Ratschlägen nicht geht. Aber trotzdem sind Sie aufgerufen. Vielleicht haben Sie ja das Ei des Kolumbus gefunden?

*Reinhard Zintl:* Nein, das sowieso nicht. Aber ich will mich jetzt nicht mehr an diese innenpolitische Geschichte anhängen, sondern noch mal auf das Globalisierungsthema zurückkommen. Am Montag hat uns Herr Lübke erzählt, dass die Leute angesichts der Unsicherheiten, mit denen sie konfrontiert sind, versuchen, in die Berechenbarkeit und Überschaubarkeit und Heimeeligkeit des Staates zu flüchten. Dass die Staaten eher kleiner als größer werden. Und dass das ein Versuch ist, Sicherheiten zurückzugewinnen, die uns durch die Öffnung der Systeme aus der Hand geschlagen werden. Die paradoxe Folge solcher Prozesse ist nun aber, dass das die Unsicherheit erhöht, weil die kleinen Staaten, je kleiner sie sind und je mehr sie auf eigene Faust überleben müssen, in einen immer unberechenbareren Standortwettbewerb geraten. So dass ich sagen würde, ein Teil des Problems ist sicherlich das interne Problem, über das wir hier vor allem gesprochen haben: Haben wir noch ausgewogene und balancierte Proportionen? Aber das andere Problem ist, glaube ich, wirklich, dass man Wege finden muss, wegzukommen von der Fehlwahrnehmung, dass das Heil in der Flucht gewissermaßen in der Wärme der geschlossenen Gesellschaft liegt. Sondern dass man Wege findet, damit umzugehen, dass wir einander im Standortwettbewerb ausgeliefert sind, und dass man Ordnungspolitik für den Wettbewerb der Staaten betreiben muss. Und nicht nur Ordnungspolitik innerhalb der Staaten.

*Ulrike Leutheusser:* Herr Schröder, Sie hatten jetzt viel Zeit nachzudenken, wie lautet Ihr Statement?

*Christian Schröder:* Ich kann, so wie die Gesellschaft differenziert ist, auch nur aus meiner Nische heraus etwas sagen, und das ist keine ökonomische und keine politische Nische, sondern ich möchte von der Bildung her sagen: Wir leben zwar nicht mehr in einem Dorf, sondern in einer Zeit der Globalisierung. Dadurch aber, dass in unserem tatsächlichen Leben alles so ausdifferen-

ziert ist, haben wir neue Dörfer in unseren Köpfen. Jeder kennt sich nur noch da aus, wo er selbst groß geworden ist und wo er selbst tätig ist. Ich finde es von daher wichtig als Impuls, dass jeder sich nicht nur für seine eigene Sprache interessiert, das heißt nicht nur für seine eigene soziale Sprache, ökonomische Sprache, politische Sprache, sondern dass er versucht, sich immer auch für andere Sprachen zu öffnen, in denen Menschen reden und denken, die in anderen Kreisen groß geworden und tätig sind. Und ich möchte mich dafür aussprechen, dass wir damit schon in unseren Schulen anfangen sollten. Die nächste heranwachsende Generation wird in eine ganz andere Welt hineinwachsen, als wir sie noch kennen. Und wie sehen unsere Schulbücher aus? Eigentlich müsste doch jeder Abiturient wissen, in welcher Situation wir uns befinden. Das ist aber nicht der Fall. Wir haben einerseits noch den humanistischen Bildungskanon mit Musik und Leibesübungen, und wir haben andererseits Bestrebungen, Fächer wie Mathematik und Naturwissenschaften als Basis für den technologischen Wettbewerb zu stärken. Dann aber ist es schon schwierig, Sozialkunde unterzubringen. Und Geschichte gibt es noch ...

*Ulrike Leutheusser:* Und Wirtschaftskunde?

*Christian Schröer:* Wirtschaft und Recht gibt es in der achten, neunten und zehnten Klasse, und in der Kollegstufe ist es Wahlfach. In Wirtschaft lernt man das klassische Marktmodell und spricht dann über Dosenpfand, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung, und in Recht lernt man etwas über Rechtsverfahren und Verträge und spricht über Verbraucherregeln, wann man z. B. seinen Kassettenrecorder zurückgeben kann, wenn er einem nicht gefällt. Es wird aber nicht klar, warum Deutschland das Land mit der weltweit umfangreichsten Produktion von Rechtsliteratur ist. Ich denke, all das müsste viel mehr im Zusammenhang damit gesehen werden, wie Demokratie funktioniert und wie die Konflikte aussehen, die sich zwischen unseren gesellschaftlichen Werten und den vermeintlichen Notwendigkeiten einer modernen Wirtschaft auf tun. Worum es insgesamt geht, müsste der nächsten Generation mitgegeben werden. Ich vergleiche das mal mit einer einfachen Gesellschaft, etwa einer afrika-

nischen, soweit man das aus einem Kulturbericht im Fernsehen mitbekommen kann: Dort wird die ganze Struktur der eigenen Kultur durch die Rituale dieser Kultur an die nächste Generation weitergegeben. So einfach ist es halt bei uns nicht mehr.

Aber die Sache ist wichtig. Wie können wir das, was uns an unserer Art zu leben so wichtig ist, in wirtschaftlicher, rechtlicher und insgesamt kultureller Hinsicht, irgendwie als Ganzes so übersichtlich, aber nicht reduziert darstellen, dass die Menschen die Orientierung finden, die sie brauchen, um in ihrer Generation zurechtzukommen. Das gehört in die Schulen hinein, und dafür haben wir im Moment noch kein Unterrichtsfach vielleicht wird das einmal der Ethikunterricht als ordentliches Schulfach leisten können.

Warnen möchte ich vor einem Bildungspakt mit der Wirtschaft, in dem es allein um die künftige Marktfähigkeit der neuen Generation geht. Ich habe da einmal eine Präsentation gesehen, was in die Schüler von morgen hineingebracht werden soll, und mir ist aufgefallen, dass es nichts anderes als eine massive Vorbereitung für den Wettbewerb darstellte. Ich halte ein solches Programm für einseitig. Das Paradigma Gerechtigkeit ist nicht drin. Ein vernünftiger Umgang mit dem Problem der Maßlosigkeit ist nicht drin – Herr Wagner hat eben von Neid gesprochen: Neid ist wichtig für den Wettbewerb. Wenn die Mitspieler nicht auch gewinnen wollen, dann funktioniert die Sache nicht. Und mir fällt seit geraumer Zeit auf, dass die von Neid sprechen, die selbst Wettbewerber sind, die anderen normalerweise nicht. Neid, der dazu antreibt, ebenso erfolgreich wie der andere sein zu wollen, ist ja die Energie, ohne die kein Wettbewerb funktioniert. Und von Neid sprechen paradoxer Weise vor allem die, die denen, die nach Bedürftigkeit Versorgungen erhalten, diese Zuwendungen neiden. Nichtwettbewerber sind gewöhnlich bescheiden und überhaupt nicht neidisch auf den geschäftlichen Erfolg von anderen, aber sie haben trotzdem oft ein gesundes Gespür für Gerechtigkeit.

Also, fit machen für den Wettbewerb, das fällt unter das, was man früher Tapferkeit genannt hat. Wir brauchen aber auch schon in den Schulen eine Diskussion über Gerechtigkeit, Bescheiden-

heit, Weisheit und andere Tugenden, denn erst die zusammen ergeben das, was wir als ein rundes Leben empfinden.

*Ulrike Leutheusser:* Ja, das war ein schönes Schlusswort. Sie haben auch die alten Tugenden, die Tüchtigkeiten, die man früher in der Familie, in der Gesellschaft gepflegt hat, wieder beschworen. Ich glaube, ohne diese Rückkehr zu den alten Tugenden wird es auch in Zukunft nicht gehen, denn die Zeiten werden härter! Oder mit den Worten eines viel zitierten Filmtitels: *Die fetten Jahre sind vorbei*. Das heißt wenn die Menschen mit weniger auskommen müssen, dann besinnt man sich vielleicht auf diese alten Tugenden. Jetzt möchte ich gerne das Publikum bitten, Fragen zu stellen, bitte sagen Sie Ihren Namen dazu und Ihren Beruf.

*Frage aus dem Publikum:* Ich komme aus Neustadt bei Coburg und bin unter anderem Sprecher des Seniorenbeirates unserer Stadt und genau in dem Sinne wollte ich also hier verbal dem Auditorium eine Idee vermitteln. Ich habe jetzt mehr oder weniger mitgekriegt, dass die Jugend der Verlierer ist.

Wir haben im Bereich des Seniorenbeirates in der Bundesrepublik ein Projekt aufgezogen, das heißt *Alt hilft Jung*. Die Grundidee ist die, dass die Senioren sich nicht auf ihren Ruhestand zurückziehen, sondern dass sie weiter aktiv sind und jetzt in dieser Problemzeit vor allen Dingen ihr Wissen und Können der Jugend einmal im Bereich Unternehmensgründung vermitteln – da gibt es also einen Expertenservice, der auch weltweit tätig ist. Dann gibt es u.a. die Vereine *Alt hilft Jung* hier in Bayern, die machen das auch.

Eine andere Stelle ist die, dass wir Patenschaften übernehmen für junge Leute speziell zuerst einmal in der Hauptschule, um sie in den Beruf hineinzubringen. Und das ist eine sehr gute Sache, weil wir gerade in dem speziellen Bereich *Duales Ausbildungssystem* natürlich aus der Hauptschule heute den letzten Rest noch herausholen können, denn das ist nicht so wie vor fünfzig Jahren, dass man dort ein Potential hat. Heute muss man sehen, was aus der Hauptschule noch rauskommt. Und das dürfen wir hier nicht irgendwie liegen lassen, sondern wir müssen das ausschöpfen. Denn der Realschüler oder der Gymnasiast, der

heute eine Lehre antritt, tut das in einer Übergangszeit, denn er will ja irgendwann studieren.

*Ulrike Leutheusser:* Ja, vielen Dank. Das war ein guter Vorschlag. Da hinten sehe ich einen ganz jungen Mann. Wir haben vielleicht noch etwa zehn Minuten zum Diskutieren. Also bitte kurz fassen, ich würde jetzt nämlich auch gerne ein paar Fragen zusammenfassen, um dann hier noch auf dem Podium jemandem die Möglichkeit zu geben, gebündelt zu antworten.

*Frage aus dem Publikum:* Normalerweise versucht man ja, in der Philosophie auch Antworten auf Fragen zu finden, indem man schaut: Gab es früher schon mal ähnliche Situationen, wie können wir die übertragen und können möglicherweise aus ihnen etwas lernen. Meine Frage lautet jetzt: Gab es vergleichbare Situationen, aus denen wir für unsere heutigen Verhältnisse lernen können und welche?

*Ulrike Leutheusser:* Gute Frage. Ich möchte noch zwei weitere Fragen dazunehmen. Bitte, die Dame mit dem grünen Schal.

*Frage aus dem Publikum:* Ich finde, es gibt zwei fundamentale Unsicherheiten. Und zwar sind die ganz verschieden. Die Unsicherheit ist einmal, dass wir beobachten, dass die Endlichkeit unserer Welt, das heißt Endlichkeit der Ressourcen, Endlichkeit von Natur, Endlichkeit von Luft, Wasser und so weiter, im paradoxen Widerspruch steht zur permanenten Expansion der Ökonomie. Und das sieht oder fühlt jeder, oder es liegt in der Luft, und niemand sieht eine Lösung dafür. Gibt es Lösungsansätze? Das ist die eine Frage. Die andere ist die: Es gibt die Unsicherheit einer größer werdenden Anonymität, die dadurch entsteht, dass Familienverbände sich auflösen, ohne dass Ersatz dafür da wäre. Die Dörfer fallen auseinander, Städte werden anonym, werden größer. Ich sehe eine positive Tendenz in der Regionalisierung. Wir wollen uns Raum schaffen, den wir überblicken. Gibt es da Tendenzen, diesem Bedürfnis entsprechend aus der Anonymität wieder aufzutauchen und wieder zu einer quasi Sozietät zu werden?

*Ulrike Leutheusser:* Vielen Dank. Ich möchte noch eine dritte Frage dazunehmen – vielleicht auch von einem jungen Zuhörer, weil er die Zukunft verkörpert, ja bitte Sie!

*Frage aus dem Publikum:* Ich bin Geschäftsführer eines mittelständischen Unternehmens. Ich habe aber in der Vergangenheit für einen multinationalen Konzern gearbeitet und ich kenne auch, weil wir verkauft wurden, das Thema *Heuschrecken*. Aber das ist nicht meine Frage. Was mich wundert ist, dass Herr Wagner so einfach sagt, es gibt genügend Arbeit für 6 Euro die Stunde. Das glaube ich auch! Aber wenn Sie 6 Euro als Stundenlohn nehmen und die Arbeitszeit auf 50 Wochenstunden setzen, dann sind das 1200 Euro brutto pro Monat. Jetzt frage ich mich: Wie wollen die Leute davon die Miete bezahlen? Außerdem müssen sie ja auch noch Steuern zahlen, die entsprechend gering ausfallen werden. Wenn dann die Unternehmenssteuern auch noch gesenkt werden, dann ist der Staat auf jeden Fall pleite. Also ich glaube, das ist doch ein Modell, das man sehr kritisch hinterfragen muss. Ist das eigentlich die Zukunft, dass wir sagen, wir müssen uns in unseren Ansprüchen herunterschrauben von sagen wir 18 Euro in der Stunde auf 6 Euro? Ich glaube, das ist doch eine ganz fatale Forderung, die wir da aufgestellt haben, und ich hätte eigentlich die Bitte, dass die Professoren da vorne mal widersprechen!

*Ulrike Leutheusser:* Gut, das war aber schon eine Frage, die die Zukunft direkt angeht. Ich möchte, um Gerechtigkeit walten zu lassen, zumindest auf dem Podium, sowohl Herrn Dr. Wagner als auch dann Professor Blossfeld das Wort geben, damit Sie aus unterschiedlichen Perspektiven sprechen. Wir fangen mit der letzten Frage an, die konkret war.

*Wolfgang Wagner:* Konkrete Fragen sind immer gut, zumal wenn sie aus der Wirtschaft kommen. Wir müssen ja jeden Tag Entscheidungen treffen. Ich habe diese 6 Euro gemeint für den gesamten Bereich des Privaten. Sie zahlen keinem 18 Euro fürs Rasenmähen, dann machen Sie es selbst. Aber für 6 Euro lassen Sie es vielleicht machen. Sie finden, es gibt noch ein anderes Problem, weil er über die Sozialhilfe vielleicht mehr kriegt. Darum muss die abgesenkt werden. Das macht das Problem komplexer. Lassen Sie mich das wiederholen: Ich finde es ja gut, dass das Unmut gibt. Für erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger sollte die Sozialhilfe abgesenkt werden, damit sie gezwungen sind,

eine Arbeit aufzunehmen. Noch einmal: Der gesamte private Bereich ist ein riesiger Markt, den Sie aber, wenn Sie ihn in Anspruch nehmen, zur Zeit nicht von der Steuer absetzen können. Ich meine, der gesamte Haushalt, die gesamte Pflege, die gesamte Gartenpflege, alles was Sie wollen, Autowaschen, alles – sollte absetzbar gemacht werden.

Zweite These: *Qualifizierte Arbeitnehmer, die hochkomplizierte Maschinen bedienen, müssen natürlich die 18 Euro, 20 Euro haben. Wir bezahlen sogar an bestimmten Stellen wesentlich mehr als die 20 Euro pro Stunde, weil es hoch qualifizierte Arbeit ist. Es geht ja darum, die die draußen sind, wieder reinzubringen. Und da setze ich mit meinen Niedriglöhnen an.*

*Ulrike Leutheusser:* Gut. Das ist jetzt die Antwort, die vom Publikum unterschiedlich aufgenommen wurde. Herr Professor Blossfeld, wie sehen Sie das?

*Hans-Peter Blossfeld:* Ich wollte auf zwei Fragen antworten, die hier gestellt worden sind. Einmal auf die Frage, ob sich die ältere Generation, wenn man ihre Erfahrungen und ihr Wissen anschaut, nicht mehr einbringen sollte in Bezug auf die junge Generation. Das halte ich für einen sehr guten Vorschlag, gerade wenn man sich den Altersaufbau der Gesellschaft ansieht, die Jüngeren sich ansieht, welche Probleme bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf entstehen, wie man da durch zusätzliche Hilfe der älteren Generation viele Probleme lösen könnte. Zur anderen Frage, die hier gestellt worden ist, inwieweit Globalisierung überhaupt neu ist. Ich habe in meinem Vortrag versucht klarzumachen, dass Globalisierung kein neues Phänomen ist. Der soziale Wandel war immer schon da, Internationalisierung gab es schon lange.

Ich denke, ich habe aber auch versucht, klarzumachen, dass es bestimmte Mechanismen gibt, die neu sind. Es gab noch nie diese Möglichkeiten der Vernetzung über moderne Informations- und Kommunikationstechnologien, wie wir das heute haben. Wir haben noch nie die Erfahrung gemacht, dass ein politischer Block sich auflöst, zusammenbricht und dann in die Weltwirtschaft mit vergleichsweise niedrigerem Produktivitätslohn und niedrigen Sozialstandards integriert wird. Das sind Dinge, die

sind einzigartig und von daher gibt es dafür keine vergleichbaren Erfahrungen in der Vergangenheit.

*Reinhard Zintl:* Ich würde ganz gerne kurz etwas zu der Frage nach der Spannung zwischen einerseits ökologischer Begrenztheit und andererseits grenzenloser Dynamik auf der ökonomischen Seite sagen. Ich glaube schon, dass man das nicht bestreiten kann, aber mindestens als eine mildernde oder qualifizierende Eigenschaft des ökonomischen Wachstums könnte man ja auf die Qualität dieses Wachstums verweisen. Wachstum muss ja nicht darin bestehen, dass von allem immer mehr gebraucht wird. Man kann sich auch vorstellen, dass bestimmte Prozesse und Produkte immer effizienter und energiesparender sind. Daher würde ich sagen, die bloße Größe der Wachstumsraten von Sozialprodukten etwa ist nicht proportional zur ökologischen Inanspruchnahme der Welt. Man muss da nicht völlig verzweifeln – hoffe ich jedenfalls.

*Ulrike Leutheusser:* Da gibt es noch eine Frage, die noch nicht beantwortet wurde: Kann man aus der Geschichte lernen? Sie war zwar von Ihnen schon angesprochen worden, aber ich würde jetzt gerne Sie als Theologen fragen.

*Christian Schröer:* Ob es auch in der Theologie schon einmal Phasen des ökonomischen Niedergangs gegeben hat?

*Ulrike Leutheusser:* Nein, ich meinte natürlich aus theologischer Sicht: im Blick auf die Welt und die Probleme.

*Christian Schröer:* Sagen wir mal so: Es gibt natürlich eine sehr spannende Geschichte Israels, das ist schon sehr lange her. Man kann dort beobachten, wie ein kleines Land zwischen großen Machtblöcken zerrieben wird. Sie vertreten ja auch in Ihrem Programmbereich das Fach Geschichte. Was ist der Vorteil, wenn man so weit in die Geschichte zurückgeht? Nicht, dass man sofort alles versteht und wiederfindet und meint, das ist heute genauso. Aber man versteht etwas oft leichter in einer Gruppe, in der sehr wenige Menschen etwas miteinander tun. Und wo die Dinge sehr übersichtlich sind, kann man erheblich besser die tragenden Makrostrukturen von sozialen Entwicklungen analysieren. Und das ist beim Alten Testament, also in dem Teil der Bibel, den wir mit den Juden gemeinsam haben, besonders schön

zu sehen, weil wir hier ein Selbstprotokoll einer Gesellschaft haben, die ihre eigenen Urkunden gesammelt hat.

Man liest die Bibel heute nicht mehr nur im kanonischen Sinne, also als theologische Botschaft, wie sie die Endredakteure gemeint haben. Soziologisch ist es viel interessanter, die Texte zunächst einmal daraufhin zu überprüfen, welche alt und welche jünger sind und was man durch sie über die sozialen Verhältnisse und Probleme erfährt, die zu den jeweiligen Zeiten aktuell waren. Indem man sich sozusagen die geschichtlichen Schichten genauer ansieht, lässt sich erkennen, was historisch passiert ist. Und da findet man dann genau solche Prozesse wieder, die wir in diesen Tagen diskutiert haben, etwa als ein ganz notorisches Problem die wachsende Spanne zwischen Arm und Reich. Da ist etwa davon die Rede, dass alle sieben Jahre alle Schulden getilgt, Schuldklaven entlassen und dadurch gewissermaßen die Normalverteilung wiederhergestellt werden soll. Und schon heißt es, man solle einen, der einen Kredit braucht, nicht abweisen, auch wenn das siebte Jahr gerade vor der Tür steht. Und dann findet man in jüngeren Texten die Regelung, dass das Jahr des allgemeinen Schuldenerlasses nicht mehr alle sieben, sondern erst alle sieben mal sieben Jahre, also im fünfzigsten, das heißt, im Jubeljahr stattfinden solle, was für die Betroffenen, die in Schuldklaverei geraten sind, ja doch einen erheblichen Unterschied ausmacht.

Die Textbefunde werden durch die Archäologie bestätigt, wenn man z. B. bestimmte Städte ausgräbt und sieht, dass in einer früheren Phase die Parzellen der Grundstücke sehr gleichmäßig verteilt sind; in einer späteren Phase nimmt dann plötzlich der Palast eine große Ecke für sich alleine ein und in drei Viertel der Stadt wohnen die Reichen, während sich eine große Bevölkerungsgruppe buchstäblich an den Rand gedrängt sieht. Man kann sich dann fragen, woran das liegt. Und jetzt zur Theologie. Die Gebildeten, und das heißt, die Propheten und die anderen Gottesgelehrten haben darüber nachgedacht, was das zu bedeuten hat. Denn solche Entwicklungen und solchen Härten, die dort auftreten, verlangen damals wie heute eine übergreifende Antwort. Und sie sagen, wenn der Gott der Väter sein Volk aus dem

Sklavenhaus Ägyptens und in das gelobte Land geführt und ihm am Sinai seine Weisung erteilt hat, dann wird er sich mit Sicherheit darüber ärgern, wenn sich die Leute gegenseitig versklaven, sich gegenseitig das Land neiden und die Gewalt des Gesetzes für ihre ruchlosen Pläne missbrauchen. Das Wort *Evangelium*, das ja soviel heißt wie gute Nachricht oder frohe Botschaft, tritt zum ersten Mal beim Propheten Jesaia auf und meint eben die Verkündigung eines endgültigen Schuldenerlasses, nun aber im Blick auf das Ende des babylonischen Exils. Und Johannes der Täufer zitiert diese Stelle, um anzudeuten, dass es in dem, was uns das Neue Testament berichtet, um eine letztlich umfassende Art von Schuldenerlass geht, die wir selbst erfahren und untereinander weitergeben sollen. Und so hat sich eine Theologie entwickelt, die ihre Sprache und ihre Botschaft aus der Reflexion einer Gesellschaft auf ihre sozialen, wirtschaftlichen und politischen Probleme gefunden hat.

Unter diesem Gesichtspunkt hängen also die soziologischen Entwicklungen sogar unmittelbar mit dem Zu-Wort-Kommen der biblischen Botschaft zusammen. So hat gerade die biblische Geschichte von Anfang an eine unmittelbar sozialpolitische Dimension, von der man eine Menge für die Gegenwart lernen kann. Wenn man die biblische Botschaft vor diesem Hintergrund liest, ergibt sich auch eine überraschende Relevanz theologischer Kategorien für eine kritische Diskussion unserer aktuellen sozioökonomischen Probleme.

*Ulrike Leutheusser:* Vielen Dank. Ich glaube, das wäre wieder ein Thema für eine weitere Hegelwoche, und deswegen gebe ich jetzt das Wort an den diesjährigen Veranstalter der Hegelwoche, jedenfalls den geistigen Vater.

*Roland Simon-Schaefer:* Ich will mich ganz kurz fassen. Ich möchte Herrn Wagner vollkommen zustimmen. Er hat vom Standpunkt des Unternehmers mit seinen Forderungen wirklich hundertprozentig Recht. Allerdings ist die Rolle, die Herr Wagner als Unternehmer spielt, eben nicht verallgemeinerbar. Sondern sie ist eine ganz partielle Rolle, die man gut spielen muss, aber dann müssen andere die komplementären Rollen spielen. Dann funktioniert die Gesellschaft!

*Ulrike Leutheusser:* Ihre schöne Schlussbemerkung kann man nicht toppen. Ich bedanke mich bei meinen Gesprächsteilnehmern für die hochkarätige Diskussion, und auch bei Ihnen, liebe Zuhörer, dass Sie so engagiert mitdiskutiert haben. Jetzt gibt es die Gelegenheit, beim Buffet über die Probleme weiterzudiskutieren.

*Roland Simon-Schaefer:* Wir haben damit die diesjährige Hegelwoche zu Ende gebracht, und mir obliegt es nun, mich gemeinsam mit meinem Kollegen und Freund Christian Schröder zu bedanken beim Oberbürgermeister, beim Rektor, bei Herrn Dr. Jungbauer, auch beim Künstlerhaus Concordia, denn sie alle haben es ermöglicht, dass wir diese Hegelwoche abhalten konnten. Ich möchte mich aber darüber hinaus bei all den Mitarbeiterinnen im Rektorat bedanken, die durch ihre enorme Tatkraft auch dazu beigetragen haben, also bei Frau Seidenath, Frau Merz, Frau Welker, Dank auch an Frau Fleischer, die Ihnen sehr gerne einen Stuhl verkaufen wird, Sie sehen, wir haben noch sehr viele Holzstühle! Und schließlich ganz großen Dank an Frau Dr. Fröhlich, die in der Vorbereitungszeit häufig kurz vor dem Herzinfarkt stand. Und ganz großen Dank an Frau Leutheusser!



## HANS-PETER BLOSSFELD

Geboren 1954 in München, ist seit 2002 Inhaber des Lehrstuhls für Soziologie I an der Universität Bamberg und seit 2003 Leiter des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg. Nach dem Studium der Soziologie, Volkswirtschaft, Statistik und Wirtschaftsinformatik an der Universität Regensburg, 1984 Promotion an der Universität Mannheim und 1987 Habilitation an der Freien Universität Berlin. 1984–1992 leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin. 1989–1992 Full Professor for Political and Social Sciences am European University Institute in Florenz; 1992–1998 Professor für Statistik und Methoden der empirischen Sozialforschung an der Universität Bremen; 1998–2002 Professor für Allgemeine Soziologie an der Universität Bielefeld.

## HERMANN LÜBBE

Geboren 1926 in Aurich/Ostfriesland, ist Professor für Philosophie und Politische Theorie an der Universität Zürich. Von 1966 bis 1970 war er Staatssekretär, zunächst im Kultusministerium, dann beim Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen. Sein umfangreiches Werk ist u. a. ausgezeichnet mit dem Ernst-Robert-Curtius-Preis für Essayistik (1990) und dem Preis der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung (1995).

## ERNST ULRICH VON WEIZSÄCKER

Geboren 1939 in Zürich, Studium der Physik und Biologie in Hamburg und Freiburg. 1975–1980 Präsident der Universität/GHS Kassel. 1980–1984 Direktor am UNO Zentrum für Wissenschaft und Technologie, New York. 1984–1991 Direktor des Instituts für Europäische Umweltpolitik, Bonn, London, Paris. 1991–2000 Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie GmbH. 1998–2005 Mitglied des Deutschen Bundestags, Wahlkreis 259, Stuttgart I. 1999–2002 Vorsitzender der Enquete-Kommission »Globalisierung der Weltwirtschaft«. 2002–2005 Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestags.



## WOLFGANG WAGNER

Geboren 1946 in Köln, promovierte 1973 nach dem Studium der Rechtswissenschaften an der Universität München. Er ist seit 1976 geschäftsführender Gesellschafter der Frenzelit-Werke GmbH & Co. KG in Bad Berneck. Seit 1995 ist er außerdem Präsident der IHK Oberfranken Bayreuth und ist Vorsitzender des Freundeskreises der Studiobühne Bayreuth.